
FDP Thüringen

LIBERALES LEXIKON

Zusammenfassung der Beschlusslage und der inhaltlichen Veröffentlichungen

Druckfassung der Online-Ausgabe www.liberales-lexikon.de

Für ein liberales Thüringen

***Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Leserinnen und Leser,***

Ihnen liegt das Liberale Lexikon der FDP Thüringen vor. Wir haben die relevanten programmatischen Beschlüsse sowie die sachpolitischen Äußerungen und Veröffentlichungen der FDP aus den letzten Jahre zusammengetragen. Ebenso waren die Landesfachausschüsse und der Landesvorstand in den letzten Monaten bemüht, weitere programmatische Stichworte aufzunehmen. Darüber hinaus sind diejenigen Programmpunkte der FDP-Bundespartei und Bundestagsfraktion aufgenommen, die auch in und für Thüringen relevant sind. **Im Liberalen Lexikon können Sie Ihre Interessengebiete schnell, unkompliziert, kurz und knapp einsehen und sich konkret über die Inhalte der FDP Thüringen informieren.**

Wo andere Parteien mit langen Wahlprogrammen oder in epischer Breite aufgesetzten Grundsatzpapiere ihre Politik darzustellen versuchen, gibt das Liberale Lexikon kurz und knappe Auskunft über konkrete Politikinhalte. Freilich wurden dabei die Beschlussfassungen der Gremien in Artikelform umgearbeitet. Dies garantiert Lesbarkeit und die auf das wesentliche zusammengefasste Informationsvermittlung einzelner liberaler Themen.

Die vorliegende Ausgabe ist eine Druckversion des Liberalen Lexikons Online – www.liberales-lexikon.de. In ihm sind alle Artikel eingearbeitet, die sich bereits im Online-Lexikon befinden. Dort finden Sie quasi auf Knopfdruck Antworten auf Ihre Fragen, statt sich durch lange Lyrik und Prosa zur Beschreibung des Gegenwartszustandes zu arbeiten.

Die Druckfassung wie auch die Online-Ausgabe des Lexikons stellen derzeit den Zwischenstand der programmatischen Ausrichtung der Thüringer Liberalen dar. Das Lexikon ist nicht statisch, sondern dynamisch und damit in ständiger Veränderung. Die vorliegende Ausgabe ist für die Regionalkonferenzen 2008 bestimmt. Dort wollen wir u.a. das Lexikon mit den Parteifreundinnen und –freunden beraten. Dazu gehören die Artikel selbst, Änderungs- und Erweiterungswünsche oder weitere Themen. **Aus diesem Grunde handelt es sich um eine Arbeitsfassung. Nach den Regionalkonferenzen werden die Anregungen durch die Landesfachausschüsse und die Gremien der FDP aufgenommen.**

Zur Handhabung: Im Gegensatz zur Online-Ausgabe sind in der Druckfassung nicht alle Artikel komplett alphabetisch geordnet, sondern nur die Oberbegriffe. Innerhalb dieser Oberpunkte folgen weitere Unterpunkte, die verwandte Themenbereiche behandeln. So findet sich zum Beispiel das Stichwort ‚Gymnasium‘ unter ‚Schulpolitik‘. Auch werden Ihnen in unterschiedlichen Artikeln inhaltliche Wiederholungen auffallen. Diese sind nicht zu vermeiden, denn die einzelnen Lexikoneinträge müssen aus sich heraus verständlich sein.

Aufgrund der Vielzahl der Artikel können sich Fehler einschleichen. Bei Rechtschreibfehlern oder zum Teil auftretender alter Rechtschreibung bitten wir freundlich um Nachsicht und Hinweis an den Landesverband. Ebenso sind selbstverständlich inhaltliche Anregungen herzlich willkommen.

Beim Lesen des Liberalen Lexikons wünschen wir Ihnen viel Spaß.

Ihr
Patrick Kurth
Generalsekretär FDP Thüringen

1 **Abwanderung**

2
3 *Abwanderung und demographischer Wandel*

4 Die jahrelange Abwanderung konnte
5 von der CDU- Landesregierung nicht
6 eingedämmt werden. Täglich verlassen
7 etwa 40 Menschen, darunter v.a. hoch-
8 qualifizierte, leistungsbereite oder ar-
9 beitsuchende Menschen, den Freistaat.
10 Die Folgen sind beträchtlich: Steuer-
11 einnahmen brechen weg, die Kaufkraft
12 schrumpft, dringend benötigter Nach-
13 wuchs fehlt.

14 Diesem Trend muss entgegengewirkt
15 werden. Die Thüringer FDP tritt für
16 die Schaffung attraktive Arbeitsplätze,
17 einer schlanken und unkomplizierten
18 Verwaltung und einer erstklassigen
19 Kinderbetreuung ein. Gleichmaßen
20 kommt der Förderung des Kultur- und
21 Bildungssektors sowie ländlicher Regi-
22 onen eine zentrale Rolle zu, um in
23 Thüringen eine hochwertige Lebens-
24 qualität zu gewährleisten.

25 Der demographische Wandel stellt
26 mittelfristig neue Herausforderungen
27 an die Politik. Die FDP Thüringen
28 steht für eine frühzeitige Investition in
29 Humanressourcen, wozu insbesondere
30 eine Verbesserung der frühkindlichen
31 Bildung angestrebt wird. Dazu ist die
32 Vereinbarkeit von Familie und Beruf
33 weiter zu erleichtern und die Erwerbs-
34 beteiligung älterer Arbeitnehmer zu
35 steigern.

36 Die Thüringer FDP wird in der nächs-
37 ten Legislatur dafür eintreten, dass die
38 Landesregierung halbjährlich über den
39 Stand der Abwanderung und der jewei-
40 ligen Gegenmaßnahmen zu berichten
41 hat. Die Abwanderung muss als politi-
42 sches Problem im Freistaat begriffen
43 und damit auch in die parlamentarische
44 Beratung zurückgeführt werden.

45 → *Beschluss Landesparteitag FDP Thürin-*
46 *gen 07, Vollständiger Beschluss unter unter:*
47 *www.fdp-thueringen.de/programm/61-*
48 *antraege_und_beschluesse_zum_landspartei-*
49 *tag_21_04_2007.html*

51 **Arbeitsmarkt**

52
53 *Arbeit und Arbeitslosigkeit*

54 Arbeit schafft Perspektive und Zu-
55 kunft. Gerade für die Menschen im
56 Osten Deutschlands ist die Existenz
57 einer solchen Perspektive notwendiger
58 als je zuvor. Denn Arbeitslosigkeit
59 führt nicht nur zu sinkender Kaufkraft
60 und verminderten Steuereinnahmen.
61 Sie ist für jeden einzelnen vor allem ein
62 schwerwiegender Einschnitt in sein
63 Leben. Darüber hinaus kann sich Ar-
64 beitslosigkeit zu einem existentiellen
65 Problem auswachsen. Wenn viele Men-
66 schen von Erwerbslosigkeit und ihren
67 Folgen betroffen sind, sinkt auch ihr
68 Vertrauen in die Gemeinschaft und die

69 Demokratie. Aber nicht nur fehlen-
70 de Arbeitsplätze hat das Aussehen
71 des Arbeitsmarktes geprägt. Speziell
72 für Thüringen und alle anderen
73 ostdeutschen Bundesländer ist die
74 Konsequenz daraus, Abwanderung
75 gen Westen, ein gleichermaßen
76 schwerwiegender Sachverhalt. Jeder,
77 der aufgrund eines auswärtigen
78 Arbeitsplatzes gehen muss, hinter-
79 lässt Lücken in allen Bereichen. Der
80 Aufbau Ost ist auf diese Weise
81 nicht zu schaffen. Geld allein reicht
82 nicht aus, um Thüringen bzw. Ge-
83 samtostdeutschland wieder an die
84 Spitze zurückzuführen. Es sind die
85 Menschen, die das gesellschaftliche,
86 politische und wirtschaftliche Leben
87 nicht nur erhalten, sondern es le-
88 benswert und einzigartig machen.
89 Sie sind unsere Zukunft. Ihnen und
90 ihren Bedürfnissen sind wir ver-
91 pflichtet.

92 → *Wahlprogramm zur Landtagswahl*
93 *2004*

94
95 *Dritter Arbeitsmarkt*

96 Die FDP Thüringen spricht sich
97 gegen das Konzept eines dritten
98 Arbeitsmarktes aus, nach dem
99 Langzeitarbeitslose kommunale
100 Aufgaben wahrnehmen sollen und
101 dabei allein vom Staat bezahlt wer-
102 den. Dieser öffentlich finanzierte
103 Beschäftigungssektor belastet die
104 staatlichen Kassen immens und
105 trägt nichts zur Verbesserung des
106 Arbeitsmarktes bei.

107 → *Beschluss vom Landesparteitag, 21.*
108 *04. 2007, Gera*

109
110 *Integration älterer Arbeitnehmer*

111 Die Kompetenz und die Lebenser-
112 fahrung älterer Arbeitnehmer müs-
113 sen stärker genutzt werden. Insbe-
114 sondere die Herausforderungen um
115 Fachkräftemangel, Personalbedarf
116 und im Dienstleistungsbereich
117 machen deutlich, wie wichtig ältere
118 Arbeitnehmer sind. Die verfehlte
119 Integration älterer Arbeitnehmer
120 hat Gründe. Eine über Jahre ver-
121 fehlte Tarif- und Arbeitsmarktpoli-
122 tik hat dazu geführt, dass Ältere
123 vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt
124 werden.

125 Um ältere Menschen erfolgreich in
126 den Arbeitsmarkt integrieren zu
127 können, müssen strukturelle
128 Hemmnisse beseitigt werden.
129 Deutschland braucht eine Steuer-,
130 Wirtschafts-, Tarif- und Arbeits-
131 marktpolitik, die zu mehr Wachs-
132 tum und damit zu mehr Arbeits-
133 plätzen führt. Kontraproduktive
134 Schutzbestimmungen für ältere
135 Arbeitnehmer, die sich z. B. in der
136 Kündigungsschutzgesetzgebung

137 oder auch im Sozialgesetzbuch im
138 Hinblick auf den Vorruhestand
139 befinden, müssen geändert werden.
140 Das gilt ebenso für so genannte
141 Senioritätsprinzipien in Tarifverträ-
142 gen. Dazu gehört auch das Ende der
143 Altersteilzeit und das sofortige Aus-
144 laufen der 58er-Regelung. Um die
145 Beschäftigungsaussichten Älterer zu
146 erhöhen, müssen daher alle tarifli-
147 chen und gesetzlichen Regelungen
148 für den Arbeitsmarkt auf ihre hem-
149 mende Wirkung für die Einstellung
150 älterer Arbeits- loser hin überprüft
151 werden.

152 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thü-*
153 *ringen März 2008*

154
155 *Mindestlohn*

156 Ein gesetzlicher Mindestlohn wird
157 nicht dazu führen, dass sich die
158 Einkommenssituation der Arbeit-
159 nehmer verbessert. Auch ein Abbau
160 der Arbeitslosigkeit wird dadurch
161 nicht stattfinden. Außerdem würde
162 ein Mindestlohn die im Grundgesetz
163 verankerten Rechte der Tarifpartei-
164 en, Tarifverträge frei von staatlichen
165 Eingriffen abschließen zu können,
166 verletzen. Deswegen ist die Einfüh-
167 rung eines Mindestlohns abzuleh-
168 nen.

169 → *Beschluss vom Landesparteitag, 21.*
170 *04. 2007 Gera*

171
172 *Stärkung der Wirtschaftskraft beheb*
173 *Arbeitslosigkeit*

174 Die FDP Thüringen plädiert für:

- 175 • Reform des Steuersystems
- 176 • Bürokratieabbau
- 177 • Lockerungen im Arbeitsrecht und
- 178 in den Tarifvereinbarungen
- 179 • Reform der Sozialversicherungs-
- 180 system und Abkoppelung vom
- 181 Faktor Arbeit

182 Das Problem der Arbeitslosigkeit
183 resultiert nicht aus der Bequemlich-
184 keit potentieller Arbeitnehmer oder
185 aus Vermittlungsschwierigkeiten.
186 Die schwache Wirtschaftskraft ist
187 und bleibt der Hauptgrund für die
188 hohe Arbeitslosenquote im Land.
189 Der Arbeitsmarkt, die Wirtschaft
190 und das Steuersystem bilden einen
191 eng miteinander verwobenen Kom-
192 plex, der sensibel auf positive aber
193 auch negative Einflüsse reagiert.
194 Veränderungen in einem Bereich
195 haben stets Konsequenzen für die
196 beiden anderen Bereiche. Arbeitslo-
197 sigkeit zu bekämpfen, heißt, zuerst
198 die Wirtschaft zu beleben. Sie muss
199 fit gemacht werden, um wieder als
200 Träger von Investitionen und Pro-
201 duzent von Arbeitsplätzen fungieren
202 zu können. Unternehmen brauchen
203 individuelle Gestaltungs- und Ent-

1 scheidungsfreiräume, ein vernünftiges
2 Steuersystem und Verwaltungsstruktu-
3 ren, die ihnen hilfreich zur Seite stehen
4 und nicht behindern.

5 → *Beschluss Landesparteitag, Altenburg*
6 *2004*

7 **Ärzte**

8 *Attraktivitätssteigerung der Ausbildung von*
9 *Allgemeinmediziner*

10 Die FDP Thüringen tritt ein für:

11 • eine Vergütung des Praktischen Jah-
12 res, um potentiellen Allgemeinmedi-
13 ziner einen Anreiz zu geben, in
14 Thüringen zu bleiben

15 • den Abbau der Verwaltungstätigkeit
16 von Ärzten, Reduzierung auf den
17 Kernbereich einer medizinischen und
18 patientengerechten Behandlung

19 • eine bessere Bezahlung

20 • die Senkung der realen Arbeitszeiten

21 • die Verbesserung der Ausbildungssi-
22 tuation an den Lehrkrankenhäusern:
23 fachgerechte Aufzeichnung der Tä-
24 tigkeitinhalte von Rotanden, um ein
25 Ausnutzen als "Lückenbüßer" zu un-
26 terbinden

27 • die Stärkung des Status' des Allge-
28 meinmediziners: bessere Anerken-
29 nung durch die jeweiligen Fachabtei-
30 lungen und der Krankenhäuser all-
31 gemein

32 Viele Studenten und Ärzte entscheiden
33 sich gegen eine Tätigkeit im allge-
34 meinmedizinischen Be-reich, bevorzu-
35 gen eher andere Fachrichtungen bzw.
36 den Verwaltungs- und Forschungsbe-
37 reich. Ein Mangel an Allgemeinmedizi-
38 nern, eine Überalterung noch praktizie-
39 render Ärzte und letztlich ernste Ver-
40 sorgungslücken sind abzusehende
41 Entwicklungen. Ziel unserer Politik ist
42 es, die Attraktivität dieser Fachrichtung
43 hinsichtlich Ausbildungsqualität und
44 Bezahlung zu erhöhen. Wieder mehr
45 Studenten sollen sich für die Allge-
46 meinmedizin entscheiden. Für Kran-
47 kenhäuser muss es attraktiv und loh-
48 nenswert sein, Allgemeinmediziner
49 auszubilden.

50 *Landesfachausschuss Gesundheit, Soziales,*
51 *Gleichstellung und Familie, Antrag Nr. 20,*
52 *Ausbildung und Vergütung von Allgemein-*
53 *ärzten, Außerordentlicher Landesparteitag*
54 *der FDP Thüringen, 23. 4. 2006, Bleicher-*
55 *ode.*

56 *Situation niedergelassener Ärzte verbessern*
57 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

58 • die Angleichung der Krankenkassen-
59 vergütung pro Versicherten im ambu-
60 lanten medizinischen Bereich Ost
61 an West

62 • die Abschaffung der Disease
63 Management Programme (DMP)
64 aufgrund mangelnder Effizienz

65 • eine Abänderung der Investitions-
66 und Kostenregelungen für die
67 Software bei der Einführung und
68 Unterhaltung der elektronischen
69 Patientenchipkarten

70 • die Abschaffung der Zertifizie-
71 rung nach ISO 9000, da diese für
72 die Größenordnung einer durch-
73 schnittlichen Arztpraxis überdi-
74 mensioniert ist

75 • die Abschaffung der Altersgrenze
76 praktizierender Ärzte, keine au-
77 tomatische Rückgabe der Kassen-
78 zulassung mit 68 Jahren.

79 Seit Jahren sinkt stetig die Zahl der
80 Niederlassung von Berufseinstei-
81 gern. Mediziner, die aus Altersgrün-
82 den in den Ruhestand gehen, finden
83 kaum interessierte Nachfolger.
84 Zudem schrumpft der Anteil ambu-
85 lanter Leistungen - Leistungen, für
86 die niedergelassene Ärzte bezahlt
87 werden, während der Anteil der
88 stationären Behandlung im Kran-
89 kenhaus steigt. Die Arbeitsbedin-
90 gungen niedergelassener Ärzte
91 müssen daher verbessert werden,
92 um diesen Bereich sowohl für Neu-
93 einsteiger als auch für bereits prak-
94 tizierende Ärzte wieder attraktiv
95 und lohnenswert zu gestalten. Ohne
96 entsprechende Maßnahmen ist eine
97 flächendeckende und hochwertige
98 ärztliche Versorgung in Zukunft
99 nicht mehr gegeben.

100 → *Landesfachausschuss Gesundheit,*
101 *Soziales, Gleichstellung und Familie,*
102 *Antrag Nr. 21, Verbesserung der finan-*
103 *ziellen Situation niedergelassener Ärzte,*
104 *Außerordentlicher Landesparteitag der*
105 *FDP Thüringen, 23. 4. 2006.*

106 *Status und Aufgabenfeld*

107 Die FDP Thüringen fordert:

108 • mehr Eigenverantwortung und
109 Selbstbestimmung für Ärzte

110 • effizienter Einsatz der vorhande-
111 nen Mittel im Gesundheitswesen

112 • keine Zwangsmitgliedschaft in
113 KV und KZV

114 • Wirtschaftlichkeit und Transpa-
115 renz bei ambulant tätigen Ärzten
116 hinsichtlich der Behandlungsent-
117 gelte

118 • keine Budgetisierung: Ärzte dür-
119 fen nicht bestraft werden, wenn
120 sie zu viele Patienten behandeln

121 • Abbau der Verwaltungstätigkeit
122 von Ärzten, Reduzierung auf den
123 Kernbereich der medizinischen
124 und patientengerechten Behand-
125 lung

126 • Abschaffung der Praxisgebühr

127 Ein Arzt ist Helfer in außergewöhn-
128 lichen Situationen aber auch gleich-
129 zeitig ein Unternehmer mit Rechten
130 und Pflichten. Es ist Aufgabe der
131 Politik, die Rahmenbedingungen so
132 auszugestalten, dass er beiden As-
133 pekten seines Berufes nachkommen
134 kann.

135 → *Landesfachausschuss Gesundheit,*
136 *Soziales, Gleichstellung und Familie,*
137 *Antrag Nr. 20, Ausbildung und Vergü-*
138 *tung von Allgemeinärzten, Außerordent-*
139 *licher Landesparteitag der FDP Thüringen,*
140 *23. 4. 2006, Bleicherode.*

141 **Aufbau Ost**

142 *Aufbau Ost, kein Nachbau West*

143 Die FDP Thüringen tritt ein für:

144 • die Errichtung einer Sonderwirt-
145 schaftszone/ Modellregion Ost
146 bzw. Thüringen mit Sondertarifen
147 bei der Unternehmens- und Ein-
148 kommensteuer und einem flexib-
149 leren Arbeitsmarkt mit variablem
150 Kündigungsschutz

151 • Vereinfachung des Steuersystems

152 • Anwendung einer gezielten und
153 bedarfsgerechten Förderpolitik

154 • Bürokratieabbau

155 • Befreiung kleiner und mittelständi-
156 ger Unternehmen von bundes-
157 rechtlichen Vorschriften.

158 Der Aufbau Ost ist ein vielschichti-
159 ges Gebilde, welches von vielen
160 Komponenten beeinflusst wird. Das
161 Gelingen des Aufbaus Ost erfordert
162 eine koordinierte und sich ergänzen-
163 de Zusammenarbeit verschiedener
164 Politikfelder. Diese müssen die För-
165 derung und den Aufbau Ost zu einer
166 Selbstverständlichkeit und zu einem
167 Grundbestandteil ihrer Arbeit ma-
168 chen. Jeder muss seinen Teil dazu
169 beitragen und einen positiven
170 Einfluß auf die Entwicklung und das
171 Wachstum des Landes ausüben. Es
172 bedarf keines gesonderten "Ostbe-
173 auftragten". Jeder politisch Verant-
174 wortliche hat in seinem Fachgebiet
175 die speziellen Interessen und Be-
176 dürfnisse der Regionen im Blick und
177 berücksichtigt sie. Der Aufbau Ost
178 ist kein geographisches oder struktu-
179 relles Problem bzw. ein Problem der
180 politischen Kompetenzverteilung.
181 Besonders die übernommenen Ge-
182 setze und Regelungen haben sich als
183 Wachstumsbremse erwiesen. Der
184 Aufbau Ost ist kein Nachbau West.
185 Ohnehin kann und darf die Haupt-
186 verantwortung für diesen Prozeß
187 nicht außerhalb von Thüringen
188 liegen. Unser Land muss die Kraft
189 aus sich selbst schöpfen.

190 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
191 *Abwanderungsproblem auf Agenda setzen,*
192

1 19. 4. 2004. FDP Landesvorstand, Antrag
 2 Nr. 30, Aufbau Ost – Umbau Ost – Chan-
 3 cen West, 18 Ordentlicher Landesparteitag
 4 des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3.
 5 2005, Apolda/ Pfißelbach. Barth, Uwe,
 6 Presseveröffentlichung, Aufbau Ost kein
 7 Sonderpostenmarkt, 22. 8. 2005.

9 **Baupolitik**

11 *Eigenheimzulage*
 12 Die FDP Thüringen lehnt die Strei-
 13 chung der Eigenheimzulage ab. Sie ist
 14 ein wichtiger Bestandteil, um die priva-
 15 te Eigentumsbildung und die Alters-
 16 vorsorge zu stärken. Wir Liberalen
 17 plädieren daher für eine Neugestaltung.
 18 Diese sieht vor, die Zulage von fünf
 19 auf 2, 5 Prozent zu senken. Die förder-
 20 fähigen Kosten sollen auf 100.000
 21 Euro verdoppelt werden. Nicht mehr
 22 berücksichtigt wird die Finanzierung
 23 der Grundstücke. Förderfähig werden
 24 auch Altbauten. Der Erwerb und die
 25 Sanierung können bis zu 50.000 Euro
 26 mit 2,5 Prozent unterstützt werden.
 27 Eine Förderung erfolgt nur gegen
 28 Vorlage aller Rechnungen. Die Eigen-
 29 heimzulage finanziert somit keine
 30 Schwarzarbeit, sondern ist eine Investi-
 31 tion in reguläre Beschäftigung und in
 32 Arbeitsplätze der Bauindustrie.
 33 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*
 34 *fentlichung, Schwarzarbeit nicht mehr geför-*
 35 *dert, 15. 10. 2003.*

37 *Städtisches Wohnungswesen*

38 Das Wohnungswesen ist von einem
 39 tiefgreifenden Wandel geprägt. Trotz
 40 eines insgesamt ausgeglichenen Woh-
 41 nungsmarktes sind die regionalen Un-
 42 terschiede zum Teil ganz erheblich.
 43 Während einige Städte vom Zerfall
 44 durch zunehmenden Leerstand be-
 45 droht sind, herrscht in Ballungsgebie-
 46 ten latenter Wohnungsmangel. Eine
 47 Kopplung wohnungspolitischer Fragen
 48 mit dem Städtebau ist unumgänglich.
 49 Eine moderne Wohnungspolitik kann
 50 bei sinnvoller Ausgestaltung mehrere
 51 Ziele erreichen. Sie muss Wohneigen-
 52 tum fördern, Wohnraum für sozial
 53 Schwache bereit stellen, die Woh-
 54 nungsmärkte insgesamt mehr liberali-
 55 sieren und einen Beitrag zur nachhaltigen
 56 Entwicklung leisten. Die Woh-
 57 nungspolitik muss sich auf die Versor-
 58 gung bestimmter Zielgruppen konzent-
 59 rieren. Dazu gehören insbesondere
 60 Familien mit Kindern und ältere Men-
 61 schen. Wohnungspolitik muss ein
 62 Instrument der Stadtentwicklung, der
 63 Sozialpolitik (Wohneigentum im Rah-
 64 men der privaten Altersvorsorge), der
 65 Umweltpolitik (energetische Sanierung
 66 des Altbestandes führt gleichzeitig zur
 67 Senkung des CO2-Ausstosses) aber
 68 insbesondere ein Instrument der Wirt-

69 schaftspolitik sein. Wohnungsneu-
 70 bau, Sanierung und Modernisierung
 71 im Bestand schaffen und erhalten
 72 Arbeitsplätze.
 73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 74 *wort Wohnungsbau, Unsere Argumente*
 75 *von A bis Z.*

77 **Behindertenpolitik**

78 *Recht auf Selbstbestimmung*
 79 Menschen mit Behinderung gehö-
 80 ren in die Mitte der Gesellschaft.
 81 Die FDP will für Menschen mit
 82 Behinderung die größtmögliche
 83 Teilhabe und Selbstbestimmung
 84 erreichen. Hierfür ist es notwendig,
 85 die Barrierefreiheit auf allen Gebie-
 86 ten, von der Privatwohnung über
 87 die öffentliche Infrastruktur bis
 88 zum Internet, stetig zu verbessern.
 89 Eine bezahlte Beschäftigung ist für
 90 die überwiegende Zahl der Men-
 91 schen mit Behinderung ein wichti-
 92 ger Beitrag zu mehr Selbstständig-
 93 keit. Sondervorschriften, die Men-
 94 schen mit Behinderung eigentlich
 95 schützen sollen, müssen vorurteils-
 96 frei darauf überprüft werden, ob
 97 diese nicht ihre Chance auf dem
 98 Arbeitsmarkt vermindern. In den
 99 vergangenen Jahren sind die Ausga-
 100 ben für die Eingliederungshilfe für
 101 Menschen mit Behinderung stark
 102 gestiegen. Es stellt sich die Frage
 103 der Effektivität. Langfristiges Ziel
 104 einer liberalen Behindertenpolitik ist
 105 die Schaffung eines eigenen Lei-
 106 stungsgesetzes. Dieses soll die beste-
 107 henden gesetzlichen Regelungen
 108 zusammenfassen und vereinfachen
 109 sowie zu mehr Transparenz und
 110 Effizienz in der Behindertenhilfe
 111 beitragen.
 112 → *FDP im Deutschen Bundestag, Be-*
 113 *hindertenpolitik, Unsere Argumente von*
 114 *A bis Z.*

117 **Bildung**

118 *Frühkindliche Bildung*
 119 Bildung ist das zentrale Bürgerrecht,
 120 das die Lebenschancen von jungen
 121 Menschen und die Zukunftschan-
 122 cen unseres Landes bestimmt.
 123 Schlechte PISA-Ergebnisse, ein
 124 katastrophaler baulicher Zustand
 125 vieler Schulen und Hochschulen,
 126 mangelnde Ausbildungsreife von
 127 20-25 Prozent eines Jahrganges und
 128 ca. 80.000 Jugendliche ohne Schul-
 129 abschluss pro Jahr sind Alarmzei-
 130 chen. Unsere Kindergärten, Schulen
 131 und Hochschulen sind durch Büro-
 132 kratie und Vorschriften gefesselt.
 133 Die FDP will für alle Einrichtungen
 134 eine hohe Selbstständigkeit. So
 135 können sie sich nach den jeweiligen
 136

137 Bedingungen optimal organisieren.
 138 Frühkindliche Bildung ist für die
 139 FDP besonders wichtig. Wir wollen
 140 faire Chancen für jedes Kind von
 141 Anfang an. Deshalb wollen wir den
 142 verbindlichen Besuch einer Start-
 143 klasse ab 5 Jahren, vor der ersten
 144 Klasse, mit klarem pädagogischem
 145 Auftrag. Frühe Sprachtests bilden
 146 die Voraussetzung, jedes Kind indi-
 147 viduell zu fördern. Die chronische
 148 Unterfinanzierung der Bildung in
 149 Deutschland muss beendet werden.
 150 Nur ca. 4,5 Prozent des Bruttoin-
 151 landprodukts werden in Deutsch-
 152 land aus öffentlichen Haushalten für
 153 Bildung und Ausbildung ausgege-
 154 ben. Dies ist weit unter dem europä-
 155 ischen Durchschnitt von ca. 4,9
 156 Prozent. Die FDP will Bildungsfi-
 157 nanzierung statt Kohlefinanzierung.
 158 Bildung in Deutschland muss wieder
 159 Spitze werden.
 160 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 161 *wort Bildung, Unsere Argumente von A*
 162 *bis Z.*

163 *Grundsätze der Bildungspolitik*

164 Die Thüringer FDP sieht die Bil-
 165 dung als ein zentrales Bürgerrecht,
 166 das vornehmlich die Lebenschancen
 167 junger Menschen, aber im Zuge des
 168 "lebenslangen Lernens" auch die
 169 gesellschaftliche Position aller ande-
 170 ren Generationen bestimmt. Bildung
 171 muss als ganzheitlicher Prozess
 172 gesehen werden, in dem der Staat
 173 sich darauf beschränken sollte, einen
 174 entsprechenden Ordnungsrahmen
 175 zu schaffen. Leitlinien liberaler Bil-
 176 dungspolitik sind Eigenverantwortung,
 177 Wahlfreiheit, Chancengerechtig-
 178 keit, Effizienz und die Bereit-
 179 schaft zur Eigeninitiative. Um den
 180 Anforderungen der Globalisierung
 181 und den damit verbundenen Anfor-
 182 derungen in der Informations- und
 183 Wissensgesellschaft auf Dauer ge-
 184 recht werden zu können, muss eine
 185 zeitnahe Neuorientierung des deut-
 186 schen Bildungssystems erfolgen.
 187 Die FDP Thüringen sieht die fol-
 188 genden Punkte als elementare Be-
 189 standteile der Bildungspolitik:
 190 • Mehr Autonomie für Bildungsein-
 191 richtungen und Bildungsträger,
 192 damit sich auch im Bildungswesen
 193 auf der Grundlage eines breit gefä-
 194 cherten Bildungsangebots der
 195 Wettbewerb stärker entfalten kann.
 196 • Stärkung der Leistungsfähigkeit
 197 unserer Hochschulen durch aus-
 198 reichende Finanzierung, Entlas-
 199 sung in die Autonomie und mehr
 200 Wettbewerb
 201 • Verbesserung der Studierfähigkeit
 202 der Abiturienten durch Zu-
 203

- 1 rücknahme des Kurssystems, Zent-
- 2 ralabitur in den Ländern und bun-
- 3 desweit einheitliche
- 4 Anforderung an das Abitur.
- 5 • Ein gegliedertes Schulsystem, in dem
- 6 jede Schulart ein genau definiertes
- 7 Bildungsziel besitzt. Die Lehrinhalte,
- 8 Umfang der Lehre, Organisation und
- 9 Schülerschaft sollen das jeweilige Bil-
- 10 dungs- und Berufsziel widerspiegeln
- 11 und darauf vorbereiten
- 12 • Profilierung bzw. Spezialausrichtun-
- 13 gen der Schulen zielorientierte und
- 14 zeitsparende Vermittlung von Wissen
- 15 und Fertigkeiten
- 16 • Ausstattung der Lehranstalten mit
- 17 modernen Unterrichtsmaterialien
- 18 • Stärkere Vermittlung von eigenver-
- 19 antwortlichem Handeln in Lehre und
- 20 Studium
- 21 • Vereinheitlichungen Bildungssystem
- 22 in Deutschland: Festlegung klarer
- 23 Standards für alle Ebenen des Bil-
- 24 dungs-systems zwecks nationaler und
- 25 internationaler Vergleichbarkeit von
- 26 Abschlüssen und Zeugnissen bzw.
- 27 zwecks problemloser Schulübergänge
- 28 • Stärkung der Leistungsfähigkeit unse-
- 29 rer Hochschulen durch ausreichende
- 30 Finanzierung, Entlassung in die Au-
- 31 tonomie und mehr Wettbewerb
- 32 • Verbesserung der Studierfähigkeit der
- 33 Abiturienten durch Zurücknahme
- 34 des Kurssystems, Zentralabitur in
- 35 den Ländern und bundesweit einheit-
- 36 liche Anforderung an das Abitur.
- 37 Die Bildung in Deutschland, so auch in
- 38 Thüringen, ist chronisch unterfinan-
- 39 ziert. Die Ausgaben aus öffentlichen
- 40 Mitteln betragen bisher ca. 4,5% des
- 41 Bruttoinlandproduktes. Dieser Wert
- 42 liegt unter dem europäischen Durch-
- 43 schnitt und ist im Sinne einer deutli-
- 44 chen Qualitätsverbesserung dringend
- 45 zu ändern
- 46 Bildung ist ein hohes individuelles und
- 47 gesellschaftliches Gut. Es bildet die
- 48 Voraussetzung für das selbstbestimmte
- 49 Leben jedes Menschen und definiert
- 50 durch seine Qualität die soziale Ent-
- 51 wicklung eines Landes.
- 52 Die Welt, in der wir leben, unterliegt
- 53 ständigen Veränderungen. Sie erfolg-
- 54 reich zu bestehen, erfordert Wissen
- 55 und Fertigkeiten, die diesen neuen
- 56 Situationen immer angepasst sind. Die
- 57 Prinzipien der lebenslangen Wissens-
- 58 aneignung und der Möglichkeit geo-
- 59 graphischer Mobilität müssen als
- 60 Grundelement im Bildungssystem
- 61 verankert und systematisch ausgestaltet
- 62 werden.
- 63 Die Entwicklung und Unterstützung
- 64 individueller Stärken und Talente muss
- 65 im Mittelpunkt der Bildungspolitik
- 66 stehen. Um sie gezielt ausschöpfen zu
- 67 können, müssen wir bereit sein, uns auf
- 68 den Einzelnen zu konzentrieren,
- 69 seine Fähigkeiten auszubauen und
- 70 bedarfsgerecht einzusetzen.
- 71 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
- 72 *Thüringen, Gera 2007*
- 73 *Mebr Wettbewerb zwischen den Allge-*
- 74 *meinbildenden Schulen*
- 75
- 76 Die Thüringer FDP setzt sich dafür
- 77 ein, den Wettbewerb zwischen den
- 78 Allgemeinbildenden Schulen zu
- 79 forcieren und die Bedingungen an
- 80 den Schulen zu verbessern, um eine
- 81 deutliche Steigerung des Bildungs-
- 82 niveaus der Schulabgänger zu erzie-
- 83 len.
- 84 Die schulischen Bildungsgänge
- 85 müssen so gestaltet werden, dass
- 86 jede Schülerin und jeder Schüler
- 87 eine optimale Förderung erhält, die,
- 88 bei Beachtung der jeweiligen Anla-
- 89 gen, Neigungen, der vorhandenen
- 90 Begabungen sowie der kognitiven
- 91 Möglichkeiten, das Erreichen bester
- 92 individueller Ergebnisse zum Ziel
- 93 hat.
- 94 Um dies zu realisieren, bedarf es
- 95 nach Auffassung der Thüringer
- 96 FDP einer Veränderung der Thü-
- 97 ringer Bildungspolitik in folgenden
- 98 Positionen:
- 99 Intensivierung des Wettbewerbs
- 100 Der Wettbewerb zwischen den
- 101 Schulen der einzelnen Schulformen
- 102 ist ein wichtiger Bestandteil der
- 103 Schulentwicklung. Voraussetzung
- 104 dafür ist, dass neben der Erhaltung
- 105 der verschiedenen Schulformen
- 106 (Staatliche Schulen und Schulen in
- 107 freier Trägerschaft) die Bedingun-
- 108 gen an den Schulen so gestaltet
- 109 werden, dass bei gleichen Aus-
- 110 gangssituationen ein fairer Wettbe-
- 111 werb möglich wird
- 112 Stärkung der Autonomie und Ei-
- 113 genverantwortlichkeit der Schulen
- 114 Das Ziel der schulischen Ausbil-
- 115 dung besteht darin, den Schülerin-
- 116 nen und Schülern Bildungsstan-
- 117 dards zu vermitteln, die ihnen einen
- 118 problemlosen Übergang in eine
- 119 berufliche Entwicklung oder ein
- 120 Studium ermöglichen. Der Weg
- 121 zum Erreichen dieses Ziels sollte
- 122 aber weitestgehend den Schulleitun-
- 123 gen, Fachschaften und Lehrern der
- 124 jeweiligen Schulen überlassen wer-
- 125 den.
- 126 Dies bezieht sich auf den Einsatz
- 127 der notwendigen Mittel, sowohl in
- 128 sächlicher Hinsicht (Budgetierung),
- 129 als auch im Hinblick auf die Ver-
- 130 wendung personeller Ressourcen.
- 131 Auflösung der Schuleinzugsbereiche
- 132 der Regelschulen (bereits Be-
- 133 schlusslage der Thüringer FDP)
- 134 Diese Maßnahme wird den Wett-
- 135 bewerb der Regelschulen unterein-
- 136 ander intensivieren und dem El-
- 137 ternwillen besser entsprechen.
- 138 Schülerinnen und Schüler bzw.
- 139 deren Eltern die Möglichkeit sich
- 140 nach der Grundschule eine Regel-
- 141 schule auszusuchen, deren Profil
- 142 ihren persönlichen Neigungen und
- 143 Interessen entspricht.
- 144 *LFA I, März 2008*
- 145
- 146 *Verbesserte Förderung von Schülerinnen*
- 147 *und Schülern*
- 148 Die individuelle Förderung der
- 149 Schülerinnen und Schüler ist zu
- 150 verbessern. Dies bezieht sich sowohl
- 151 auf die Förderung begabter, als auch
- 152 auf die Förderung leistungsschwa-
- 153 cher Schülerinnen und Schüler.
- 154 Dabei kommt es darauf an, die Stär-
- 155 ken und Schwächen des Einzelnen
- 156 zu erkennen und in eine Planung des
- 157 individuellen Bildungskonzeptes
- 158 einzubeziehen. Dazu müssen die
- 159 Schulen in materieller, aber auch in
- 160 personeller Hinsicht in die Lage
- 161 versetzt werden. Deshalb sind u.a.
- 162 die Qualifikation der Lehrer und
- 163 Erzieher durch entsprechende Fort-
- 164 bildungsmaßnahmen, aber auch die
- 165 Personalschlüssel zu verbessern. Die
- 166 hierzu notwendigen Mittel müssen
- 167 durch eine entsprechende Aufstoc-
- 168 ckung der Landesmittel für den
- 169 Bildungssektor bereit gestellt wer-
- 170 den.
- 171 *LFA I, März 2008*
- 172
- 173 *Das Ansehen der Regelschule muss ge-*
- 174 *stärkt werden*
- 175 Durch eine Umsetzung der bisher
- 176 geforderten Maßnahmen (siehe
- 177 oben) ist eine deutliche Qualitäts-
- 178 steigerung der Regelschulbildung
- 179 zu erwarten. Es muss verdeutlicht
- 180 werden, dass ein mittlerer Schulab-
- 181 schluss die Basis für eine breit gefä-
- 182 cherte berufliche Ausbildung dar-
- 183 stellt. Weiterhin ist zu verdeutlichen,
- 184 dass nach einem erfolgreichen Ab-
- 185 schluss an der Regelschule auch für
- 186 „Spätentwickler“ durch eine Vielfalt
- 187 von weiterführenden Bildungsange-
- 188 boten der Zugang zu einer Fach-
- 189 hochschule oder Hochschule erwor-
- 190 ben werden kann.
- 191 *LFA I, März 2008*
- 192
- 193 *Weiterbildung*
- 194 In wichtigen Bildungsbereichen ist
- 195 Deutschland zurückgefallen bzw.
- 196 nimmt nicht den Platz ein, der für
- 197 eine nachhaltige Sicherung des wirt-
- 198 schaftlichen Wohlstandes erforder-
- 199 lich wäre. Dies betrifft besonders
- 200 den Bereich der Weiterbildung,
- 201 obwohl die Bedeutung von Fortbil-
- 202 dung innerhalb des Bildungswesens
- 203 ständig wächst. Einerseits hat sich

1 durch die Erweiterung der Europäi-
 2 schen Union, die voranschreitende
 3 Öffnung der Weltmärkte und die glo-
 4 bal zugänglichen Informationsnetze die
 5 internationale Wettbewerbssituation
 6 dramatisch verschärft. Andererseits
 7 wird der Stellenwert der Weiterbildung
 8 massiv aufgewertet, da sich der Anteil
 9 jüngerer Fachkräfte dramatisch zu
 10 Gunsten älterer verschiebt. Die finan-
 11 zielle Situation der Weiterbildungsträ-
 12 ger in Deutschland hat sich in den
 13 letzten Jahren außerordentlich kritisch
 14 entwickelt. Die schnelle Entwicklung
 15 neuer Finanzierungsinstrumente wie
 16 z.B. Bildungssparen, gesetzlich abgesi-
 17 cherte Lernzeitkonten im Rahmen von
 18 Tarifvereinbarungen oder durch frei-
 19 willige Zusatzversicherungen ausgege-
 20 bene Bildungsgutscheine ist daher
 21 überfällig. Über die Möglichkeiten,
 22 berufliche Weiterbildung auch durch
 23 einen sozial verträglichen Eigenanteil
 24 an den Kosten und nachlaufend zu
 25 tilgende Bildungsdarlehen mitzufinan-
 26 zieren, muss ebenfalls nachgedacht
 27 werden.
 28 Kontinuierliche Erwachsenenbildung
 29 ist zur Absicherung der Funktionsfä-
 30 higkeit der freiheitlichen demokrati-
 31 schen Gesellschaft aber nicht nur in
 32 wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch
 33 im Hinblick auf die Möglichkeiten
 34 demokratischer Teilhabe nötig. Somit
 35 geht es nicht nur um die berufsbeglei-
 36 tende Weiterbildung oder zusätzliche
 37 bzw. nachgeholt Ausbildungen, son-
 38 dern auch um allgemeine und politi-
 39 sche Bildung.

40 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*

41 **Bürger in Staat und Gesellschaft**

42 *In einer Demokratie ist jeder Bürger ein*
 43 *Stück Staat*

44 Demokratie kann nur durch die Betei-
 45 ligung seiner Bürger existieren. Jeder
 46 Einzelne trägt deshalb die Verantwor-
 47 tung für den Fortbestand demokrati-
 48 scher, freiheitlicher und rechtsstaatli-
 49 cher Grundwerte. Der Staat allein ist
 50 nicht in der Lage, diese Leistung zu
 51 erbringen. Er ist auf die Unterstützung
 52 der Bürger angewiesen. Der Staat muss
 53 ihnen die Mitarbeit und Teilnahme am
 54 Gestaltungsprozess ermöglichen, sie
 55 dahingehend motivieren und unterstüt-
 56 zen. Bürgerliches Engagement ist uni-
 57 versell und lässt sich nicht auf den
 58 politischen Bereich beschränken.
 59 Gleichsam wie die Demokratie lebt
 60 auch die Gesellschaft von der aktiven
 61 Beteiligung der Bürger an ihrem sozia-
 62 len Umfeld. Engagement im politi-
 63 schen, kulturellen, ökologischen Be-
 64 reich, in Bildung, Wissenschaft, For-
 65 schung, in Rettungsdiensten und im

69 Katastrophenschutz dient nicht nur
 70 als Ausdruck ideeller und persönli-
 71 cher Überzeugungen. Es ist gleich-
 72 zeitig auch ein Bekenntnis zu De-
 73 mokratie, Toleranz und Mitmensch-
 74 lichkeit.
 75 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 76 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 77 *2004, S. 24.*

78 *Stärkung der Bürgerrechte*

79 Die FDP setzt sich ein für mehr
 80 Freiheit und Sicherheit durch die
 81 Stärkung und Verteidigung von
 82 Bürgerrechten. Der innere Frieden
 83 einer Gesellschaft beruht ebenso
 84 auf der Freiheitlichkeit der Rechts-
 85 ordnung wie auf der Sicherheit ihrer
 86 Bürger. Freiheit ist ein Grundpfeiler
 87 einer liberalen Bürgergesellschaft.
 88 Nicht der Staat gewährt den Bür-
 89 gern Freiheit, sondern die Bürger
 90 gewähren dem Staat Einschränkun-
 91 gen ihrer Freiheit zur Wahrung der
 92 Rechte aller. Noch nie sind so viele
 93 und so tiefe Einschnitte in Freiheit
 94 und Eigentum der Bürger in so
 95 kurzer Zeit vorgenommen worden
 96 wie in den letzten Jahren unter Rot-
 97 Grün. Liberale Rechtspolitik ist der
 98 klare Gegenentwurf zu einem
 99 schleichenden Abbau von Bürger-
 100 rechten und einer Relativierung
 101 unserer Grundrechte. Die FDP
 102 fordert daher eine politische Neu-
 103 ausrichtung. Maßstab für das Han-
 104 deln des Gesetzgebers müssen
 105 wieder die Grundsätze unserer
 106 Verfassung werden. Leitlinien libe-
 107 raler Rechtspolitik sind die Grund-
 108 rechte und die Rechtsprechung des
 109 Bundesverfassungsgerichts.

110 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 111 *wort Bürgerrechte, Unsere Argumente von*
 112 *A bis Z.*

113 *Zivildienst*

114 Die FDP setzt sich für eine Ausset-
 115 zung der Wehrpflicht ein. Dies
 116 bedeutet auch das Aus für den
 117 Zivildienst. Das Niveau der sozialen
 118 Leistungen, die Zivildienstleistende
 119 erbringen, soll aufrechterhalten
 120 werden. Daher ist es notwendig, die
 121 Strukturen der Sozialdienste bereits
 122 heute an die Zeit ohne Zivildienst
 123 anzupassen. Sowohl die Dauer von
 124 Wehr- und Zivildienst als auch die
 125 Zahl der Einberufungen geht konti-
 126 nuierlich zurück. Damit sinkt die
 127 Zahl von verfügbaren Arbeitsstun-
 128 den der Zivildienstleistenden erheb-
 129 lich, so dass bereits heute Hand-
 130 lungsbedarf besteht. Mit neuen
 131 Anreizen müssen vorhandene Po-
 132 tentiale für ehrenamtliches Enga-
 133 gement erschlossen werden. Es
 134 müssen aber auch Lösungen gefun-

137 den werden, um mehr reguläre Er-
 138 werbsarbeit bei den heutigen Be-
 139 schäftigungsstellen des Zivildienstes
 140 zu schaffen. Hierfür will die FDP für
 141 einen begrenzten Zeitraum Zu-
 142 schüsse aus dem Bundeshaushalt
 143 gewähren, d. h. der heutige Haus-
 144 haltsansatz für den Zivildienst soll
 145 für Beschäftigungsförderung in
 146 diesem Bereich verwendet werden.
 147 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 148 *wort Zivildienst, Unsere Argumente von A*
 149 *bis Z.*

150 **Datenschutz**

151 *Grundposition*

152 Die FDP Thüringen will die infor-
 153 mationelle Selbstbestimmung der
 154 Menschen stärken. Wir schlagen vor,
 155 das grundgesetzlich geschützte Fern-
 156 meldegeheimnisses zu einem allge-
 157 meinen Mediennutzungsgeheimnis
 158 aufzuwerten. Auch soll das Briefge-
 159 heimnis zu einem generellen Kom-
 160 munikationsgeheimnis weiterentwik-
 161 gelt werden. In einer freiheitlich
 162 demokratischen Gesellschaft müssen
 163 insbesondere gewährleistet werden:

- 164 • eine anonyme Nutzung von Inter-
 165 net, Rundfunk- und Fernsehpro-
 166 grammen
- 167 • die Unverletzlichkeit der Individu-
 168 alkommunikation in Form von
 169 Brief, E-Mail und Ferngespräch
- 170 • eine richterliche Kontrolle des
 171 staatlichen Zugriffs auf Kommu-
 172 nikationsmittel und der Überwa-
 173 chung eines Bürgers, die nur im
 174 Falle eines dringenden Tatver-
 175 dachts auf Vorliegen eines Verbre-
 176 chens genehmigt werden dürfen
- 177 • eine ausschließlich richterlich
 178 veranlasste Herausgabe von
 179 rechtmäßig erhobenen Kommuni-
 180 kationsdaten zur Wahrung berech-
 181 tigter Ansprüche, soweit es nicht
 182 um die bloße Identifikation rechts-
 183 geschäftlich handelnder Personen
 184 geht
- 185 • die Wahrung aller Prinzipien einer
 186 freiheitlich demokratischen Gesell-
 187 schaft, insbesondere der Un-
 188 schuldsvermutung, die eine ver-
 189 dachtsunabhängige Vorratsdaten-
 190 speicherung von Kommunikati-
 191 onsdaten ausschließt
- 192 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 193 *Thüringen Gera 2007*

194 *Grundposition DNA-Analysen*

195 Die DNA-Analyse im Strafverfahren
 196 ist ein Erfolgsmodell. Sie ist heute
 197 zur Bekämpfung der Kriminalität
 198 unverzichtbar. Sie ermöglicht auch
 199 die Aufklärung lange zurückliegen-
 200 der Sexual- und Morddelikte. Die
 201
 202
 203

1 DNA-Analyse muss aber auch weiter-
 2 hin verfassungsrechtlichen Anforder-
 3 ungen entsprechen. Das Bundesver-
 4 fassungsgericht hat entschieden, dass
 5 die Feststellung, Speicherung und
 6 künftige Verwendung des DNA-
 7 Identifizierungsmusters in das Grund-
 8 recht auf informationelle Selbstbe-
 9 stimmung eingreift. Eine uferlose
 10 Ausweitung und Speicherung des genetischen
 11 Fingerabdrucks bei allen Straftaten
 12 ist daher unverhältnismäßig.
 13 Auch die Gleichstellung des genetischen
 14 Fingerabdrucks mit anderen
 15 erkennungsdienstlichen Methoden wird
 16 von der FDP abgelehnt. Dennoch
 17 müssen alle verfassungsrechtlich zuläs-
 18 sigen Möglichkeiten ausgeschöpft
 19 werden, um den effektiven Einsatz des
 20 genetischen Fingerabdrucks als wichti-
 21 ges Instrument der Verbrechensbe-
 22 kämpfung sicherzustellen. Die FDP
 23 hält am Richtervorbehalt fest. Dieser
 24 ist nur bei anonymen Spuren verzicht-
 25 bar. Die FDP fordert darüber hinaus
 26 eine sichere Rechtsgrundlage für die
 27 Anordnung von DNA-Reihentests.
 28 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 29 *DNA-Analyse, Unsere Argumente von A*
 30 *bis Z.*

32 *Heimliche Onlinedurchsuchung*

33 Die FDP Thüringen wendet sich gegen
 34 das Ausspähen privater Computer mit
 35 heimlich installierten Programmen.
 36 Das von der Verfassung garantierte
 37 Recht des Einzelnen, unkontrolliert zu
 38 kommunizieren, ist Grundvorausset-
 39 zung einer offenen demokratischen
 40 Gesellschaft. Die Befürchtung einer
 41 Überwachung mit der Gefahr einer
 42 Aufzeichnung kann schon im Vorfeld
 43 zu einer Befängnis in der Kommuni-
 44 kation und zu Verhaltensanpassun-
 45 gen führen. Das Fernmelde- und
 46 Kommunikationsgeheimnis ist durch
 47 Artikel 10 GG geschützt und kann
 48 nicht willkürlich übergangen werden.
 49 Der Karlsruher Richterspruch vom
 50 27.02.2007 bestätigt die Haltung der
 51 FDP und bedeutet eine deutliche Ab-
 52 sache an die überzogenen sicherheitspo-
 53 litischen Vorstellungen von Bundesin-
 54 nenminister Wolfgang Schäuble. Die
 55 Ergänzung des Grundrechts auf in-
 56 formationelle Selbstbestimmung um
 57 ein Grundrecht auf Gewährleistung der
 58 Vertraulichkeit und Integrität informa-
 59 tionstechnischer Systeme ist eine kon-
 60 sequente Weiterentwicklung des allge-
 61 meinen Persönlichkeitsrecht aufgrund
 62 der erheblichen Bedeutung neuer Me-
 63 dien für jeden Einzelnen. Darin liegt
 64 ein klares Bekenntnis der Verfassungs-
 65 hüter zum Wert der Freiheit und Pri-
 66 vatheit in einem demokratischen
 67 Rechtsstaat.

68 → *Beschluss Landesparteitag FDP*
 69 *Thüringen 07, Vollständiger Artikel*
 70 *unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*
 71 *thueringen.de/programm/61-*
 72 *antraege_und_beschluesse_zum_landspar-*
 73 *teitag_21_04_2007.html*

75 *Reform des Datenschutzrechtes*

76 Die FDP wird mit engagierter
 77 Datenschutzpolitik das Recht der
 78 Bürger auf informationelle Selbst-
 79 bestimmung schützen und verteidigen.
 80 Wir werden das Bankgeheimnis
 81 wieder herstellen und mit dem
 82 staatlichen Schnüffelstaat Schluss
 83 machen. Die FDP lehnt die Aus-
 84 dehnung der Vorratsdatenspeiche-
 85 rung ab, da diese langfristige Spei-
 86 cherung aller Kommunikationsda-
 87 ten den Missbrauch der Daten
 88 ermöglicht und der erste Schritt in
 89 Richtung "Gläserner Bürger" ist.
 90 Für die private Wirtschaft ist dieses
 91 äußerst kostenintensiv und gefährdet
 92 damit Arbeitsplätze. Beim Ein-
 93 satz so genannter "RFID-Chips"
 94 (Minisender, die der Bürger kaum
 95 sehen kann) muss der Datenschutz
 96 gewährleistet sein, zum Beispiel bei
 97 den neuen Reisepässen oder den
 98 WM-Tickets. Damit Datenschutz
 99 effektiv und konsequent - sowohl
 100 gegenüber dem Staat als auch Privaten
 101 gegenüber - umgesetzt werden
 102 kann, muss das Datenschutzrecht
 103 reformiert und gebündelt werden.
 104 Datenschutzfreundliche Technik
 105 und deren Anwendung ist ein Qua-
 106 litätsmerkmal, daher fordern wir ein
 107 Gesetz zum Datenschutzaudit, um
 108 Produkte und Dienstleistungen als
 109 datenschutzfreundlich bewerten
 110 lassen zu können.
 111 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 112 *wort Datenschutz, Unsere Argumente von*
 113 *A bis Z.*

115 *Verfassungskonforme DNA-Analysen*

116 Die DNA-Analyse im Strafverfah-
 117 ren ist ein Erfolgsmodell. Sie ist
 118 heute zur Bekämpfung der Krimi-
 119 nalität unverzichtbar. Sie ermöglicht
 120 auch die Aufklärung lange zurück-
 121 liegender Sexual- und Morddelikte.
 122 Die DNA-Analyse muss aber auch
 123 weiterhin verfassungsrechtlichen
 124 Anforderungen entsprechen. Das
 125 Bundesverfassungsgericht hat ent-
 126 schieden, dass die Feststellung,
 127 Speicherung und künftige Verwen-
 128 dung des DNA-
 129 Identifizierungsmusters in das
 130 Grundrecht auf informationelle
 131 Selbstbestimmung eingreift. Eine
 132 uferlose Ausweitung und Speiche-
 133 rung des genetischen Fingerab-
 134 drucks bei allen Straftaten ist daher
 135 unverhältnismäßig. Auch die

136 Gleichstellung des genetischen Fin-
 137 gerabdrucks mit anderen erken-
 138 nungsdienstlichen Methoden wird
 139 von der FDP abgelehnt. Dennoch
 140 müssen alle verfassungsrechtlich
 141 zulässigen Möglichkeiten ausge-
 142 schöpft werden, um den effektiven
 143 Einsatz des genetischen Fingerab-
 144 drucks als wichtiges Instrument der
 145 Verbrechensbekämpfung sicherzu-
 146 stellen. Die FDP hält am Richter-
 147 vorbehalt fest. Dieser ist nur bei
 148 anonymen Spuren verzichtbar. Die
 149 FDP fordert darüber hinaus eine
 150 sichere Rechtsgrundlage für die
 151 Anordnung von DNA-Reihentests.
 152 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unsere*
 153 *Argumente von A bis Z.*

155 *Telefonüberwachungen*

156 Die Überwachung des Fernmelde-
 157 verkehrs ist zu einem unentbehrlichen
 158 Instrument der Kriminalitäts-
 159 bekämpfung geworden. Gerade bei
 160 schweren und schwersten Verbre-
 161 chen hat es sich ausgezahlt, dass die
 162 staatlichen Verfolgungsbehörden die
 163 Kommunikation Verdächtiger über-
 164 wachen können. Besorgniserregend
 165 ist jedoch der erhebliche Anstieg
 166 von Überwachungsmaßnahmen in
 167 den vergangenen Jahren. Seit 1995
 168 hat es eine Zunahme der Telefon-
 169 überwachungen um 500 Prozent
 170 gegeben. Zudem haben Gutachten
 171 ergeben, dass eine große Zahl der
 172 richterlichen Anordnungen fehler-
 173 haft sind. Darüber hinaus wird die
 174 gesetzliche Benachrichtigungspflicht
 175 gegenüber den Betroffenen nur
 176 unzureichend erfüllt. Die FDP for-
 177 dert daher eine grundlegende Ref-
 178 orm der Telefonüberwachungen
 179 mit dem Ziel, die Zahl der Maß-
 180 nahmen deutlich zu reduzieren.
 181 Dazu müssen die Anordnungsvor-
 182 aussetzungen stärker eingegrenzt
 183 werden. Insbesondere das Verfahren
 184 der richterlichen Anordnung muss
 185 verbessert werden. Es muss zudem
 186 sichergestellt werden, dass die Be-
 187 troffenen auch tatsächlich von der
 188 Überwachung nach deren Abschluss
 189 informiert werden und dadurch die
 190 Rechtmäßigkeit der Maßnahme
 191 rechtzeitig überprüfen lassen kön-
 192 nen.
 193 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 194 *wort Telefonüberwachungen, Unsere*
 195 *Argumente von A bis Z.*

197 *Richtervorbehalt bei DNA-Analysen*

198 Die FDP Thüringen wendet sich
 199 gegen die Aufhebung der bereits
 200 bestehenden Regelungen hinsichtlich
 201 einer DNA - Entnahme und Analyse
 202 und fordert stattdessen einen weite-
 203 ren Ausbau des Prinzips des Rich-

1 teravorbehaltes. Der Handlungsspiel-
 2 raum ist nach gegenwärtig geltendem
 3 Recht groß genug, um entsprechende
 4 Maßnahmen in Notfallsituationen auch
 5 ohne vorherige richterliche Prüfung
 6 durchzuführen. Die Vereinfachung der
 7 Vorschriften durch die Aufhebung der
 8 richterlichen Prüfungserfordernis trägt
 9 die Gefahr einer Beweislastumkehr in
 10 sich. Ein unschuldiger Bürger kann in
 11 die Situation geraten, seine Unschuld
 12 durch die Zurverfügungstellung seiner
 13 Gendaten zu beweisen. Die geltende
 14 Unschuldsvermutung für jeden Bürger
 15 bis zu einer rechtmäßigen Verurteil-
 16 ung wird unterhöhlt und geschwächt.
 17 Grundsätzlich muss jeder Bürger dieses
 18 Landes das Recht und die Freiheit
 19 besitzen, zu entscheiden, wer wie viel
 20 über ihn weiß.
 21 Der Richtervorbehalt ist ein rechtliches
 22 Instrument, mit dessen Hilfe der ein-
 23 zelne Bürger in besonderer Weise
 24 geschützt wird, wenn seine durch das
 25 Grundgesetz garantierten Persönlich-
 26 keitsrechte bedroht sind. Davon sind
 27 u.a die Entnahme von Körperzellen
 28 zur Feststellung der DNA in Rahmen
 29 von polizeilichen und strafrechtlichen
 30 Ermittlungen betroffen. Bevor es zu
 31 einer solchen Entnahme kommen darf,
 32 muss dieser Vorgang einer rechtlichen
 33 Prüfung und Begründung durch einen
 34 weisungsungebundenen und aus-
 35 schließlich Recht und Gesetz verpflich-
 36 tetem Richter unterzogen werden.
 37 → *Landesfachausschuss Justiz, Innen, Bund*
 38 *und Europa, Antrag Nr. 23, Richtervor-*
 39 *behalt bei DNA-Analysen, 18. Ordentlicher*
 40 *Landesparteitag des FDP Landesverbandes*
 41 *Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Piffel-*
 42 *bach.*
 43
 44 *Strafbarkeit heimlicher Vaterschaftstests*
 45 Die FDP Thüringen lehnt die geplante
 46 Strafbarkeit heimlicher Vaterschafts-
 47 tests ab. Hat ein Mann Zweifel an
 48 seiner biologischen Vaterschaft wäre es
 49 ihm nach dem geplanten Gesetz nicht
 50 gestattet, einen anonymen Vater-
 51 schaftstest vornehmen zu lassen. Er ist
 52 dabei entweder auf die Zustimmung
 53 der Mutter oder auf eine gerichtliche
 54 Entscheidung angewiesen. Beide Ver-
 55 fahrenswege stellen selbst bei einem
 56 positiven Ergebnis eine erhebliche
 57 Belastung der familiären Verhältnisse
 58 dar. Zudem beeinträchtigt das Veto-
 59 recht der Mutter bei einer gleichzeiti-
 60 gen Negierung der informationellen
 61 Selbstbestimmung des Vaters das auf
 62 Gleichberechtigung ruhende Verhältnis
 63 der Geschlechter und widerspricht
 64 somit dem Gleichstellungsgesetz.
 65 → *Liberales Frauen/ Landesfachausschuss*
 66 *Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und*
 67 *Familie, Antrag Nr. 41, Geplante Strafbar-*
 68 *keit heimlicher Vaterschaftstests, 18. Ordent-*

69 *licher Landesparteitag des FDP Landes-*
 70 *verbandes Thüringen, 12. 3. 2005,*
 71 *Apolda/ Piffelbach.*
 72
 73 *Teilaufhebung des Bankgeheimnisses*
 74 Die FDP Thüringen bleibt bei ihrer
 75 Auffassung und wendet sich strikt
 76 gegen eine Aufweichung des Bank-
 77 geheimnisses als Bestandteil von
 78 Strafermittlungsverfahren. Die alte
 79 Rechtslage war ausreichend, die die
 80 Banken in konkreten Fällen zur
 81 Kooperation verpflichtete. Wir
 82 Liberale lehnen eine zentrale Erfas-
 83 sung aller Kontodaten in Deutsch-
 84 land ab. Sie stellen eine Form der
 85 finanziellen Überwachung dar, die
 86 die elementaren Grund- und Frei-
 87 heitsrechte des Bürgers in diesem
 88 Land verletzt.
 89 → *Beschluss des LFA II (Innen), März*
 90 *2008.*
 91
 92 *Videoüberwachung und Videoaufzeich-*
 93 *nung*
 94 Die FDP Thüringen lehnt die Er-
 95 fassung von Autokennzeichen,
 96 Verkehrsteilnehmern sowie Video-
 97 überwachung öffentlicher Plätze
 98 etc. ab. Kontrollen und Videoüber-
 99 wachungen sind Bestandteil polizei-
 100 licher Ermittlungsarbeit und bei
 101 einem begründeten Verdacht not-
 102 wendig, um die Sicherheit der Bür-
 103 ger und des Staates zu gewährleis-
 104 ten. Videoüberwachungen und
 105 Aufzeichnungen ohne einen kon-
 106 kreten Verdacht stellen hingegen
 107 einen erheblichen Eingriff in die
 108 Bürgerrechte und in das Prinzip des
 109 Datenschutzes dar. Berechtigt und
 110 sinnvoll ist eine allgemeine Video-
 111 überwachung nur dann, wenn sie
 112 z.B. an Knotenpunkten einem zügi-
 113 geren Verkehrsfluss dienen bzw. ein
 114 konkreter Verdacht vorliegt.
 115 → *Gutmacher, Dr. Karlbeinz, Presse-*
 116 *veröffentlichung, Eindeutige Rechtsgrund-*
 117 *lage notwendig, 29. 12. 2003, Kurth,*
 118 *Patrick, Presseveröffentlichung*
 119
 120 **Drogenpolitik**
 121
 122 *Suchtprävention und Therapieangebote*
 123 Sucht ist eine Krankheit. Diese
 124 Erkenntnis ist Grundlage für die
 125 liberale Sucht- und Drogenpolitik.
 126 Repressive Maßnahmen sind zum
 127 Schutz der Allgemeinheit notwen-
 128 dig. Im Vordergrund aber steht das
 129 Bestreben, durch geeignete Präven-
 130 tionsmaßnahmen das Entstehen
 131 von Sucht gleich welcher Art schon
 132 im Ansatz zu verhindern. Dabei gilt
 133 die besondere Verantwortung den
 134 Kindern und Jugendlichen. Präven-
 135 tion heißt für uns: Aufklärung auch
 136 durch die Medien, Beratungsstellen,

137 Fortbildung von Berufszweigen, die
 138 mit gefährdeten Gruppen zu tun
 139 haben, Stärkung der Selbsthilfe,
 140 Präventionsprogramme in Schulen
 141 und Kindergärten, spezielle Pro-
 142 gramme für gefährdete Kinder, z.B.
 143 aus Suchtfamilien, Schaffung von
 144 Lebenschancen durch Bildung und
 145 akzeptable Lebensverhältnisse. Ne-
 146 ben der Prävention geht es darum,
 147 den Menschen, die dennoch in Ab-
 148 hängigkeit geraten sind, möglichst
 149 gut zu helfen durch: die schnelle
 150 Verfügbarkeit auf den Individualfall
 151 zugeschnittener Therapieangebote;
 152 Überlebenshilfen, wie z.B. Konsum-
 153 räume, Substitutionsbehandlung mit
 154 Methadon, Abgabe von Heroin
 155 (sofern die Modellvorhaben erfolg-
 156 reich sind) und Integrationshilfen.
 157 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 158 *wort Sucht- und Drogenpolitik, Unsere*
 159 *Argumente von A bis Z.*
 160
 161 **Ehrenamt**
 162
 163 *Förderung des Ehrenamtes*
 164 Unsere Bürgergesellschaft braucht
 165 und benötigt die ehrenamtlichen
 166 Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und
 167 Bürger. Ehrenamt ist der Kitt, der
 168 unsere Gesellschaft zusammenhält.
 169 Liberale Politik setzt sich für die
 170 Stärkung des selbstbestimmten und
 171 selbstverantwortlichen Engagements
 172 der Bürgerinnen und Bürger ein.
 173 Die Thüringer FDP setzt sich für die
 174 Einführung einer kostenlosen Un-
 175 fall- und Haftpflichtversicherung für
 176 ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und
 177 Bürger ein. Außerdem wollen wir
 178 Voraussetzungen schaffen, dass für
 179 die Aus- und Weiterbildung im
 180 Ehrenamt Bildungsurlaub in An-
 181 spruch genommen werden kann.
 182 → *FDP Wahlprogramm 2004*
 183 *Vollständiger Artikel unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/28-landtagswahlprogramm_2004.html)*
 184 *thueringen.de/programm/28-*
 185 *landtagswahlprogramm_2004.html*
 186
 187 **Energiepolitik**
 188
 189 *Grundposition*
 190 Die FDP tritt für eine nachhaltige
 191 Sicherung der Energieversorgung
 192 ein. Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und
 193 Sozialverträglichkeit sind Ziele einer
 194 liberalen Energiepolitik, die sich dem
 195 internationalen Wettbewerb stellt
 196 und Deutschland als Energiestand-
 197 ort dauerhaft sichert. Die FDP will
 198 einen Energiemix aus allen verfügba-
 199 ren Energieträgern einschließlich der
 200 dauerhaften friedlichen Nutzung der
 201 Kernenergie. Mit der Novelle des
 202 Energiewirtschaftsrechtes ist zum 1.
 203 Juli 2005 der Startschuss für einen
 204 Neuanfang in der Energiewirtschaft

1 gelungen. Für mehr Wettbewerb in den
 2 Energienetzen soll künftig ein staatli-
 3 cher Regulator sorgen, der Netzentgel-
 4 te prüfen und kontrollieren soll. Von
 5 ihm werden entscheidende Impulse zur
 6 Preisfindung ausgehen. Preissenkungs-
 7 potentiale können besser ausgeschöpft
 8 werden als bisher. Die Einführung des
 9 europaweiten Emissionshandels gibt
 10 die Gelegenheit, bisherige nationale
 11 Förderregime zu überprüfen. An erster
 12 Stelle steht dabei das Erneuerbaren-
 13 Energien-Gesetz. Die FDP will dieses
 14 Subventionsgesetz abschaffen, das den
 15 Strom voraussichtlich in 2005 um mehr
 16 als 2,5 Milliarden Euro verteuert. Auch
 17 das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz
 18 (KWK-Gesetz) gehört auf die Agenda
 19 anstehender Reformen.
 20 → FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort
 21 Energiepolitik, Unsere Argumente von A bis
 22 Z.

Liberalisierung der Energieversorgung

23 Die FDP Thüringen fordert die Schaf-
 24 fung rechtlicher Rahmenbedingungen
 25 für einen funktionierenden Wettbe-
 26 werb auf dem Strom- und Gasmarkt,
 27 die allen Marktteilnehmern einen un-
 28 gehinderten Marktzutritt ermöglichen.
 29 Unser Ziel ist es, für Verbraucher und
 30 Wirtschaft im internationalen Vergleich
 31 wettbewerbsfähige Strom- und Gas-
 32 preise zu erreichen. Hierzu gehören im
 33 Zuge der europaweiten Energiemarkt-
 34 liberalisierung auch Netznutzungsent-
 35 gelte, die einer notwendigen Marktöff-
 36 nung nicht zuwiderlaufen.
 37 1. Wettbewerb statt Energiemonopole
 38 Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beherr-
 39 schen wenige Großunternehmen den
 40 Strom- und Gasmarkt. Diese Situation
 41 ist unvereinbar mit dem von der FDP
 42 Thüringen vertretenen Wettbewerbs-
 43 prinzip. Wir brauchen wirksame In-
 44 strumentarien, um diese faktische Mo-
 45 nopolstellung zu neutralisieren.
 46 2. Höchstspannungsnetz in neutrale
 47 Hand
 48 Die Übertragung des Höchstspan-
 49 nungsnetzes in die Hand eines neutra-
 50 len Regulators stellt einen ersten Schritt
 51 zum Abbau des Monopols bei. Für den
 52 Gasbereich ist eine vergleichbare Rege-
 53 lung vorstellbar.
 54 3. Aufhebung der Öl-Gas-
 55 Preisbindung
 56 Die FDP Thüringen lehnt eine derarti-
 57 ge Preiskopplung ohne jeden Sachzu-
 58 sammenhang ab. Sie benachteiligt
 59 Verbraucher und Wirtschaft. Zudem
 60 ist sie seit der Liberalisierung des Ener-
 61 giemarktes im Jahr 1998 überflüssig.
 62 4. Kontrolle großer Energieunterneh-
 63 men
 64 Die FDP Thüringen unterstützt die
 65 Einrichtung einer Regulierungsstelle
 66 zur Prüfung und Kontrolle der euro-

67 paweit zu hohen deutschen Netz-
 68 nutzungsentgelte. Darüber hinaus
 69 setzen wir Liberale auf die funkti-
 70 onsfähigen Instrumente von Bun-
 71 deskartellamt und Landeskartellbe-
 72 hörden, um in Deutschland kosten-
 73 günstige und konkurrenzfähige
 74 Strom- und Gaspreise zu gewähr-
 75 leisten.

76 5. Höhere Transparenz
 77 Die Verbesserung der Transparenz
 78 im Stromhandel, wovon vor allem
 79 die nationalen und internationalen
 80 Strombörsen betroffen sind, ist
 81 notwendig für einen durchschauba-
 82 reren Wettbewerb.
 83 → Lange, Jürgen/ Landesfachausschuss
 84 Soziale Marktwirtschaft Ost, Antrag
 85 Nr. 32, Liberalisierung des Energiem-
 86 arktes, 18. Ordentlicher Landespartei-
 87 tag des FDP Landesverbandes Thüringen,
 88 12. 3. 2005, Apolda/ Piffelbach. An-
 89 trag der FDP Thüringen zum FDP-
 90 Bundesparteitag in Köln 2005.

Entschädigung von SED-Opfern

Grundposition

91 Die Thüringer Liberalen begrüßen
 92 die Entschädigung von SED-
 93 Opfern. Sie sind Opfer einer Dikta-
 94 tur. Deren Staatspartei versucht
 95 heute unter anderem Namen erneut,
 96 sich an die Töpfe der Macht zu
 97 begeben. Die Vergangenheit ist
 98 insofern nicht aufgearbeitet. Gerade
 99 deshalb muss den Opfern dieser
 100 Diktatur Gerechtigkeit widerfahren.
 101 Es ist ein gesellschaftlicher Skandal,
 102 dass sich in den Parlamenten ehe-
 103 malige Stasi-Spitzel sitzen, die Ge-
 104 schichte verklärt, verniedlicht oder
 105 verharmlost wird und Sonderrenten
 106 an ehemalige Staatsträger ausgezahlt
 107 werden, während Opfer dieser
 108 Diktatur leer ausgehen. Wir wollen
 109 eine solche Geschichtsverklärung
 110 nicht hinnehmen und fordern eine
 111 entsprechende Entschädigung für
 112 die Opfer und eine Entfernung der
 113 ehemaligen Staatsträger aus öffentli-
 114 chen Ämtern.
 115 Dennoch lehnen wir das Gesetz zur
 116 Entschädigung von SED-Opfern
 117 ab. Nach diesem Gesetz ist nur ein
 118 kleiner Teil der Opfer anspruchsb-
 119 rechtigt. Beruflich verfolgte und
 120 verfolgte Schüler werden ganz
 121 außen vorgelassen. Haftopfer kön-
 122 nen nur bei aktueller sozialer Be-
 123 dürftigkeit eine Entschädigung
 124 erhalten. Gerade diese Bedürftig-
 125 keitsprüfung degradiert die Ehren-
 126 pension zu einer bloßen Sozialleis-
 127 tung. Das wird dem Einsatz der
 128 SED-Opfer für Freiheit, Demokra-
 129 tie und Rechtsstaat nicht gerecht.

130 Die FDP fordert, die Zuwendung in
 131 einen einkommensunabhängigen
 132 Sockelbetrag und einen Zuschlag für
 133 Bedürftige aufzuteilen. Die Richt-
 134 sätze lauten wie folgt: 100 € für jedes
 135 Opfer und weitere 150 € für sozial
 136 Bedürftige.
 137 → Pressemitteilung der FDP Thüringer
 138 Mai 07, Vollständige Pressemitteilungen
 139 unter: [www.fdp-
 140 thueringen.de/news/archiv.html](http://www.fdp-thueringen.de/news/archiv.html)

Entsorgungswirtschaft

Dosenpfand

141 Die FDP lehnt das Zwangspfand als
 142 ökologisch ungerechtfertigten Diri-
 143 gismus ab. Die Wirkung zum Schutz
 144 der Umwelt ist zweifelhaft, der öko-
 145 nomische Aufwand erheblich und
 146 die Belastung für den Verbraucher
 147 unnötig. Angesichts einer ökologisch
 148 veränderten Situation - zum Beispiel
 149 technischen Neuerungen bei den
 150 Verpackungen und beim Recycling -
 151 ist die alte Formel "Mehrweg ist gut,
 152 Einweg ist böse" nicht länger halt-
 153 bar. Außerdem verdrängt das
 154 Zwangspfand den klassischen
 155 Mehrweg auch dort, wo dieser öko-
 156 logisch vorteilhaft wäre. Der Handel
 157 wird sich auf Einweg - im Biermarkt
 158 also vor allem auf Dosen - konzent-
 159 rieren, weil ein paralleles Unterhalten
 160 zweier Rücknahmesysteme zu teuer
 161 ist. Außerdem kann aus Verbrau-
 162 chersicht dann niemand mehr er-
 163 kennen, welche Verpackungen öko-
 164 logisch vorteilhaft sind, weil sowieso
 165 für alles Pfand bezahlt werden muss.
 166 Ohne ökologischen Nutzen wird der
 167 Verbraucher mit einem wachsenden
 168 Sammel-, Sortier- und Transport-
 169 aufwand sowie mit steigenden Prei-
 170 sen von etwa fünf Cent pro Getränk
 171 belastet.
 172 → FDP im Deutschen Bundestag, Stich-
 173 wort Dosenpfand, Unsere Argumente von
 174 A bis Z.

Mülltrennung

175 Bei der in Deutschland derzeit prak-
 176 tizierten Form der Mülltrennung
 177 durch die Verbraucher werden we-
 178 niger Wertstoffe genutzt als möglich
 179 und sinnvoll wäre. Jüngere Projekt-
 180 studien haben gezeigt, dass man
 181 über eine gemeinsame Sammlung
 182 von Abfällen (grauer und gelber
 183 Tonne) und eine maschinelle Tren-
 184 nung von Gemischen aus Verpa-
 185 ckungs- und Restmüll durch auto-
 186 matisierte Anlagen mehr Wertstoffe
 187 verwerten kann als dies derzeit mit-
 188 tels der getrennten Sammlung ge-
 189 schieht. Die FDP will deshalb die
 190 Bürgerinnen und Bürger sowohl von
 191 unnötigem Sortieraufwand als auch

1 finanziell entlasten. Nach derzeitigem
2 Erkenntnisstand müssen allerdings
3 Bioabfälle, Papier, Pappe, Karton und
4 Glas, sowie Sonderabfälle weiterhin
5 getrennt gesammelt werden. Alles
6 andere jedoch können vollautomati-
7 sche Sortieranlagen wesentlich schnel-
8 ler, zuverlässiger und - wenn man es
9 entsprechend organisiert - kostengünsti-
10 ger.

11 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
12 *Mülltrennung, Unsere Argumente von A bis*
13 *Z.*

14 *Privilegien abschaffen*

15 In der Abfallwirtschaft wie anderswo
16 unterstehen öffentlich-rechtliche Un-
17 ternehmen nicht der Gewerbe- und
18 Körperschaftsteuerpflicht. Die steuerliche
19 Benachteiligung privater Organisa-
20 tionsformen und die damit verbundene
21 Ungleichbehandlung betreffen insbe-
22 sondere die Entsorgung von Abfällen
23 gewerblicher Betriebe sowie von Son-
24 derabfällen. Relevante Fälle treten auf
25 bei der Konzessionierung, der Drittbe-
26 auftragung und der Pflichtenübertra-
27 gung. Neben der wettbewerbliehen
28 Ungleichbehandlung haben insbeson-
29 dere mittelständische Unternehmen
30 dabei einen steuerlichen Nachteil,
31 wenn der jeweils zuständige öffentlich-
32 rechtliche organisierte Entsorger sei-
33 nerseits einen umsatzsteuerpflichtigen
34 Privaten an der Abfallentsorgung betei-
35 ligt. In solchen Fällen wird Umsatz-
36 steuer fällig, die zwar einerseits in die
37 öffentlich-rechtlich eingeforderte Ge-
38 bühr faktisch Eingang findet, anderer-
39 seits jedoch im kommunalen Gebüh-
40 renbescheid nicht ausgewiesen wird.
41 Ein fehlender Ausweis der Umsatz-
42 steuer entzieht den betroffenen Unter-
43 nehmen damit die Grundlage zum
44 Vorsteuerabzug.

45 Diese Regelungen sind ökologisch
46 unbegründet, ökonomisch widersinnig
47 und (europa-)rechtlich bedenklich. Die
48 Thüringer FDP setzt sich dafür ein, die
49 steuerliche Bevorzugung der öffent-
50 lich-rechtlichen Organisationsformen
51 auch in der Abfallwirtschaft in
52 Deutschland zu beenden. Dabei sind
53 geeignete Übergangsfristen vorzuse-
54 hen.

55 → *Beschluss Landesvorstand FDP-*
56 *Thüringen März 2008*

57 **Europäische Union**

58 *Grundpositionen*

59 Die Einigung Europas ist ein Erfolg
60 liberaler Politik. Sie hat die Völker
61 Europas miteinander versöhnt und die
62 deutsche Einheit mit ermöglicht. Libe-
63 rale Werte wie Freiheit, Demokratie,
64 Rechtsstaat, Wettbewerb, soziale
65 Marktwirtschaft und freier Handel sind

66 die Wegmarken, um auch die aktu-
67 ellen Herausforderungen zu bewäl-
68 tigen: Der Binnenmarkt als Grund-
69 lage für Wohlstand und Wettbe-
70 werbsfähigkeit muss vollendet wer-
71 den: Die FDP will, dass Freiheit für
72 Arbeitnehmer und Unternehmer,
73 Wettbewerb und Soziale Marktwirt-
74 schaft bei weniger zwischenstaatli-
75 cher Bürokratie weiter ausgebaut
76 werden. Dazu gehört der stabile
77 Euro. Deshalb will die FDP den
78 Stabilitätspakt unverfälscht erhalten.
79 Deshalb fordern wir Abbau der
80 Staatsverschuldung. Die EU muss
81 ihre Wettbewerbsfähigkeit global
82 immer wieder neu erobern, wobei
83 unsere Stärke in den großen Fähig-
84 keiten der Bürger und dem Know-
85 how der Unternehmen liegt. Des-
86 halb will die FDP keine Subventio-
87 nierung überkommener europäi-
88 scher Wirtschaftszweige. Nur wenn
89 die EU einig ist, wird sie internatio-
90 nal Gehör finden. Deshalb will die
91 FDP eine gemeinsame Außenpolitik
92 und setzt sich langfristig für einen
93 EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat und
94 für europäische Streitkräfte unter
95 einem gemeinsamen Oberbefehl
96 ein.

97 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
98 *wort Europapolitik, Unsere Argumente*
99 *von A bis Z.*

100 *Regionalpolitik der EU*

101 Die FDP Thüringen unterstützt die
102 Bestrebungen der EU, den Regio-
103 nen ein höheres Maß an Entschei-
104 dungsbefugnis zu übertragen. Dies
105 ermöglicht eine stärkere Besinnung
106 auf den mitteldeutschen Raum.
107 Thüringen und Mitteldeutschland
108 bekommen dadurch die Chance,
109 sich in ihrem direkten Umfeld zu
110 entwickeln, zu entfalten, bedarfsge-
111 rechte und maßgeschneiderte Zu-
112 kunftspläne zu entwerfen und un-
113 mittelbar umzusetzen. Sowohl die
114 EU, die einzelnen Mitgliedsstaaten,
115 als auch die jeweiligen Gliedstaaten
116 brauchen ein Machtgleichgewicht
117 zwischen den Interessen der Akteu-
118 re. Nur eine EU mit starken Regio-
119 nen ist bürgernah. Thüringen und
120 Mitteldeutschland brauchen für die
121 Bewältigung der zukünftigen Her-
122 ausforderungen und den Erhalt der
123 Bürgernähe eine nachhaltige und
124 funktionstüchtige EU-
125 Regionalpolitik.

126 → *Programm der FDP Thüringen zur*
127 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
128 *2004, S. 5.*

129 *Verfassung*

130 Die FDP tritt ein für den Verfas-
131 sungsvertrag für die Europäische

132 Union, der als Kompromiss trotz
133 mancher Schwächen vor allem viele
134 Vorteile bringt: Er vertieft die euro-
135 päische Identität, indem er die Ziele
136 und Werte benennt, die allen Euro-
137 päern gemeinsam sind. Er verpflich-
138 tet die EU auf die Charta der
139 Grundrechte und stärkt das Europä-
140 ische Parlament in der Gesetzge-
141 bung und bei der Aufstellung des
142 Haushalts. Er stärkt die Bürgerrech-
143 te mit der Einführung eines Volks-
144 begehrens und verpflichtet den EU-
145 Ministerrat, künftig öffentlich Recht
146 zu setzen. Er stärkt die nationalen
147 Parlamente, die ggf. mit dem Euro-
148 päischen Gerichtshof durchsetzen
149 werden, dass die EU ihre Kompe-
150 tenzen nicht überschreitet. Mit der
151 Verfassung wird die EU einfacher
152 und durchschaubarer entscheiden,
153 weil die Europäische Kommission
154 verschlankt und das Vetoprinzip
155 zurückgedrängt wird. Nach den
156 gescheiterten Referenden zum Ver-
157 fassungsvertrag in Frankreich und
158 den Niederlanden stockt der Pro-
159 zess. Das ursprüngliche Ziel, die
160 Verfassung 2007 in Kraft zu setzen,
161 kann nicht mehr erreicht werden.
162 Die Zeit muss genutzt werden, Ver-
163 trauen der Bürger in Europa wieder-
164 herzustellen, in ein Europa, das
165 seiner Aufgabe im globalen Zeitalter
166 gerecht wird und das weniger büro-
167 kratisch und zentralistisch ist.

168 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
169 *wort EU-Verfassung, Unsere Argumente*
170 *von A bis Z.*

171 *Wettbewerb als Fundament der sozialen*
172 *Marktwirtschaft in Europa*

173 Die Wettbewerbspolitik in Deutsch-
174 land und Europa steht nach Jahren
175 der Infragestellung marktwirtschaft-
176 licher Prinzipien an einem Scheide-
177 weg. Nicht zuletzt der EU-
178 Reformvertrag - als Vertrag von
179 Lissabon am 13. Dezember 2007
180 unterzeichnet - zeigt die zunehmen-
181 de Entwertung des Wettbewerbs-
182 prinzipts in der deutschen und euro-
183 päischen Wirtschaftsverfassung.
184 Eine Verengung auf nur ein, hinter
185 dem Wettbewerbsprinzip stehendes,
186 Schutzziel ist mit diesem Konzept
187 des geltenden Gemeinschaftsrechts
188 nicht vereinbar. Vielmehr fördert der
189 Wettbewerb an sich eine unbe-
190 stimmte Anzahl von Schutzanliegen:
191 • Wettbewerb als schöpferischer
192 Prozess dient dem Wohlfahrtsziel
193 der Förderung des Fortschritts.
194 • Wettbewerb fördert zugleich die
195 Konsumentenwohlfahrt dadurch,
196 dass er die Interessen der Verbrau-
197 cher an der Sicherung einer günsti-
198 gen

1 gen Versorgung mit den von ihnen
2 begehrten Produkten gewährleistet.
3 • Wettbewerb ist zudem ein entschei-
4 dendes Instrument zur Bewahrung
5 von Freiheit und zur Kontrolle wirt-
6 schaftlicher und politischer Macht.
7 Europapolitisch wird die Thüringer
8 FDP weiterhin den Wettbewerb institu-
9 tionell stärken und dafür sorgen, dass:
10 1. das Wettbewerbsrecht nicht zu einem
11 Mittel zur Durchsetzung staatlich de-
12 finierter Wohlfahrtsziele degradiert
13 wird, sondern der Sicherung des
14 Wettbewerbs als Selbstzweck dient;
15 2. ein unabhängiges Europäisches Kar-
16 tellamt geschaffen wird, welches dem
17 Ziel eines "Binnenmarkts mit freiem
18 und unverfälschtem Wettbewerb"
19 verpflichtet ist, und dabei auf ein er-
20 gebnisoffenes Wettbewerbskonzept
21 zum Schutz der Handlungsfreiheit
22 der Marktteilnehmer und zur Siche-
23 rung einer wettbewerbsförderlichen
24 Marktstruktur vertraut.
25 → *Beschluss FDP Landesvorstand Thürin-*
26 *gen März 2008*

28 Familienpolitik

30 Grundpositionen

31 Familienplanung setzt Zuversicht und
32 Verlässlichkeit voraus - statt ungehal-
33 tener Versprechen und häufiger Kurs-
34 wechsel einer Regierung. Deshalb will
35 die FDP für solide finanzielle Rah-
36 menbedingungen für alle Familien - ob
37 mit verheirateten, unverheirateten oder
38 alleinerziehenden Eltern - sorgen und
39 zum Wandel hin zu einer familien-
40 freundlicheren Gesellschaft beitragen.
41 Das Steuer-Modell der FDP sieht u. a.
42 einen neuen steuerlichen Grundfreibe-
43 trag von 7.700 Euro vor, der in voller
44 Höhe sowohl für Erwachsene wie für
45 Kinder gilt. Gleichzeitig soll das Kin-
46 dergeld für jedes Kind auf 200 Euro
47 erhöht werden. Aufwendungen für
48 legale Beschäftigte im Privathaushalt,
49 wie Kinderfrauen, sollen bis zu 12.000
50 Euro im Jahr steuerlich abzugsfähig
51 sein. Wir setzen uns ein für einen quali-
52 tativ hochwertigen Ausbau der Kinder-
53 tageseinrichtungen und der Tagespfle-
54 ge. Um Chancengleichheit für alle
55 Kinder zu erreichen, soll der Kinder-
56 gartenplatz für Kinder zwischen dem 3.
57 Lebensjahr und der Einschulung ge-
58 bührenfrei sein. Zu familienfreundli-
59 chen Bedingungen in unserer Gesell-
60 schaft gehören - mit Blick sowohl auf
61 die Kindergeneration als auch auf die
62 ältere Generation - eine familienge-
63 rechte Arbeitswelt, eine Kultur der
64 Anerkennung der Leistungen und
65 Kompetenzen von Eltern und eine
66 gute soziale Infrastruktur für Familien.

67 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
68 *wort Familienpolitik, Unsere Argumente*
69 *von A bis Z.*

70
71 *Gebührenfreie Kinderbetreuung*
72 Die FDP Thüringen setzt sich für
73 eine gebührenfreie Bereitstellung
74 von Kindertagesplätzen ein. Dar-
75 über hinaus engagieren wir Liberale
76 uns für ein rein steuerfinanziertes
77 Modell der Kinderbetreuung in
78 Kindertagesstätten.

79 → *FDP Landesvorstand, Antrag Nr.*
80 *22, Familienpolitik - Steuerfinanzierte*
81 *Kindertagesplätze, Außerordentlicher*
82 *Landesparteitag der FDP Thüringen, 23.*
83 *04. 2006, Bleicherode.*

84
85 *Kinderlärm ist Zukunftsmusik*
86 Die FDP Thüringen plädiert für:
87 die Anerkennung der Erziehungs-
88 leistungen der Eltern hinsichtlich im
89 Sozialversicherungs- und Renten-
90 recht eine stärkere Berücksichtigung
91 von Kindern und Familien in der
92 Städtebau- und Wohnungsbaupoli-
93 tik, in der Schul- und Verkehrspoli-
94 tik eine Erhöhung attraktiver Kin-
95 derbetreuungsangebote in Kinder-
96 gärten, Grundschulorten, Sport-,
97 Kultur- und anderen Arbeitsge-
98 meinschaften auch für einkom-
99 mensschwache Bevölkerungsschich-
100 ten auch durch Einbeziehung des
101 Ehrenamtes auf kommunaler Ebene
102 gefährdete Kinder zu identifizieren
103 und auch geeignete staatliche Hilfen
104 bereitzustellen Initiativen im Bun-
105 desrat zur steuerlichen Entlastung
106 von Familien durch die Senkung
107 direkter Lasten (Einkommens-,
108 bzw. Lohnsteuer) und indirekter
109 Belastungen (Öko- bzw. Mehr-
110 wertsteuer)

111 Unser Land braucht Familien und
112 Kinder, nicht nur um den negativen
113 Auswirkungen der Gesellschaftsver-
114 änderung zu begegnen. Sie sind
115 darüber hinaus ein wichtiger Be-
116 standteil eines zufriedenen und
117 erfüllten Lebens. Wir Liberalen
118 unterstützen die jüngeren Generati-
119 onen dabei, sich wieder bewusst für
120 Familie und Kind zu entscheiden,
121 ohne Angst zu haben, eigene Wün-
122 sche und Vorstellungen aufgeben zu
123 müssen. Grundlagen einer tragfähi-
124 gen Familien- und Kinderpolitik
125 sind eine bessere Vereinbarkeit von
126 Familie und Beruf sowie eine Erhö-
127 hung der allgemeinen Kinder- und
128 Familienfreundlichkeit.

129 → *Programm der FDP Thüringen zur*
130 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
131 *2004, S. 17.*

133 Feiertage

134

135 *Nationalfeiertag*
136 Der 3. Oktober als Nationalfeiertag
137 sollte nach Ansicht der FDP Thü-
138 ringen auf den 9. November verlegt
139 werden. Das Schlüsselereignis für
140 das Zustandekommen der deutschen
141 Wiedervereinigung wird durch dieses
142 Datum besser repräsentiert. Am 3.
143 Oktober trat "lediglich" der Vertrag
144 zur Deutschen Einheit in Kraft.
145 Er kämpft wurde er jedoch am 9.
146 November. Ein solcher Feiertag soll
147 die Leistung unseres Volkes und
148 nicht das Ergebnis eines Verwal-
149 tungsaktes ehren. Er symbolisiert
150 wie kein anderes Datum die wech-
151 selvolle Entwicklung Deutschlands
152 zu einem demokratischen und
153 rechtsstaatlichen Land. Die Wieder-
154 vereinigung reiht sich zweifelsohne
155 als Krönung dieser Entwicklung ein,
156 lässt aber auch Zeit und Raum, den
157 Opfern und dem Preis unseres jetzi-
158 gen Status zu gedenken. Deshalb
159 sollte dieser Tag dann auch als "Tag
160 der Deutschen Geschichte" began-
161 gen werden.
162 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
163 *Nationalfeiertag auf 9. November legen,*
164 *30. 12. 2005.*

166 Finanz- und Haushaltspolitik

167
168 *Siehe auch:*
169 *Förderpolitik*

171 Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit

172 Die FDP Thüringen tritt ein für:
173 • die Vereinfachung und Senkung
174 des Steuer- und Abgabenrechts
175 • eine klare Definition freiwilliger
176 und Pflichtleistungen des Landes
177 im Rahmen der Daseinsfürsorge
178 für die Bürger
179 • eine an den tatsächlichen Zustän-
180 digkeiten des Landes orientierte
181 Personalentwicklung
182 • die Effizienzerhöhung beim Ein-
183 satz öffentlicher Mittel auf der
184 Grundlage von Kosten-Nutzen-
185 Rechnung und wirtschaftlicher
186 Rechnungsführung
187 • Haushaltstransparenz durch be-
188 triebswirtschaftliches Controlling
189 • einen stufenweisen Abbau von
190 Subventionen und Beihilfen
191 • regelmäßige Rechenschaftsberichte
192 über Subventionsverteilung und
193 den Verbleib öffentlichen Vermö-
194 gens
195 • die Neuordnung des kommunalen
196 Finanzausgleichs zur Sicherstellung
197 der Investitionsfähigkeit der Kom-
198 munen und Gemeinden durch In-
199 vestitionspauschalen.
200 Die Schuldenlast des Freistaates
201 Thüringen ist erdrückend. Eine

1 langfristige Lösung ist erforderlich, um
 2 die gesellschaftliche und politische
 3 Handlungsfähigkeit des Landes, der
 4 Kommunen und Gemeinden zu erhal-
 5 ten. Die Anforderungen an die Haus-
 6 halts- und Finanzpolitik sind hoch. Sie
 7 muss das Land dazu befähigen, die
 8 eigene Entwicklung aktiv und gestal-
 9 tend zu beeinflussen. Verlässlichkeit,
 10 Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit
 11 sind die Eckpfeiler eines ausgeglichen-
 12 ten Haushalts und damit die Zukunftsfä-
 13 higkeit Thüringens.
 14 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 15 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 16 *2004, S. 22f.*
 17
 18 *Netto-Neuverschuldung Null*
 19 Die FDP Thüringen fordert von der
 20 CDU-Landesregierung, die Neuver-
 21 schuldung des Landes bis 2009 auf
 22 Null zu senken.
 23 Darüber hinaus wollen wir das Neu-
 24 verschuldungsverbot verfassungsrecht-
 25 lich verankern. Es soll für den Bund,
 26 die Länder und die Kommunen gelten.
 27 → *Netto-Neuverschuldung in Thüringen:*
 28 *Beschluss des Landesparteitages vom*
 29 *7.10.2006 in Steinbach-Hallenberg, Verfas-*
 30 *sungsrechtliches Neuverschuldungsverbot:*
 31 *Beschluss des FDP-Bundesvorstandes auf*
 32 *Antrag der FDP Thüringen im November*
 33 *2006.*
 34
 35 *Subventionsabbau*
 36 Die FDP Thüringen lehnt pauschale
 37 Subventionskürzungen ab. Wir Liberale
 38 plädieren für eine Staffelung danach,
 39 wie volkswirtschaftlich sinnvoll und
 40 zeitgemäß der zu unterstützende Be-
 41 reich ist. Die Stein- und Braunkohle-
 42 förderung sollte demzufolge stärker
 43 abgebaut werden, um konjunkturbele-
 44 bende Bereiche wie die Eigenheimzu-
 45 lage oder die Pendlerpauschale auch
 46 weiterhin anbieten zu können.
 47 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*
 48 *fentlichung, Die Rasenmäher, 8. 10. 2003.*
 49
 50 *Thüringer Landeshaushalt*
 51 Die FDP Thüringen hält folgende
 52 Punkte für notwendig:
 53 • Intensivierung der Unterstützung
 54 von Kommunen durch Beratung und
 55 Wissenstransfer, Bildung von
 56 Schwerpunkten im Tourismusbereich
 57 • Gründung, Förderung, Moderation
 58 und Koordination eines mitteldeut-
 59 schen Wissenschaftsclusters mit Teil-
 60 nehmern aus Wirtschaft und Hoch-
 61 schulen als Informationsnetzwerk zur
 62 verbesserten Nutzung wissenschaftli-
 63 cher Ressourcen
 64 • Ausweitung der Betreuung bei Grün-
 65 dung, Neuansiedlung und Erweite-
 66 rung wirtschaftlicher Vorhaben von

67 Handwerk, kleinen und mittleren
 68 Unternehmen
 69 • Verbesserung der europäischen
 70 und der weltweiten Vermarktung
 71 des Standortes Thüringen mit
 72 dem Ziel, zukunftsfähige Unter-
 73 nehmen, Produkte und Technolo-
 74 gien im Freistaat anzusiedeln
 75 • Verwaltungsreform und Kreisge-
 76 bietsreform
 77 • Überprüfung staatlicher Aufgaben
 78 und deren Streichung (z.B. Flur-
 79 neuordnung), strukturelle Priva-
 80 tisierung nicht hoheitlicher Auf-
 81 gaben etc.
 82 • Verzicht der Exekutive und Legis-
 83 lative auf unnötige Vermehrung
 84 von Landesgesetzen und Verord-
 85 nungen
 86 Kredite schränken die Handlungs-
 87 freiheit kommender Generationen
 88 ein. Sie sollten verfassungsrechtlich
 89 verboten werden. Dabei wird es
 90 selbstverständlich Ausnahmen für
 91 Not- oder Krisensituationen geben.
 92 Geringes Wirtschaftswachstum,
 93 hohe Arbeitslosigkeit und wenig
 94 Steuereinnahmen schränken die
 95 finanzielle Handlungsfähigkeit
 96 Thüringens ein. Eine langfristig
 97 erfolgreiche Entwicklung des Lan-
 98 des und die Zukunftssicherung
 99 seiner Bürger sind nur möglich,
 100 wenn der Landeshaushalt ausgegli-
 101 chen ist und ihm finanzielle Spiel-
 102 räume zur Verfügung stehen. Er-
 103 reicht werden kann dies einerseits
 104 durch gezielte Unterstützung bei
 105 der Vermarktung Thüringer "Pro-
 106 dukte" aus Wirtschaft, Forschung
 107 und Tourismus. Andererseits müs-
 108 sen bestehende Kostenfaktoren
 109 gesenkt werden. Steuergelder müs-
 110 sen gezielter und Subventionen
 111 gestaffelter eingesetzt werden, um
 112 dem jeweiligen Bedarf gerecht zu
 113 werden.
 114 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 115 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 116 *2004, S. 22f.*
 117
 118 **Föderalismus**
 119
 120 *Grundpositionen*
 121 Die Föderalismusreform bleibt eine
 122 der dringendsten Aufgaben der
 123 Politik in Deutschland und muss
 124 unverzüglich neu angegangen wer-
 125 den. Die politischen Verantwort-
 126 lichkeiten müssen unter Zweckmä-
 127 ßigkeits Gesichtspunkten neu geord-
 128 net werden. Dies verbessert die
 129 Handlungsfähigkeit von Bund und
 130 Ländern und baut Blockademög-
 131 lichkeiten ab. Der lähmende "ko-
 132 operative Föderalismus" muss in
 133 einen modernen Wettbewerbsföde-

134 ralismus umgebaut werden. Födera-
 135 lismus heißt nicht Gleichmacherei,
 136 sondern bedeutet Vielfalt. Wettbe-
 137 werbsföderalismus beinhaltet ein
 138 bislang unausgeschöpftes Potential
 139 durch Lernen vom Anderen, um die
 140 beste Lösung für den Bürger zu
 141 erreichen. Bei einem neuen Anlauf
 142 zur Reform dürfen nicht die Fehler
 143 der Föderalismuskommission wie-
 144 derholt werden. Das heißt: keine
 145 Tabuisierung vielleicht unbequemer,
 146 aber wichtiger Themen, wie Steuer-
 147 autonomie für die Länder, Reform
 148 des Länderfinanzausgleichs und
 149 Länderneugliederung. Nicht Einzel-
 150 interessen, sondern das Wohl der
 151 Bürger unseres Staates muss im
 152 Mittelpunkt stehen. Zur Erarbeitung
 153 einer umfassenden Reform benöti-
 154 gen wir einen Konvent, der sich aus
 155 Persönlichkeiten des öffentlichen
 156 Lebens, Wissenschaftlern und akti-
 157 ven Politikern zusammensetzt.
 158 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 159 *wort Föderalismusreform, Unsere Ar-*
 160 *gumente von A bis Z.*
 161
 162 *Föderalismusreform*
 163 Die Föderalismusreform bleibt eine
 164 der dringendsten Aufgaben der
 165 Politik in Deutschland und muss
 166 unverzüglich neu angegangen wer-
 167 den. Die politischen Verantwortlich-
 168 keiten müssen unter Zweckmäßig-
 169 keits Gesichtspunkten neu geordnet
 170 werden. Dies verbessert die Hand-
 171 lungsfähigkeit von Bund und Län-
 172 dern und baut Blockademöglichkei-
 173 ten ab. Der lähmende "kooperative
 174 Föderalismus" muss in einen mo-
 175 dernen Wettbewerbsföderalismus
 176 umgebaut werden. Föderalismus
 177 heißt nicht Gleichmacherei, sondern
 178 bedeutet Vielfalt. Wettbewerbsföde-
 179 ralismus beinhaltet ein bislang un-
 180 ausgeschöpftes Potential durch
 181 Lernen vom Anderen, um die beste
 182 Lösung für den Bürger zu erreichen.
 183 Bei einem neuen Anlauf zur Reform
 184 dürfen nicht die Fehler der Födera-
 185 lismuskommission wiederholt wer-
 186 den. Das heißt: keine Tabuisierung
 187 vielleicht unbequemer, aber wichti-
 188 ger Themen, wie Steuerautonomie
 189 für die Länder, Reform des Länder-
 190 finanzausgleichs und Länderneuglie-
 191 derung. Nicht Einzelinteressen,
 192 sondern das Wohl der Bürger unse-
 193 res Staates muss im Mittelpunkt
 194 stehen. Zur Erarbeitung einer um-
 195 fassenden Reform benötigen wir
 196 einen Konvent, der sich aus Persön-
 197 lichkeiten des öffentlichen Lebens,
 198 Wissenschaftlern und aktiven Poli-
 199 tikern zusammensetzt.

1 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 2 *Föderalismusreform, Unsere Argumente von*
 3 *A bis Z.*

4
 5 *Mitteldeutsches Bundesland*

6
 7 *Siehe auch:*

8 ➤ *Artikel Mittelddeutschland*

9
 10 Die FDP Thüringen setzt sich dafür
 11 ein, die Anzahl der Bundesländer zu
 12 reduzieren. In Anbetracht der sich
 13 mittel- bzw. langfristig verschlechternden
 14 Finanzsituation sowie der demographischen
 15 Entwicklung können die Bundesländer in
 16 derzeitiger Formation und Kompetenzausstattung
 17 immer weniger ihre Aufgaben wahrnehmen.
 18 Außerdem sind sie schlicht verwaltungstechnisch
 19 überdimensioniert. Der Föderalismus muss
 20 wieder die Chance bekommen, regionale
 21 Unterschiede auszudrücken ohne sich in
 22 Kleinstaaterei zu verlieren. Eine Neuordnung
 23 der Machtverhältnisse wird auf diese Weise
 24 erleichtert und erhält ein transparenteres
 25 Erscheinungsbild. Unübersichtliche
 26 Kompetenzüberlagerungen und -
 27 vermischungen werden ersetzt. Initiator
 28 und Ideengeber können dabei die
 29 mitteldeutschen Länder spielen, die zu
 30 einem gemeinsamen Bundesland fusionieren.
 31 Durch eine Verwaltungszusammenlegung
 32 kann in allen Politikbereichen zusammenhängender
 33 agiert werden. Positiv wirkt sich das vor
 34 allem auf jene Politikfelder aus, die
 35 naturgemäß an Grenzen keinen Halt
 36 machen, wie z.B. Natur, Umwelt, Wirtschaft,
 37 Wissenschaft und Forschung. Den Menschen
 38 geht mit einem solchen Länderzusammenschluss
 39 nichts verloren. Denn Heimatverbundenheit
 40 hat mehr mit der Region, der Geschichte und
 41 der Mentalität der hier lebenden Leute
 42 als mit der staatlichen Verwaltungszugehörigkeit
 43 zu tun.

44 → *FDP Landesvorstand, Antrag Nr. 30,*
 45 *Aufbau Ost – Umbau Ost – Chancen West,*
 46 *18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP*
 47 *Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005,*
 48 *Apolda/ Pffiffelbach. Kurth, Patrick, Presse-*
 49 *veröffentlichung, Ratloser Matschie, 2. 5.*
 50 *2006.*

51 **Förderpolitik**

52 *Investitionsanreize*

53 Die FDP Thüringen setzt sich für eine
 54 regelmäßige Effektivitätsprüfung vor-
 55 handener Standards und Rechtsnormen
 56 sowie den nachhaltigen Abbau der
 57 Genehmigungsbürokratie ein. Weitere
 58 wichtige Maßnahmen sind:

59 • die Schaffung einer zentralen Anlauf-
 60 stelle für Genehmigungsverfahren,
 61 damit potentielle Investoren und E-

62 xistenzgründer Zeit und Kosten
 63 sparen.

64 • die Vereinfachung und Verkürzung
 65 der Genehmigungsverfahren. Reagiert eine
 66 Behörde nicht innerhalb einer festgelegten
 67 Frist auf einen Genehmigungsantrag,
 68 gilt dieser als automatisch erteilt.

69 • die Reduzierung von Förderungs-
 70 und Existenzgründungsprogrammen
 71 auf eine übersichtliche und verständliche
 72 Anzahl

73 • die Herausbildung innovativer
 74 Standorte, die weniger regional,
 75 sondern branchenspezifisch definiert
 76 sind.

77 Der wirtschaftliche Erfolg eines
 78 Landes rührt aus dem Einsatz engagierter
 79 Unternehmer und Mitarbeiter her. Er ist
 80 nur partiell politisch steuerbar. Staatliche
 81 Investitionen und Förderinstrumente
 82 können daher immer nur ein Teil guter
 83 Wirtschaftspolitik sein. Die Rolle des
 84 Staates und seiner Wirtschaftspolitik
 85 sollte vielmehr die Beseitigung von
 86 Hemmnissen und die Schaffung eines
 87 angenehmen Investitionsklimas umfassen.
 88 Zu häufig werden jedoch potentielle
 89 Investoren durch zu lange und zeitaufwendige
 90 Feststellungs- und Genehmigungsverfahren,
 91 bürokratische Auflagen und Hürden
 92 verschreckt und wandern ab. Die
 93 Unternehmen sollen sich willkommen
 94 fühlen und die notwendige Unterstützung
 95 des Landes zu bekommen, um hier
 96 Arbeitsplätze zu schaffen. Ansiedlungs-
 97 prozesse müssen verkürzt, optimiert und
 98 passgenau für die Investoren gestaltet
 99 werden.

100 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 101 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 102 *2004, S. 11f.*

103 **Frauenpolitik**

104 *Frauen in die Politik*

105 Die FDP Thüringen kann und will
 106 nicht auf die innovative und leistungsstarke
 107 Hälfte der Bevölkerung verzichten. Frauen
 108 müssen verstärkt Eingang in die Politik
 109 und die FDP finden, damit sie eine
 110 Plattform für ihre Interessen bekommen.
 111 Wir Liberalen setzen uns für eine stärkere
 112 Berücksichtigung und Einbeziehung
 113 von Frauen allgemein ein, besonders
 114 aber für ihre aktive Mitarbeit in den
 115 Parteigremien und Wahllisten der FDP.
 116 Die FDP unterstützt Frauen in ihrem
 117 politischen Engagement.

118 → *Liberales Frauen Thüringen, Antrag*
 119 *Nr. 44, Gleichstellung, 18. Ordentlicher*
 120 *Landesparteitag des FDP Landesver-*

121 *bandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/*
 122 *Pffiffelbach.*

123 *Grundpositionen*

124 Die FDP setzt sich dafür ein, dass
 125 unsere Gesellschaft in allen Bereichen
 126 jeder Frau ermöglicht, ihr Leben mit
 127 gleichen Chancen zu gestalten. Liberale
 128 Frauenpolitik baut auf die Qualifikation,
 129 Stärken und die Leistungsbereitschaft von
 130 Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung
 131 von Frauen und Männern setzt einen
 132 gesellschaftlichen Wandel im weiblichen
 133 und im männlichen Rollenverständnis
 134 und die stärkere Wertschätzung und
 135 Integration weiblicher Potenziale in
 136 Wirtschaft und Gesellschaft voraus.
 137 Frauen sind besser qualifiziert als jemals
 138 zuvor und bringen besondere Perspektiven,
 139 Wissen und Erfahrungen mit, auf die die
 140 Gesellschaft nicht verzichten sollte. Um
 141 die Chancen von Frauen in unserer
 142 Gesellschaft zu verbessern, ist von Staat
 143 und Politik keine Spartenpolitik im Sinne
 144 von Sozialpolitik, sondern eine
 145 Querschnittspolitik im Sinne eines neuen
 146 Rollenverständnisses von Mann und
 147 Frau gefordert. Zentrale Handlungsfelder
 148 sind dabei für die Liberalen: Bildungspolitik
 149 (u.a. Abbau von Rollenklischees, Beeinflussung
 150 des Berufswahlverhaltens), Arbeitsmarkt-
 151 und Wirtschaftspolitik (frauen- und
 152 familienfreundliche Personalpolitik,
 153 Flexibilisierung der Arbeit, Entgeltgerechtigkeit
 154 zwischen den Geschlechtern, Abschaffung
 155 der Steuerklasse V) und Familienpolitik
 156 (z.B. Ausbau der Kinderbetreuungsangebote,
 157 finanzielle Entlastung von Alleinerziehenden,
 158 steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen).

159 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 160 *wort Frauenpolitik, Unsere Argumente*
 161 *von A bis Z.*

162 **Gesellschaftspolitik**

163 *Siehe auch:*

- 164 ➤ *Behindertenpolitik*
- 165 ➤ *Frauenpolitik*
- 166 ➤ *Gleichwertigkeit*
- 167 ➤ *Kinder und Jugendliche*
- 168 ➤ *Religionen*
- 169 ➤ *Seniorenpolitik*

170 *Grundgedanken*

171 Gesellschaft ist mehr als nur die
 172 Menschen, die in einem Land leben.
 173 Sie ist vielschichtig und komplex,
 174 individuell und kollegial. Vor allem
 175 aber ist sie veränderbar. Sie kann
 176 und muss sich neuen Entwicklungen
 177 201

1 und Herausforderungen stellen. Betrof-
 2 fen davon sind das Zusammenleben
 3 der Generationen, die Beziehungen der
 4 Menschen untereinander, der ländliche
 5 und städtische Siedlungsraum sowie die
 6 Integration fremder Kulturen und
 7 Religionen. Die Gesellschaftspolitik
 8 besitzt eine herausgehobene Stellung.
 9 Sie ist richtungweisend und strahlt mit
 10 ihrer Grundintention auf alle anderen
 11 Politikfelder aus und beeinflusst so
 12 deren Aussehen. Die Aufgabe von
 13 Gesellschaftspolitik ist es nicht allein,
 14 neue Entwicklungslinien aufzunehmen.
 15 Vielmehr muss sie aktiv an der Gestal-
 16 tung des Gesellschaftsbildes teilneh-
 17 men. Jeder einzelne Bürger muss sich
 18 in diesem Bild wiedererkennen, um
 19 daraus Perspektive und Motivation für
 20 sein Leben zu schöpfen.

22 **Gesundheitspolitik**

24 Siehe auch:

- 25 ➤ Drogenpolitik
- 26 ➤ Krankenkassen
- 27 ➤ Patient
- 28 ➤ Pflegeversicherung
- 29 ➤ Ärzteschaft

31 *Eckpfeiler des Gesundheitssystems*

32 Die FDP Thüringen plädiert für:

- 33 • eine Kombination aus Grundversi-
 34 cherung und zusätzlicher individuel-
 35 ler Eigenvorsorge, staatliche Unter-
 36 stützung in Sonderfällen,
 - 37 • den Aufbau kapitalgedeckter Siche-
 38 rungssysteme,
 - 39 • Aufklärung und Gesundheitserzie-
 40 hung in Kindergärten und Schulen,
 - 41 • Suchtprävention und gesundheitliche
 42 Aufklärung bezüglich legaler und ille-
 43 galer Drogen,
 - 44 • Förderung und Ausbau geriatrischer
 45 Betreuung und Forschung,
 - 46 • die Behebung des Engpasses bei der
 47 Versorgung mit Allgemeinmedizi-
 48 nern, besonders im ländlichen Raum,
 - 49 • eine bessere Verzahnung von ambu-
 50 lanter und stationärer Versorgung
 51 und
 - 52 • die Förderung interdisziplinärer
 53 Zusammenarbeit und Bündelung des
 54 Angebots medizinischer Dienstleis-
 55 tungen.
- 56 Wir Liberale treten für eine selbstbe-
 57 stimmte und eigenverantwortliche
 58 Gesundheitsvorsorge ein. Kein Außen-
 59 stehender, keine staatliche Institution
 60 oder Behörde weiß besser über die
 61 Lebensplanung, Prioritäten bzw. etwai-
 62 ge Risiken Bescheid als der Betroffene
 63 selbst. Er soll Gesundheit bzw. Ge-
 64 sundheitsabsicherung nach seinen
 65 individuellen Bedürfnissen gestalten
 66 können. Die Aufgabe der Gesund-

67 heitspolitik beinhaltet die Schaffung
 68 entsprechender Rahmenbedingun-
 69 gen, die eine adäquate Anpassung
 70 an die jeweiligen Lebensumstände
 71 und den Gesundheitszustand erlau-
 72 ben. Unabdingbarer Eckpfeiler des
 73 Gesundheitssystems ist es, die Ge-
 74 sundheit zu erhalten, sie nicht
 75 leichtfertig aufs Spiel zu setzen, um
 76 sie anschließend zeit- und kostenin-
 77 tensiv wieder herzustellen. Eine
 78 nachhaltige und zukunftsfähige
 79 Gesundheitspolitik muss daher die
 80 Prinzipien von Aufklärung und
 81 Prävention stärker in den Mittel-
 82 punkt rücken. Im Falle einer
 83 Krankheit muss eine einwandfreie
 84 und effiziente aber auch eine be-
 85 zahlbare ärztliche Versorgung ge-
 86 währleistet werden. Hier muss das
 87 Prinzip der Rehabilitation zur brei-
 88 teren Anwendung kommen, um
 89 dem Rekonvaleszenten schnell und
 90 zielgenau seine Lebensqualität zu-
 91 rückzugeben. Aber auch den An-
 92 forderungen einer sich ändernden
 93 Bevölkerungsstruktur muss die
 94 Gesundheitspolitik Rechnung tra-
 95 gen. Ältere Generationen dürfen
 96 nicht an den Rand gedrängt werden.
 97 Ihre Bedürfnisse und ihre Lebens-
 98 qualität sind nicht von geringerer
 99 Bedeutung für die Gesellschaft und
 100 das Gesundheitssystem.
 101 Vgl. Programm der FDP Thüringen
 102 zur Wahl des 4. Thüringer Landta-
 103 ges, Erfurt 2004, S. 19.

105 **GEZ**

107 *GEZ abschaffen*

108 Die FDP Thüringen ist für eine
 109 Abschaffung des GEZ-Systems.
 110 Stattdessen ist eine Medienpauscha-
 111 le in Höhe von acht bis zehn Euro
 112 für jeden volljährigen Bürger zu
 113 erheben. Denn Medienkonsumenten
 114 sind inzwischen alle. Diese
 115 Rundfunkabgabe ist unabhängig
 116 von der Anzahl betriebener Geräte.
 117 Unternehmer und öffentlichen
 118 Einrichtungen werden spürbar
 119 entlastet. Zudem hätten Schwarzse-
 120 her keine Chance, da die Zahlung
 121 direkt an das zuständige Finanzamt
 122 zu entrichten ist.
 123 Bis zu dieser Umstellung setzt sich
 124 die FDP Thüringen für eine Ände-
 125 rung der GEZ-
 126 Gebührenabrechnung bei Pension-
 127 en und Hotels ein. Die GEZ-
 128 Zahlung muss sich nach der tat-
 129 sächlichen Zimmerauslastung rich-
 130 ten. Abgeschafft wird die derzeit
 131 geltende Zahlung pauschal nach
 132 Anzahl der gemeldeten Zimmer, die
 133 die tatsächliche Auslastungsquote
 134 unberücksichtigt lässt.

135 *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 136 *Thüringen, Gera 2007*

138 *Verbot der Datenübermittlung*

139 Die FDP Thüringen wendet sich
 140 gegen die Übermittlung persönlicher
 141 Daten an die GEZ durch die Ein-
 142 wohnermeldeämter. Die FDP wird
 143 die Weitergabe der Daten an eine
 144 Behörde wie die GEZ verbieten und
 145 unter Strafe stellen.
 146 ➔ *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
 147 *Keine Einwohnerdaten an die GEZ*
 148 *3.4.2008.*

150 **Gleichstellung**

152 *Antidiskriminierung - Stärkung der*
 153 *Rechte von Minderheiten*

154 Die FDP tritt mit aller Entschieden-
 155 heit für den Abbau von Diskriminie-
 156 rung und Intoleranz ein. Wir wollen
 157 Benachteiligungen beseitigen und die
 158 Rechte von Minderheiten stärken.
 159 Wir wollen die gleichen Rechte - und
 160 auch die gleichen Chancen - für alle
 161 Bürger, und das unabhängig von
 162 ihrer ethnischen Herkunft, ihrem
 163 Geschlecht, ihrer Religion oder
 164 Weltanschauung, ihrer Behinderung,
 165 ihres Alters oder ihrer sexuellen
 166 Identität. Diesem Ziel fühlt sich die
 167 FDP seit jeher in besonderer Weise
 168 verpflichtet. Es ist falsch zu glauben,
 169 das deutsche Recht kenne keine
 170 Antidiskriminierungsvorschriften. So
 171 gibt es bspw. in allen Rechtsnormen
 172 rund 90 Schutzvorschriften für
 173 Behinderte, davon 13 im Arbeits-
 174 recht. Daher lehnen wir das von der
 175 Bundesregierung beschlossene All-
 176 gemeine Gleichbehandlungsgesetz
 177 (unter Rot-Grün als Antidiskriminie-
 178 rungsgesetz bekannt) ab.
 179 ➔ *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 180 *wort Antidiskriminierung, Unsere Argu-*
 181 *mente von A bis Z.*

183 *Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften*

184 Die FDP Thüringen begrüßt die
 185 Einführung eines Lebenspartner-
 186 schaftsgesetzes. Gleichgeschlechtli-
 187 che Lebensgemeinschaften bekom-
 188 men die Möglichkeit, gesellschaftlich
 189 und rechtlich anerkannt zu werden.
 190 Die Ausgestaltung des Partner-
 191 schaftsgesetzes in Thüringen ist
 192 hingegen verbesserungswürdig.
 193 Ereignisse und Zeremonien von
 194 solch großer persönlicher Bedeutung
 195 brauchen auch einen entsprechen-
 196 den Ort, um vollzogen zu werden.
 197 Das Landesverwaltungsamt Weimar
 198 kann und darf hierbei nicht die ein-
 199 zige Institution sein.
 200 ➔ *Presseveröffentlichung, Bundesverfas-*
 201 *sungsgerichtsentscheidung zur Homoebe*
 202 *positiv aufgenommen, 24. 7. 2002.*

1 Globalisierung

3 *Grundpositionen*

5 Im Kern bedeutet Globalisierung die
6 Fähigkeit der Menschen, weltweit zu
7 agieren und zu kommunizieren. Man
8 könnte auch von der Ausbreitung der
9 Freiheit in kleinen Schritten sprechen.
10 Als Liberale sehen wir in der Globali-
11 sierung überwiegend Chancen, die die
12 Politik im Sinne der Menschen nutzen
13 muss: zur weltweiten Durchsetzung
14 von Freiheit, Menschenrechten und
15 Marktwirtschaft. Natürlich sind mit
16 diesem Prozess auch Risiken verbun-
17 den, die durch die politisch Verant-
18 wortlichen minimiert werden müssen.
19 Liberale setzen die Stärke des Rechts
20 gegen das Recht des Stärkeren. Daher
21 gehört der Aufbau eines immer ver-
22 bindlicher werdenden weltweiten
23 Rechtssystems zu den Kernbereichen
24 der Globalisierung. Hierzu zählen das
25 UN-System genauso wie das Regelwerk
26 der WTO, eine Stärkung des Völker-
27 rechts und der internationalen Ge-
28 richtsbarkeit. Globalisierung bedeutet
29 einerseits freier Handel und damit
30 steigender Wohlstand. Denn nur freier
31 Handel ist fairer Handel und dient so
32 der Bekämpfung von Armut. Anderer-
33 seits heißt Globalisierung auch eine
34 stärkere Ausbreitung von Medien- und
35 Informationsfreiheit, mehr kulturelle
36 Vielfalt und eine Verbesserung der
37 Bildungschancen durch den Austausch
38 von Studenten und Schülern weltweit.
39 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
40 *Globalisierung, Unsere Argumente von A bis*
41 *Z.*

43 Hochschulen

44 *Grundsätze der Hochschulpolitik*

45 Unsere Hochschulen leisten einen
46 wesentlichen Beitrag zur Zukunftssi-
47 cherung, indem sie die Wissenschafts-
48 lergeneration von morgen heranbilden
49 und ständig einen erheblichen Anteil
50 an neuen Forschungsergebnissen erar-
51 beiten. Die Stärkung ihrer Leistungsfä-
52 higkeit, die nach wie vor durch chroni-
53 sche Unterfinanzierung, bürokratische
54 Gängelung und ideologische Vorbehal-
55 te geschwächt wird, ist daher eine
56 vordringliche politische Aufgabe. Hier-
57 zu fordert die FDP:
58
59 • wesentliche Aufstockung der Fi-
60 nanzzmittel für die Hochschulen bei
61 langfristiger finanzieller Planungssi-
62 cherheit;
63 • freier Wettbewerb zwischen den
64 Hochschulen ohne zentralistische
65 Festlegung von Eliteuniversitäten;
66 • Abschaffung der Zentralstelle für die
67 Vergabe von Studienplätzen (ZVS)

68 und das Recht der Hochschulen
69 auf Auswahl ihrer Studierenden;
70 • Abschaffung der Kapazitätsver-
71 ordnung (KapVO) und Ausbau
72 von
73 • Studienkapazitäten entsprechend
74 der Nachfrage;
75 • Autonomie der Hochschulen in
76 Finanz-, Personal- und Organisa-
77 tionsentscheidungen;
78 • einen eigenen Wissenschaftstarif-
79 vertrag für Wissenschaftler an
80 Hochschulen und anderen staatli-
81 chen Wissenschaftseinrichtungen;
82 • stärkere Verzahnung der For-
83 schung von Hochschulen, außer-
84 universitären Forschungsinstitu-
85 ten und der Industrie.
86 Für die nahe Zukunft sind flexible
87 Maßnahmen des Bundes und des
88 Länder über den Hochschulpakt
89 2020 hinaus notwendig, um den zu
90 erwartenden Studentenberg zu
91 bewältigen. Darüber hinaus bedarf
92 es eines Hochschulpaktes II für
93 einen Akademisierungsschub insbe-
94 sondere in den Natur- und Ingeni-
95 eurwissenschaften.
96 In Thüringen muss die Förderung
97 der Hochschulen und ihre Entlas-
98 sung in die Autonomie eine vor-
99 dringliche politische Aufgabe sein.
100 *Vgl.: Initiative für mehr Forschungsfrei-*
101 *heit in Deutschland. Beschluss des Präsi-*
102 *diums der FDP vom*
103 *14. Jan. 2008. - Vgl.: Antrag Nr. 15*
104 *des KV Weimar an den 20. Ordentlichen*
105 *Landesparteitag der FDP*
106 *Thüringen, 21. April 2007, Gera.*
107
108 *Einführung eines Stipendiensystems*
109 Die finanziellen Belastungen im
110 Zusammenhang mit dem Studium
111 sind enorm gestiegen. Der monatli-
112 che Bedarf einer Hochschulschüle-
113 rin oder eines Hochschulschülers
114 von rund 770 € lässt sich nach der
115 Umstellung und Straffung der Stu-
116 diengänge im Zuge des Bologna-
117 Prozesses oft nur durch den „Drei-
118 klang“ aus Zuwendungen der El-
119 tern, BAföG-Leistungen und eige-
120 ner Erwerbstätigkeit decken. Durch
121 das gestiegene Arbeitspensum der
122 Studierenden ist das Jobben jedoch
123 nur noch im begrenzten Umfang
124 möglich, wenn der Studienerfolg
125 nicht gefährdet werden soll. Be-
126 sorgniserregende 33% aller Studen-
127 ten jobben über 16 Stunden pro
128 Woche und sind damit einer erheb-
129 lichen studiengefährdenden Belas-
130 tung ausgesetzt.
131 Von der Erhöhung der BAföG-
132 Sätze zum 01. August 2008 kann
133 nur eine vergleichsweise geringe
134 Zahl an Studierenden profitieren.

135 Gerade einmal jeder zehnte Studie-
136 rende in Deutschland erhält die
137 Vollförderung per BAföG. Inge-
138 samt werden nur knapp 25% aller
139 Studierenden durch BAföG unter-
140 stützt.
141 Deswegen setzen sich die Thüringer
142 Liberalen für die Entwicklung einer
143 neuen Stipendienkultur auf interna-
144 tional üblichem Niveau ein. Dazu ist
145 der Aufbau eines leistungsförder-
146 nenden Stipendiensystem unverzichtbar.
147 Derzeit werden lediglich nur
148 rund 2 % der Studierenden durch
149 ein Stipendium gefördert. Es muss
150 dringend angestrebt werden, den
151 Anteil der Studierenden, die ein
152 Stipendium erhalten, schrittweise auf
153 10 % zu erhöhen. In Ergänzung
154 zum BAföG-System, das auf sozia-
155 len Kriterien basiert, sollen Stipen-
156 dien unabhängig vom Einkommen
157 der Eltern unbürokratisch und aus-
158 schließlich nach Begabung und
159 Leistung vergeben werden. Bereits
160 ein monatliches Stipendium von
161 etwa 300 € könnte einen wichtigen
162 Beitrag zur Studienfinanzierung für
163 besonders begabte Studierende
164 leisten.
165 → *Beschluss Landesvorstand März 2008,*
166 *in ähnlicher Form siehe auch*
167 ➤ *Antrag FDP BT-Fraktion*
168 *05.03.2008 (Drucksache 16/*
169 *8407, vollständiger Antrag unter:*
170 *www.fdp-*
171 *fraktion.de/files/538/Antrag-*
172 *nationalesStipendiensystem.pdf*
173
174 *Finanzierungsberatung für Studienvillige*
175 *und Studenten*
176 Finanzierungsberatung für Studien-
177 willige und Studenten
178 Mit der im Zuge des Bologna- Pro-
179 zesses eingeleiteten Umstellung und
180 Straffung der Studiengänge ist das
181 Arbeitspensum der Studierenden
182 nachweislich gestiegen. Jobben ist
183 daher nur noch im begrenzten Um-
184 fang möglich. Gleichmaßen wurde
185 in letzter Zeit die Palette der Stu-
186 dienfinanzierungsmöglichkeiten
187 erweitert. Mittlerweile finden sich
188 zahlreiche, auf die Bedürfnisse von
189 Studierenden zugeschnittene, Darle-
190 hen und Kredite. Eine Vielzahl an
191 Studierendenstipendien ergänzen die
192 Kreditangebote der Banken. Unter-
193 schiedlichste Stiftungen bieten unter
194 bestimmten Voraussetzungen För-
195 dermöglichkeiten für Studentinnen
196 und Studenten an. Dazu kommen
197 die vom Bund geförderten Begab-
198 tenförderungswerke.
199 Viele, die nicht in die Gruppe der
200 BAföG-Anspruchsberechtigten
201 fallen, benötigen dennoch finanzielle
202 Unterstützung, um ein Studium

1 erfolgreich zu Ende führen zu können.
 2 Doch gerade dieser Personenkreis sieht
 3 sich mit einer Vielzahl sehr unter-
 4 schiedlicher Finanzierungsmodelle
 5 konfrontiert und bedarf - auch ange-
 6 sichts der polemischen Angstretorik
 7 zur Überschuldung von Studierenden -
 8 einer verlässlichen Beratungsinstanz.
 9 Allerdings ist hier der normale BAföG-
 10 Sachbearbeiter nicht hinreichend aus-
 11 gebildet, um diesem Anspruch gerecht
 12 zu werden. Der Aufbau einer solchen
 13 professionellen Finanzierungsberatung
 14 muss von allen beteiligten Akteuren,
 15 insbesondere Bund, Ländern, Hoch-
 16 schulen und Studentenwerk, vorange-
 17 trieben werden. Es gilt Schülern und
 18 Studierwilligen schon im Vorfeld eines
 19 möglichen Studiums die Sicherheit zu
 20 vermitteln, dass unterschiedlichste
 21 Möglichkeiten zur Finanzierung eines
 22 Studiums neben dem BAföG existieren
 23 und sich diese Investition in die per-
 24 sönliche Zukunft lohnt.

25 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*

26 *Lehrerstudium praxisnäher gestalten*

27 Zur Verbesserung der didaktisch-
 28 methodischen Ausbildung der Lehr-
 29 amtsstudenten fordert die FDP Thü-
 30 ringen die Einrichtung von Praxistagen
 31 ab dem Grundstudium für die einzel-
 32 nen Schulformen. Diese Praxistage
 33 gehen über den Hospitationscharakter
 34 hinaus und binden die Studenten in
 35 den Schulalltag ein. Neben Gruppen-
 36 und Einzelhospitationen werden von
 37 den Studenten Lehrproben gehalten,
 38 die im Fachseminar vorbereitet und
 39 ausgewertet werden und somit von der
 40 Universität eine wissenschaftliche
 41 Begleitung erfahren. Darüber hinaus
 42 werden die Lehramtsstudenten wäh-
 43 rend dieser Praxistag mit den weiteren
 44 Feldern der pädagogischen Arbeit an
 45 den vertraut gemacht wie z.B. der
 46 Klassenleitertätigkeit, der Elterarbeit,
 47 außerunterrichtlicher Tätigkeiten etc.
 48 Die Betreuung der Studenten über-
 49 nimmt ein von der Schulleitung beauf-
 50 tragter Lehrer. Die fachwissenschaftliche
 51 Begleitung ist Angelegenheit der
 52 auszubildenden Universität (Fachbe-
 53 reich Didaktik/ Methodik). Die staatli-
 54 chen Studienseminare werden abge-
 55 schafft, da sie nicht mehr benötigt
 56 werden.

57 → *Landesfachausschuss Bildung, Hochschule, Kultur und Kunst, Antrag Nr. 12, Mehr Qualität in der Lehrerbildung, 18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Piffelbach.*

64 *Studienentgelte*

65 Wenn möglichst viele kluge Köpfe
 66 studieren, nutzt das der Gesellschaft
 67 und fördert den Volkswohlstand. Da-

69 her müssen Universitäten staatlich
 70 finanziert werden. Andererseits
 71 verschafft ein Hochschulstudium
 72 bessere Chancen auf dem Arbeits-
 73 markt und überdurchschnittliche
 74 Verdienstmöglichkeiten. Deshalb
 75 sollen sich Studierende mit ange-
 76 messenen Studienentgelten an der
 77 Finanzierung ihres Studiums betei-
 78 gen.
 79 Die FDP fordert, dass die Hoch-
 80 schulen in eigener Verantwortung
 81 Studienentgelte erheben können,
 82 die der Verbesserung der Lehre
 83 zusätzlich zugute kommen und dem
 84 Zugriff des Finanzministers entzo-
 85 gen sind. Dies stärkt den Wettbe-
 86 werb sowohl unter den Hochschu-
 87 len als auch unter den Studierenden
 88 und wirkt dem Missbrauch von
 89 Steuermitteln und Vergünstigungen
 90 entgegen.

91 → *Junge Liberale Thüringen, Antrag Nr. 13, Studiengebühren, 18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Piffelbach.*

97 *Studium für jeden trotz Studienentgelten*
 98 Studienentgelte dürfen nicht dazu
 99 führen, dass fähige junge Leute von
 100 einem Studium abgehalten werden.
 101 Deshalb sind sie für die FDP nur
 102 gemeinsam mit einem System von
 103 Stipendien und staatlich garantierten
 104 Krediten denkbar. Insbesondere
 105 muss, unabhängig vom Einkommen
 106 der Eltern, gewährleistet sein, dass
 107 Studienkredite erst nach Berufsein-
 108 tritt und nach Erreichung eines
 109 bestimmten Einkommens zurück-
 110 gezahlt werden müssen.

111 Richtig verwendete Studienentgelte
 112 kommen auch den Studierenden
 113 zugute: Wenn sich durch diese das
 114 Studium nur um 6 Monate verkürzt,
 115 so kann ein Entgelt von z. B. 500
 116 Euro pro Semester durch den frü-
 117 heren Berufseintritt ganz schnell
 118 wieder verdient werden.
 119 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unsere Argumente von A bis Z, Stichwort Studiengebühren.*

122 *Bildungsgutscheine*

123 Die FDP schlägt eine Neuordnung
 124 der staatlichen Hochschulfinanzie-
 125 rung nach dem Prinzip "Geld folgt
 126 Student" vor. Die Umsetzung sollte
 127 über Bildungsgutscheine erfolgen,
 128 welche alle diejenigen Jugendlichen
 129 erhalten, die studieren wollen und
 130 dazu berechtigt sind. Sie lösen diese
 131 Gutscheine bei der Hochschule
 132 ihrer Wahl ein, der damit ein ent-
 133 sprechender Geldbetrag zufließt.
 134 Dadurch wird das Gewicht der

136 Lehre gegenüber der Forschung
 137 gestärkt und der Wettbewerb zwi-
 138 schen den Hochschulen befördert.
 139 Ein finanzieller Ausgleich zwischen
 140 den einzelnen Ländern und dem
 141 Bund ist in geeigneter Weise zu
 142 organisieren.

143
 144 *Vgl.: www.liberales.de, Suchwort Bildungs-*
 145 *gutscheine*

146
 147
 148 *Autonomie der Hochschulen*

149 Hochschulen brauchen Autonomie,
 150 um miteinander in Wettbewerb
 151 treten und ihr
 152 spezifisches Profil ausbilden zu
 153 können. Die FDP fordert daher, die
 154 Autonomie der Hochschulen im
 155 Grundgesetz festzuschreiben. Auto-
 156 nomie bedeutet:

- 157 • Selbständigkeit in Finanz-, Perso-
 158 nal- und Organisationsentschei-
 159 dungen;
- 160 • Globalhaushalt mit gegenseitiger
 161 Deckungsfähigkeit der verschiede-
 162 nen
- 163 • Haushaltstitel;
- 164 • Abschaffung der Kapazitätsver-
 165 ordnung;
- 166 • Abschaffung der Zentralstelle für
 167 die Vergabe von Studienplätzen
 168 (ZVS);
- 169 • Auswahl der Studierenden durch
 170 die Hochschulen selbst.
- 171
- 172 • Auch das neue Thüringer Hoch-
 173 schulgesetz gewährt den Hoch-
 174 schulen keine wirkliche
- 175 • Autonomie und soll novelliert
 176 werden.
- 177 *Vgl.: Initiative für mehr Forschungsfreiheit
 178 in Deutschland, Beschluss des Präsidiums
 179 der FDP vom 14. Jan. 2008.*

180
 181 **Innenpolitik**

182
 183 *Grundpositionen*

184 Eine Innenpolitik ohne Liberale
 185 Beteiligung steht scheinbar immer
 186 unter dem Zeichen einer schleichen-
 187 den Aushöhlung der Grundwerte
 188 unserer Verfassung. Grundrechte
 189 wurden/werden relativiert. An die
 190 Stelle der Abwehr konkreter Gefah-
 191 ren trat ein diffuses Sicherheitsden-
 192 ken. Dieser Fehlentwicklung tritt die
 193 FDP entgegen. Sie fordert die Rück-
 194 kehr zu einer grundrechtsbewussten
 195 Innenpolitik und die Beachtung des
 196 Verfassungsprinzips. Statt auf Ge-
 197 setzesaktionismus setzt die FDP auf
 198 die Beseitigung von Vollzugsdefizi-
 199 ten sowie eine optimale personelle,
 200 technische und finanzielle Ausstat-
 201 tung der Sicherheitsbehörden.

1 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
2 *Innenpolitik, Unsere Argumente von A bis*
3 *Z.*
4
5 *Extremismus und Demokratie*
6 Die Thüringer FDP mahnt mehr Ge-
7 lassenheit gegenüber rechtsextremen
8 Provokationen an. Die NPD wird
9 durch Öffentlichkeitswirkung immens
10 aufgewertet. Öffentlicher Druck kann
11 dabei den Zusammenhalt innerhalb der
12 NPD stärken. Andererseits haben
13 rechtsextreme Parteien beispielsweise
14 in Sachsen-Anhalt parlamentarisch
15 versagt. Voraussichtlich wird dort
16 keine Rechts-Partei jemals wieder par-
17 lamentarisch Fuß fassen können. Die
18 DVU ist damals über ihre eigene In-
19 kompetenz gestolpert. Öffentlicher
20 Druck und "politische Panikmache"
21 nützen allerdings der NPD. Die FDP
22 spricht sich gegen eine Neuauflage des
23 NPD-Verbotsantrages ebenso aus, wie
24 gegen Verschärfungen im Versamm-
25 lungsrecht.
26 → *Beschluss des Landesfachausschuss Innen,*
27 *Justiz, Bund und Europa der FDP Thürin-*
28 *gen vom 25.1.2005.*
29
30 *NPD-Verbot*
31 Die NPD ist und bleibt eine Partei, die
32 verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.
33 Sie muss mit allen politischen und dem
34 Rechtsstaat zur Verfügung stehenden
35 Mitteln bekämpft werden. Die Be-
36 kämpfung der Ursachen ist vor allem
37 dort aussichtsreich, wo Einflussnahme
38 noch möglich ist, nämlich bei beson-
39 ders jungen Menschen.
40 Die Diskussion um das Rechtsextre-
41 mismus-Problem wird zu sehr auf
42 sozialpädagogische und rechtspoliti-
43 sche Gegenmaßnahmen beschränkt.
44 Das Problem muss dorthin, wo es
45 hauptsächlich hingehört: in die Gebiete
46 der Sozial- und der Wirtschaftspolitik.
47 Durch persönliche wirtschaftliche
48 Missverhältnisse wie Arbeitslosigkeit
49 oder Zukunftsangst steigt die Affinität
50 zu rechtsextremen Gedanken. Gute
51 Wirtschaftspolitik ist in diesem Fall ein
52 wichtiger Aspekt im Kampf gegen den
53 Rechts- aber auch den Linksextremis-
54 mus.
55
56 Ein Verbotsverfahren gegen die NPD
57 lehnt die FDP weiterhin ab. Ein Ver-
58 bot einer Partei beseitigt nicht die
59 Gesinnung ihrer Mitglieder und ist
60 daher ohnehin nur eine Bekämpfung
61 von Symptomen. Nach der schlechten
62 Erfahrung mit dem ersten Verbotsver-
63 fahren gilt für die FDP erst recht der
64 Vorrang der politischen Auseinander-
65 setzung. Die Liberalen sind nach wie
66 vor überzeugt, dass ein NPD-
67 Verbotsverfahren die rechtsradikale

68 Szene am Schluss eher stärken wird,
69 als dass es sie schwächen könnte.
70 → *Pressemitteilung: Patrick Kurth, FDP*
71 *gegen NPD-Verbotsverfahren*
72 *(26.11.2006)*
73
74 *Innere Sicherheit*
75 Der Rechtsstaat hat die selbstver-
76 ständliche Pflicht, die innere Si-
77 cherheit zu gewährleisten. Für die
78 FDP bedeutet dies vor allem, beste-
79 hende Gesetze konsequent anzu-
80 wenden und Sicherheitsbehörden
81 angemessen auszustatten. Hingegen
82 lehnt die FDP einen Wettlauf um
83 neue Gesetze und Eingriffsbefug-
84 nisse strikt ab. Genau in diesen
85 Überbietungswettbewerb aber ha-
86 ben sich die rot-grüne Koalition
87 und Union nach dem 11. September
88 2001 begeben. Die FDP fordert
89 daher eine umfassende Evaluierung
90 aller Sicherheitsgesetze sowie eine
91 Korrektur von unverhältnismäßigen
92 Einschränkungen von Bürgerrech-
93 ten. Die Liste der Fehlleistungen
94 von Rot-Grün ist lang. Hierzu zäh-
95 len die Lizenzen zum Abschluss von
96 Passagierflugzeugen (Luftsicher-
97 heitsgesetz) ebenso wie die Ab-
98 schaffung des Bankgeheimnisses,
99 der Eingriff in das Versammlungs-
100 recht oder die Einschränkung des
101 Rechtsschutzes durch das Terroris-
102 musbekämpfungsgesetz ("Schily
103 II"). Die FDP hält zudem am
104 rechtsstaatlichen Grundsatz der
105 Trennung von Polizei und Nach-
106 richtendiensten fest. Datenaus-
107 tausch ist bereits heute auf rechts-
108 staatlich geregelter Basis möglich.
109 Eine allgemeine Anti-Terror-Datei
110 ist hierzu nicht erforderlich. Strikt
111 zu trennen sind auch die Aufgaben
112 von Polizei und Bundeswehr.
113 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
114 *wort Innere Sicherheit, Unsere Argumente*
115 *von A bis Z.*
116
117 *Versammlungsrecht*
118 Die FDP Thüringen lehnt eine
119 Verschärfung des Versammlungs-
120 rechts ab. Meinungs- und Demonst-
121 rationsfreiheit sind die Grundsäulen
122 unserer demokratischen Grundord-
123 nung. Seine Meinung unabhängig
124 vom Inhalt kundzutun, bedeutet in
125 unserer gefestigten Demokratie
126 keine Gefahr für deren Bestand.
127 Die Beschränkung von Grundrech-
128 ten in einer Demokratie wäre nichts
129 anderes als Zensur und liefe somit
130 dem eigenen Selbstverständnis
131 zuwider. Das Problem rechter
132 Aufmärsche lässt sich damit nicht
133 lösen. Der Kampf mit Argumenten
134 und die konsequente Anwendung
135 des gegenwärtigen Rechts sind

136 adäquatere Maßnahmen gegen
137 rechtsextremistisches Gedankengut
138 und dessen Propaganda.
139 → *Kurth, Patrick, Presseveröffentlichung,*
140 *Gegen Verschärfungen im Versammlungs-*
141 *recht, 12. 2. 2005.*
142
143 **Kinder und Jugendliche**
144
145 *Grundpositionen*
146 Junge Menschen wollen Verantwor-
147 tung tragen und ihre Welt mit gestal-
148 ten. Die Partizipation von Kindern
149 und Jugendlichen muss nach Auffas-
150 sung der FDP auf vielfältige Weise
151 verstärkt werden: in Jugendforen
152 und -versammlungen, Schülervertre-
153 tungen, Orts-, Kreis-, Landes- und
154 Bundesjugendringen, Jugendparla-
155 menten, den Jugendorganisationen
156 der politischen Parteien und in Ju-
157 gendverbänden. Die Kinder- und
158 Jugendhilfe stellt Investitionen in die
159 Zukunft unserer Gesellschaft dar.
160 Sie darf deshalb keinen radikalen
161 Kürzungen zum Opfer fallen. Not-
162 wendig bleiben deshalb bundesein-
163 heitliche Rahmenvorgaben über
164 Ziele und Mindeststandards. Gleich-
165 zeitig sind Freiheiten und Spielräume
166 wichtig, damit über den Weg zu
167 diesen Zielen in Verantwortung und
168 Sachkompetenz vor Ort entschieden
169 wird. Zentrale Voraussetzungen zur
170 Teilhabe an unserer Gesellschaft
171 sind auch gute Bildungs- und Aus-
172 bildungsangebote für alle jungen
173 Menschen. Nur das schafft Chan-
174 cengleichheit beim Start in das ei-
175 genständige und verantwortliche
176 Leben in unserer Gesellschaft. Wir
177 brauchen daher vor allem eine besse-
178 re Bildungspolitik und erfolgreiche
179 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspoli-
180 tik. Für Jugendliche sind Ausbildung
181 und Arbeit mehr als nur die wirt-
182 schaftliche Lebensgrundlage. Sie
183 haben zentrale Bedeutung für die
184 Identitätsfindung und die Selbstver-
185 wirklichung.
186 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
187 *wort Jugendpolitik, Unsere Argumente von*
188 *A bis Z.*
189
190 *Stärkung der Kinderrechte*
191 Kinder und Jugendliche sind eigene
192 Persönlichkeiten mit eigenen Rech-
193 ten und Pflichten. Die Kinder- und
194 Jugendpolitik muss dies noch viel
195 stärker in den Mittelpunkt rücken
196 und bei allen Entscheidungen fra-
197 gen, welche Wirkungen sie für die
198 jungen Menschen von heute und
199 morgen haben. Die FDP fordert
200 deshalb eine regelmäßige offizielle
201 Generationenbilanz. Darin werden,
202 nach Jahrgängen aufgeschlüsselt, auf
203 der Habenseite Leistungen für die

1 nachrückenden Generationen - wie
 2 Ausgaben für Bildung und Kinder- und
 3 Jugendhilfe - erfasst, auf der Sollseite
 4 Belastungen wie Staatsverschuldung,
 5 Pensionslasten, und Umweltschäden
 6 ausgewiesen. Wir müssen Kinder bes-
 7 ser über ihre Rechte informieren - und
 8 Kinderrechte auch im Bewusstsein der
 9 erwachsenen Bevölkerung verankern.
 10 Zur Stärkung der Kinderrechte gehört
 11 nach den Forderungen der FDP, die
 12 deutsche Vorbehaltserklärung gegen
 13 die Kinderrechts-Konvention der
 14 Vereinten Nationen endlich aufzuhe-
 15 ben. Sie ist sachlich obsolet, schadet
 16 dem internationalen Ansehen Deutsch-
 17 lands und belastet den Dialog mit den
 18 Kinderrechtsorganistionen. Kinder
 19 haben auch ein Recht darauf, dass die
 20 Gesellschaft sie bestmöglich schützt
 21 vor Gewalt und Missbrauch sowie im
 22 Rahmen des Jugend(medien)schutzes
 23 vor sonstigen Gefahren für ihr körper-
 24 liches, geistiges oder seelisches Wohl.
 25 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 26 *Kinderpolitik, Unsere Argumente von A bis*
 27 *Z.*

29 *Familienwahlrecht*

30 Wir wollen die Einführung des Famili-
 31 enwahlrechtes, d. h. des Wahlrechtes
 32 für alle Bürger unabhängig von ihrem
 33 Alter, welches für Kinder treuhände-
 34 risch von den Sorgeberechtigten wahr-
 35 genommen werden soll.
 36 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*
 37 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004.*

39 **Kommunen und Gemeinden**

41 *Liberales Kommunalpolitik*

42 Städte, Gemeinden und Regionen
 43 gewinnen immer mehr an Bedeutung.
 44 Sie bilden die Keimzelle unseres
 45 Staatsaufbaus und sind die wichtigsten
 46 Bindeglieder zwischen Bürgern und
 47 Staat. Vor Ort entscheidet sich die
 48 soziale und kulturelle Qualität der
 49 Gesellschaft und damit die Leistungs-
 50 fähigkeit des gesamten Gemeinwesens.
 51 In den Städten und Gemeinden kön-
 52 nen am besten die Lösungen für die
 53 Probleme vor Ort gefunden werden.
 54 Der Bürger kann sich in der Gemeinde
 55 am wirkungsvollsten für die Gemein-
 56 schaftsaufgaben engagieren.
 57 Liberale Kommunalpolitik nimmt den
 58 Bürger ernst. Sie setzt auf die Selbst-
 59 verantwortung der Bürger. Die Selbst-
 60 organisation der Bürger kommt vor
 61 dem staatlichen Regelungsanspruch.
 62 Die Thüringer FDP respektiert und
 63 fördert die Freiheit der Bürger. Kom-
 64 munale Selbstverwaltung ist das Er-
 65 gebnis liberalen Gedankenguts. Der
 66 Staat muss die Rahmenbedingungen
 67 für die Selbstverwaltung des Bürgers
 68 schaffen. Einen Eingriff in den unmit-

69 telbaren Lebensbereich der Bürger
 70 lehnen wir Liberale ab.
 71 → *Beschluss Landesvorstand März*
 72 *2008*
 73
 74 *Stärkung des Brand- und Katastrophens-*
 75 *schutzes*
 76 Die Gewährleistung des Brand- und
 77 Katastrophenschutzes ist eine wichti-
 78 ge staatliche Aufgabe, die jedoch
 79 ohne das Engagement vieler ehren-
 80 amtlicher Helfer, insbesondere der
 81 Freiwilligen Feuerwehren und Hilfs-
 82 dienste, nicht zu leisten wäre. Die
 83 Thüringer FDP sieht die Stärkung
 84 des Brand- und Katastrophenschut-
 85 zes als eine kontinuierliche Aufgabe
 86 an. Besonders die Freiwilligen Feu-
 87 erwehren, die das Rückgrat des
 88 Brandschutzes in Thüringen darstel-
 89 len, sind materiell und ideell zu
 90 unterstützen.
 91 Die FDP setzt sich dafür ein, das
 92 Katastrophenschutzkonzept weiter
 93 zu entwickeln und die Ausstattung
 94 des Katastrophenschutzes weiter zu
 95 verbessern. Hierzu gehört insbes-
 96 sondere ein Konzept zum Katast-
 97 rophenschutz über Gemeinden und
 98 Kreise hinweg. Wir werden die
 99 Interkommunale- sowie die Zivil-
 100 Militärische- Zusammenarbeit in
 101 diesem Bereich intensivieren.
 102 Landesvorstand März 2008

104 *Einführung des Konnexitätsprinzip*

105 Die Lage der Kommunen hat sich
 106 in den letzten Jahren dramatisch
 107 verschlechtert. Die Folgen spüren
 108 wir täglich: Schulen und Kindergär-
 109 ten sind baufällig. Büchereien,
 110 Schwimmbäder, Museen und Thea-
 111 ter werden geschlossen. Die kom-
 112 munale Selbstverwaltung - ein
 113 Grundpfeiler unserer Verfassung -
 114 ist in Gefahr. Zu häufig haben
 115 Bund und Länder Politik zu Lasten
 116 der Kommunen gemacht. Die FDP
 117 setzt sich daher für die Einführung
 118 des Konnexitätsprinzips in das
 119 Grundgesetz ein. Danach dürfen
 120 Bund und Länder Gesetze, die die
 121 Kommunen zu Ausgaben verpflich-
 122 ten, nur noch dann erlassen, wenn
 123 sie sich an den Kosten beteiligen.
 124 Die FDP fordert eine konsequente
 125 Gemeindefinanzreform. Die Ge-
 126 werbesteuer wird durch ein eigenes
 127 Hebesatzrecht der Kommunen auf
 128 die Einkommens- und Körper-
 129 schaftsteuer und einen höheren
 130 Anteil an der Umsatzsteuer ersetzt.
 131 Ein weiteres Ziel ist die Stärkung
 132 der Wettbewerbsfähigkeit der
 133 Kommunen durch Entbürokratisie-
 134 rung und Investitionen in die städti-
 135 sche Infrastruktur. Zudem müssen
 136 Rahmenbedingungen geschaffen

137 werden, die es ermöglichen, die
 138 wirtschaftliche, gesellschaftliche und
 139 kulturelle Dynamik unserer Groß-
 140 städte zur vollen Entfaltung zu brin-
 141 gen.
 142 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 143 *wort Kommunalpolitik, Unsere Argumente*
 144 *von A bis Z.*

146 *Kommunale Selbstverwaltung*

147 Die FDP Thüringen tritt für die
 148 Stärkung des Prinzips der kommu-
 149 nalen Selbstverwaltung ein. Durch
 150 die größere Gestaltungsfreiheit wer-
 151 den die Bürger vor Ort animiert,
 152 sich wieder intensiver für die Belan-
 153 ge ihrer Gemeinde und Kommune
 154 zu engagieren. Dies stärkt das Ver-
 155 antwortungsgefühl und letztlich das
 156 Demokratiebewusstsein der Bürger.
 157 Die Kommunen und Gemeinden
 158 sind eine der wichtigsten Ebenen im
 159 föderalen Staatsaufbau. Sie sorgen
 160 für eine reibungslose Umsetzung
 161 von Landes- und Bundespolitik und
 162 zunehmend auch von EU-Politik.
 163 Sie tragen somit zur allgemeinen
 164 Handlungsfähigkeit Thüringens,
 165 Deutschlands und er EU bei. In der
 166 Vergangenheit fungierten sie aber
 167 auch immer wieder als eigenständig
 168 handelnde politische Akteure. Für
 169 die FDP Thüringen ist daher das
 170 wichtigste Ziel eine ausgewogene
 171 Kommunalpolitik, die beide Funkti-
 172 onen berücksichtigt und ihnen Raum
 173 zur Entfaltung lässt. Kommunen
 174 und Gemeinden dürfen nicht zum
 175 simplen Befehlsempfänger überge-
 176 ordneter Politik werden. Schließlich
 177 wissen die ortsansässigen Entschei-
 178 dungsträger am besten, was für die
 179 Entwicklung ihres Gebietes, ihrer
 180 Region getan werden muss. Im
 181 Rahmen des Aufbaus Ost fällt ihnen
 182 eine besondere Rolle zu. Sie können
 183 als erste durch konzertiertes und
 184 kooperierendes Handeln (z.B. ge-
 185 meinsame Senkung der Gewerbe-
 186 steuer, Absprachen für große Bau-
 187 vorhaben) die strukturellen Grund-
 188 lagen für Wachstum, Investitionen
 189 und Schaffung von Arbeitsplätzen
 190 legen.
 191 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 192 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 193 *2004, S. 21.*

195 *Finanzausstattung*

196 Die FDP Thüringen setzt sich ein
 197 für:
 198 • eine Nichterhöhung des Bundes-
 199 anteils an der Umsatzsteuer
 200 • die Abschaffung der Gewerbe-
 201 steuer
 202 • die Einführung einer Kommunal-
 203 steuer.

1 Gemeinden und Kommunen stehen
2 vor großen Herausforderungen. Viele
3 Aufgaben von Bund und Land werden
4 auf die kommunale Ebene verlagert. In
5 den letzten Jahren trat zunehmend
6 auch die Europäische Union in das
7 Blickfeld der Kommunen und Ge-
8 meinden. Sie bekommen durch die
9 EU-Regionalpolitik mehr Eigenver-
10 antwortung und einen größeren Hand-
11 lungsspielraum übertragen. Um die
12 Fülle von Aufgaben ordnungsgemäß
13 bewältigen zu können, brauchen die
14 Kommunen und Gemeinden eigene
15 Einkommensquellen und die Möglich-
16 keit, selbstverantwortlich über die
17 Verteilung zu entscheiden, um die
18 Umsetzung der Politik von Bund und
19 Land sicherzustellen.

20 → Peter, Steffen, *Presseveröffentlichung,*
21 *Geschleierter Kommunale Steuerreform, 05.08.*
22 *2003.*

24 Kreisgebietsreform (KGR)

25 Im Zusammenhang mit der Vereinfachung
26 und Effizienzsteigerung der
27 Verwaltungsstrukturen tritt die FDP
28 Thüringen für eine umfassende Kreis-
29 gebietsreform ein. Diese orientiert sich
30 an folgenden Grundsätzen:

- 31 • Zwecks besserer Transparenz und
32 Planung der Beteiligten wird die
33 Kreisgebietsreform mit konkreten
34 Terminen und Fristen versehen. Die
35 KGR wird in eine einjährige Freiwilligenphase
36 und in eine darauffolgende einjährige
37 Pflichtphase unterteilt.
38 Um den Gemeinden, Kommunen
39 und Landkreisen Planungssicherheit
40 zu gewährleisten, erhalten die neuen
41 Landkreise eine Bestandsgarantie bis
42 2020. Sie bleiben bis dahin in dieser
43 Form gültig.
- 44 • Vorrang von freiwilligen Zusammen-
45 schlüssen anstatt "Zwangsehen"
- 46 • Festlegung einer Mindesteinwohner-
47 zahl von Kreisen auf 150.000 Ein-
48 wohnern
- 49 • Festlegung einer Höchstgrenze der
50 Landkreisflächen auf 2.000 km²
- 51 • weitgehende Wahrung besonderer
52 regionaler Strukturen, Berücksichtigung
53 von Heimatidentität in den Re-
54 gionen, Einbeziehung bestehender
55 Strukturen und Planungen bei der
56 Neugestaltung
- 57 • Grundlage für die Struktur bilden die
58 gegenwärtigen vier Planungsregionen
59 in Thüringen.

60 → *Beschluss des 18. Ordentlichen Landes-*
61 *parteitag der FDP Thüringen, 12. 3.*
62 *2005, Apolda/ Pjiffelbach. Bekräftigt vom*
63 *19. Ordentlichen Landesparteitag der FDP*
64 *Thüringen, 7.10.2006, Steinbach-Hallenberg*

66 Krankenkassen

67

68 Risikostrukturausgleich

69 Die neuen Bundesländer einschließ-
70 lich Thüringen werden auf den
71 morbiditätsorientierten Risikostruk-
72 turausgleich angewiesen sein. Das
73 Bruttoinlandsprodukt dieser Bun-
74 desländer reicht noch nicht aus, die
75 Versorgung der Bevölkerung auch
76 im Hinblick auf die Altersstruktur
77 adäquat zu gewährleisten. Der ge-
78 plante Gesundheitsfond wird hohe
79 Verwaltungskosten verursachen und
80 wird von der FDP Thüringen nicht
81 favorisiert. Mittelfristig gewährt ein
82 kapitalgedecktes System eine ge-
83 rechte Behandlung der Bürger, führt
84 zu einem fairen Wettbewerb zwi-
85 schen den Krankenversicherungen
86 und zu einer Senkung der Beiträge.
87 → *Beschluss LFA IV, Januar 2005.*

88

89 Funktion von Krankenkassen

90 Die FDP Thüringen fordert die
91 Umstrukturierung des Krankenkas-
92 senwesens:

- 93 • Versicherungspflicht statt Pflicht-
94 versicherung: die Arbeitgeber zah-
95 len die Versicherungsbeiträge an
96 den Arbeitnehmer aus. Dieser
97 kann mit dem Geld und seiner
98 Versicherungspflicht in eigener
99 Verantwortung entscheiden und
100 handeln.
- 101 • Beitrags- und Leistungswettbe-
102 werb der Kassen untereinander,
103 freie Kassenwahl - kein Kassen-
104 monopol und Mindestbeiträge
- 105 • kein Unterschied zwischen priva-
106 ter und gesetzlicher Krankenver-
107 sicherung
- 108 • Offenlegung und Transparenz der
109 Finanzen durch generelle Kosten-
110 erstattung
- 111 • wirtschaftliches und auf die Kern-
112 aufgaben konzentriertes Arbeiten
113 der Krankenkassen
- 114 • Neudefinition des Leistungskata-
115 loges
- 116 → *Beschluss LFA IV, März 2005.*

118 Kriminalitätsbekämpfung

119

120 Opferschutz

121 Der Schutz und die Rechte des
122 Opfers von Gewaltverbrechen
123 gehören in den Mittelpunkt des
124 Strafverfahrensrechts. Im Strafver-
125 fahren muss daher ein möglichst
126 schonender Umgang mit Gewaltop-
127 fern im Vordergrund stehen. Jeder
128 an einem Strafverfahren Beteiligte
129 hat Anspruch auf einen fairen Um-
130 gang. Das Opfer von Gewalttaten
131 muss als eigenständige Rechtspers-
132 önlichkeit, mit eigenen subjektiven
133 Rechten, in Strafverfahren ausges-
134 tattet werden. Die FDP hat in den

135 vergangenen Jahren bereits zahlrei-
136 che Verbesserungen für Opfer
137 durchgesetzt (Opferanspruchssiche-
138 rungsgesetz, Zeugen- und Opfer-
139 schutzgesetz, Gesetz zum Schutz der
140 Bevölkerung vor Sexualstraftätern).
141 Darüber hinaus fordert die FDP die
142 Zulassung der Nebenklage sowie die
143 Bereitstellung eines Opferanwalts im
144 Jugendstrafverfahren. Eine stärkere
145 Akzentuierung der Opferinteressen
146 ist geeignet, die Einsicht und das
147 Verantwortungsbewusstsein beim
148 jugendlichen Straftäter zu fördern.
149 Zudem muss das Opferentschädi-
150 gungsgesetz auch diejenigen Fälle
151 erfassen, in denen deutsche Staats-
152 angehörige von terroristischen Ge-
153 waltakten im Ausland betroffen sind.
154 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
155 *wort Opferschutz, Unsere Argumente von*
156 *A bis Z.*

158 Kulturpolitik

159

160 Blick auf Kultur erweitern

161 Aufgrund seiner Geschichte verfügt
162 Thüringen gegenüber anderen Bun-
163 desländern über eines der dichtesten
164 Netze von Theatern, Orchestern,
165 Spielstätten, Museen, bedeutenden
166 Baulichkeiten und vielem weiterem.
167 Kultur ist dabei mehr als lediglich
168 ein Freizeitfaktor. Vielmehr ist Kul-
169 tur als Bildungs-, Wirtschafts- und
170 damit Standortfaktor zu verstehen
171 und spielt bei der Bekämpfung der
172 Abwanderung und der Förderung
173 der ländlichen Regionen eine zentra-
174 le Rolle. Kulturpolitik ist auch Bil-
175 dungspolitik. Die Geistes-, Sozial-
176 und Kulturwissenschaften sind das
177 Langzeitgedächtnis unserer Gesell-
178 schaft. Sie leisten einen unschätzba-
179 ren Beitrag zur Sicherung und Auf-
180 bereitung unseres kulturellen Erbes
181 für jetzige und künftige Generatio-
182 nen, indem sie sich mit Kulturphä-
183 nomenen unterschiedlichster Aus-
184 prägung befassen und gleichzeitig als
185 Orientierungswissenschaft die
186 Grundlagen für die Innovationsfä-
187 higkeit der Gesellschaft schaffen.
188 Die Thüringer FDP möchte die
189 reiche Kunst- und Kulturlandschaft
190 des Freistaates durch eine angemes-
191 sene Förderung der kulturellen Ein-
192 richtungen in Städten und Regionen
193 sichern und stärken. Dabei sollen
194 neue Formen der Kulturförderung
195 wie persönliche Initiative, Vereine
196 und Stiftungen besonders unterstützt
197 werden.

198 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
199 *Thüringen Gera 2007*

200

201 Grundpositionen

1 Neben der grundsätzlichen Zuständig-
 2 keit der Länder und Kommunen trägt
 3 der Bund in wichtigen Bereichen der
 4 Kultur Verantwortung: Auswärtige
 5 Kulturpolitik, Kulturförderung in der
 6 Hauptstadt und den Neuen Ländern,
 7 Förderung von national bedeutsamen
 8 Einrichtungen, die Beteiligung an der
 9 Stiftung Preußischer Kulturbesitz und
 10 an Gedenkstätten sind Beispiele für
 11 bedeutende Aufgaben des Bundes, die
 12 das Engagement der Länder ergänzen.
 13 Die Bewahrung des kulturellen Erbes
 14 und die Förderung innovativer Projek-
 15 te sind zwei Seiten einer Medaille. Eine
 16 verlässliche staatliche Förderung von
 17 Kultur ist zugleich die Grundlage für
 18 das unentbehrliche Engagement der
 19 Zivilgesellschaft. Mit einer Reform des
 20 Stiftungsrechtes möchte die FDP die
 21 Errichtung von Stiftungen erleichtern
 22 und zusätzliche Anreize für Zuwen-
 23 dungen schaffen. Eine wichtige kultur-
 24 politische Aufgabe ist die überfällige
 25 und folgerichtige Zusammenführung
 26 der beiden großen Kulturstiftungen des
 27 Bundes und der Länder. Die Kultur-
 28 förderung des Bundes in Berlin braucht
 29 endlich ein klares Konzept. Transpa-
 30 renz und Objektivität bei der Vergabe
 31 staatlicher Fördermittel sind für einen
 32 verantwortungsvollen Umgang mit
 33 Steuermitteln und eine staatsferne
 34 Förderung von Kultur unerlässlich.
 35 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 36 *Kulturpolitik, Unsere Argumente von A bis*
 37 *Z.*
 38
 39 *Kulturraumgesetz*
 40 Ein Kulturraumgesetz (wonach sich
 41 mehrere Kommunen und Landkreise
 42 zur gemeinsamen Finanzierung ihrer
 43 Kultur zusammenschließen) wird nach
 44 Ansicht der FDP der Thüringer Kul-
 45 turlandschaft in ihrer jetzigen Vielge-
 46 staltigkeit eher schaden als nützen. Die
 47 Freien Demokraten wenden sich be-
 48 sonders dagegen, dass sich der Freistaat
 49 mit einem Kulturraumgesetz aus seiner
 50 Verantwortung für Kultur zurückzie-
 51 hen würde. Die Gestaltung der Thea-
 52 ter- und Orchesterlandschaft in Thü-
 53 ringen gehört in die Kompetenz des
 54 Landes. In Thüringen würden durch
 55 ein Kulturraumgesetz Städte und Land-
 56 kreise auch ohne Theater oder Orches-
 57 ter für Kultureinrichtungen in Nach-
 58 barkreisen Gelder freigeben. Dies
 59 würde den kommunalen Solidargedanken
 60 überstrapazieren. Gleichzeitig seien
 61 langwierige und sich periodisch wie-
 62 derholende Finanzverhandlungen,
 63 kaum die Planungssicherheit der Thea-
 64 ter und Orchester erhöhen würde, zu
 65 erwarten. Die Thüringer FDP spricht
 66 sich klar für den Erhalt der Kultur in
 67 Thüringen aus und lehnt insbesondere
 68 die geplanten Einsparungen ab. Ange-

69 sichts des Landeshaushaltes von
 70 zehn Milliarden Euro und der jähr-
 71 lichen Neuverschuldung von einer
 72 Milliarde Euro sind die geplanten
 73 Streichungen von zehn Millionen
 74 Euro völlig unverhältnismäßig.
 75 → *Beschluss FDP Landesvorstand*
 76 *Thüringen Dezember 2006*
 77
 78 *Museen, Orchester und Theater*
 79 Thüringen ist geprägt von einer
 80 Vielzahl an Museen, Theater, Or-
 81 chestern und Baudenkmalern.
 82 Kunst und Kultur fungieren beson-
 83 ders in Thüringen als gesellschaftliches
 84 Gedächtnis und Ausdruck
 85 unserer Identität. In den letzten
 86 Jahren etablierten sie sich als einen
 87 wichtigen Kapitalgrundstock für
 88 den Tourismus. Kunst und Kultur
 89 müssen auch weiterhin ein selbst-
 90 verständlicher Teil der Gesellschaft,
 91 Politik und Wirtschaft bleiben. Ihre
 92 Unterstützung darf nicht nach Be-
 93 lieben an- und abgeschaltet werden.
 94 Die FDP Thüringen wird auch
 95 zukünftig pauschale Kürzung bei
 96 der Finanzierung der Theater und
 97 Orchester nicht hinnehmen. Aber:
 98 Wir brauchen eine Kulturplanung
 99 für den Freistaat, die insbesondere
 100 eine grundsätzliche Orchester- und
 101 Theaterplanung betrifft. Der Ge-
 102 setzgeber, die Verwaltung und die
 103 Kultureinrichtungen müssen eine
 104 gemeinsame Orchester- und Thea-
 105 terplanung aufstellen.
 106 Die Thüringer FDP bleibt bei ihrer
 107 Ablehnung eines sogenannten Kul-
 108 turraumgesetzes. Dadurch schiebt
 109 das Land seine Verantwortung an
 110 die Kommunen ab, der kommunale
 111 Solidaritätsgedanke wird überstra-
 112 piziert und eine zusätzliche Büro-
 113 kratiebelastung in Kauf genommen.
 114 Gleichzeitig betont die FDP Thü-
 115 ringen, dass nicht nur das Land bei
 116 der künftigen Kulturpolitik in der
 117 Pflicht ist. Auch für Theater und
 118 Orchester gelten im gewissen Rah-
 119 men Wettbewerb und Wirtschaft-
 120 lichkeit, die das Publikumsinteresse
 121 heben und andererseits die Position
 122 der Theater und Orchester stärken.
 123 → *Beschluss Landesparteitag FDP*
 124 *Thüringen 07*
 125
 126 *Staatsziel Kultur in die Verfassung*
 127 *aufnehmen*
 128 Aufgrund seiner Geschichte verfügt
 129 Thüringen gegenüber anderen Bun-
 130 desländern über eines der dichtesten
 131 Netze von Theatern, Orchestern,
 132 Spielstätten, Museen, bedeutenden
 133 historischer Baulichkeiten und
 134 vielem mehr. Die Thüringer FDP
 135 setzt sich dafür ein, dass endlich
 136 auch im Grundgesetz der Schutz

137 und die Förderung von Kultur als
 138 Staatsziel verankert wird, wie dies
 139 bereits im Kulturartikel der Europäi-
 140 schen Union (Artikel 151 des EG-
 141 Vertrages) festgeschrieben wurde.
 142 Das Grundgesetz muss um den
 143 neuen Artikel 20 b mit dem Wort-
 144 laut "Der Staat schützt und fördert
 145 die Kultur" ergänzt werde.
 146 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*
 147
 148 **Landwirtschaft**
 149
 150 *Grüne Gentechnik*
 151 Die FDP tritt für die verantwortbare
 152 Nutzung der Grünen Gentechnik in
 153 der Landwirtschaft ein. Die Potenzi-
 154 ale der Grünen Gentechnik sind
 155 vielfältig. Sie betreffen viele Lebens-
 156 bereiche und bieten Vorteile für
 157 Verbraucher, Umwelt und Landwirt-
 158 schaft: Verminderung von Umwelt-
 159 belastungen, Verbesserung der Nah-
 160 rungsmittel, Optimierung nachwach-
 161 sender Rohstoffe. Der Anbau von
 162 genetisch veränderten Kulturpflan-
 163 zen ist ethisch vertretbar. Bei Kul-
 164 turpflanzen mit besonderen Eigen-
 165 schaften, z.B. Goldener Reis, kann
 166 der Anbau ethisch geboten sein, weil
 167 durch die damit verbesserte Versor-
 168 gung mit Vitamin A vor allem Kin-
 169 der in Entwicklungsländern vor
 170 Erblindung geschützt werden. Die
 171 umfangreichen Zulassungsverfahren
 172 für genetisch veränderte Kultur-
 173 pflanzen sichern die Unbedenklich-
 174 keit der aus ihnen hergestellten Nah-
 175 rungs- und Futtermittel. Der Anbau
 176 genetisch veränderter Kulturpflan-
 177 zen bedeutet keine durch das Züch-
 178 tungsverfahren bedingte Belastung
 179 der Umwelt. Über die Einführung
 180 neuer technischer Methoden und
 181 den daraus entwickelten Produkten
 182 entscheidet der Markt. Das gilt auch
 183 für die Grüne Gentechnik. Das neue
 184 Gentechnikrecht blockiert die Grüne
 185 Gentechnik in Deutschland. Die
 186 FDP setzt sich für eine grundlegen-
 187 de und innovationsfreundliche Kor-
 188 rektur des Gentechnikrechts ein.
 189 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 190 *wort Grüne Gentechnik, Unsere Argu-*
 191 *mente von A bis Z.*
 192
 193 *Aufgabe und Bedeutung*
 194 Die FDP Thüringen plädiert für:
 195 die Entkopplung von Prämien und
 196 Produktionsleistung eine Abschaf-
 197 fung von Quoten und Marktord-
 198 nungen Zahlung einer produktion-
 199 sunabhängigen Prämie für die Pflege
 200 und Erhaltung der Kulturlandschaft
 201 den Abbau überproportionaler Be-
 202 lastung größerer Betriebe unabhän-
 203 gig von ihrer Rechtsnorm

1 die Beibehaltung der investiven Förde-
 2 rung landwirtschaftlicher Betriebe über
 3 das Landesprogramm AIP die Fortset-
 4 zung der Gemeinschaftsaufgabe "Ver-
 5 besserung der Agrarstruktur und des
 6 Küstenschutzes" die Beibehaltung von
 7 Ausgleichszahlungen für benachteiligte
 8 Betriebe den Vorzug des Vertragsna-
 9 turschutzes vor dem administrativen
 10 Naturschutz, Entschädigungsregelun-
 11 gen für alle dadurch entstehenden,
 12 zusätzlichen Auflagen eine Umsetzung
 13 der EU-Standards im Umwelt-, Tier-
 14 und Verbraucherschutzbereich in allen
 15 Ländern die Nutzung der "Grünen
 16 Gentechnik", Schaffung eines wissen-
 17 schaftlichen Vorlaufes zur Feststellung
 18 und Abwägung von Chancen und
 19 Risiken der Gentechnik
 20 die Sicherung des qualifizierten Nach-
 21 wuchses Ausbau der Berufsschule
 22 Schwerstedt und der Landwirtschaftli-
 23 chen Fachschule Stadtroda. Die Land-
 24 und Forstwirtschaft sowie die ihr vor-
 25 und nachgelagerten Industrien prägen
 26 und prägen die Kulturlandschaft und
 27 die Wirtschaftsstruktur Thüringens. Sie
 28 erfüllen vielfältige Aufgaben und sind
 29 ein unverzichtbarer Bestandteil
 30 unserer Gesellschaft und unseres Wirt-
 31 schaftsgefüges. Die Land- und Forst-
 32 wirtschaft soll auch weiterhin ein inno-
 33 vativer und gewinnbringender Wirt-
 34 schaftszweig bleiben. Die Politik muss
 35 daher einen verlässlichen Handlungs-
 36 rahmen bereitstellen, der die wirt-
 37 schaftliche Entwicklung dieser Berei-
 38 che nicht behindert. Nur eine sich
 39 selbst tragende, offene, wett- und zu-
 40 kunftsfähige Land- und Forstwirtschaft
 41 ist in der Lage, ihre Funktion in Gesell-
 42 schaft und Wirtschaft zu erfüllen.
 43 → *Presseveröffentlichung, Betriebe erhalten,*
 44 *Kulturlandschaftsprämie, Rücknahme der*
 45 *Rot-grünen Steuererhöhung, Entlastung der*
 46 *EU-Agrarreform nicht zu Lasten der deut-*
 47 *schcn Landwirtschaft, 22. 7. 2002. Pro-*
 48 *gramm der FDP Thüringen zur Wahl des 4.*
 49 *Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 9ff.*
 50
 51 *Unterstützung bei wetterbedingten Erntaus-*
 52 *fällen*
 53 Die FDP Thüringen setzt sich für die
 54 Schaffung eines Nothilfepaketes in
 55 Form von Existenz- und Kredithilfen
 56 ein. Die letzten Jahre haben ansatzwei-
 57 se erkennen lassen, welche Auswirkun-
 58 gen die Klimaveränderungen für die
 59 Landwirtschaft haben. Ernteauffälle
 60 z.B. als Folge wochenlanger Trocken-
 61 heit stellen Landwirte besonders in
 62 Ostdeutschland vor große Probleme.
 63 Ihre Finanzdecke ist zu dünn, um die
 64 Ausfälle zu kompensieren. Das Land
 65 muss konstruktive Hilfe anbieten, um
 66 auch in Zukunft die Arbeitsplätze und
 67 die Funktionsfähigkeit des landwirt-
 68 schaftlichen Sektors zu erhalten.

69 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffent-*
 70 *lichung, Nothilfepaket für Dürreschäden,*
 71 *23. 7. 2003.*
 72

73 Medien

74
 75 *Siehe auch:*

76 ➤ *GEZ*

78 *Grundpositionen*

79 Liberale Medienpolitik fördert den
 80 technischen Fortschritt und die
 81 mediale Vielfalt. Wir wollen den
 82 Prozess der Digitalisierung be-
 83 schleunigen. Investitionshemmnisse
 84 müssen abgebaut werden, um den
 85 Innovationsgeist der Wirtschaft zu
 86 stärken.
 87 Missbrauchsgefahren im Internet
 88 muss primär durch stärkere interna-
 89 tionale Zusammenarbeit, durch
 90 technische Schutzmaßnahmen und
 91 durch konsequente Selbstregulie-
 92 rung begegnet werden. Nationale
 93 Alleingänge sind dagegen meist
 94 ineffektiv, da sie der Struktur des
 95 world wide web nicht gerecht wer-
 96 den.
 97 Die digitale Welt braucht ein starkes
 98 Urheberrecht. Die Modernisierung
 99 des Urheberrechts muss deshalb
 100 zügig vollendet werden. Notwendig
 101 ist dabei vor allem ein verbesserter
 102 Rechtsschutz gegen die illegale
 103 Nutzung geschützter Werke. Au-
 104 ßerdem muss das urheberrechtliche
 105 Vergütungssystem für individuelle
 106 Lizenzmodelle geöffnet werden.
 107 Wir brauchen eine umfassende
 108 Reform des öffentlich-rechtlichen
 109 Rundfunks: Werbefreiheit, klare
 110 Definition des Programmauftrags,
 111 Sparsamkeit und eine einheitliche
 112 Aufsicht über alle Rundfunkanbieter.
 113
 114 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 115 *wort Medienpolitik, Unsere Argumente*
 116 *von A bis Z.*
 117

118 Mitteldeutschland

119
 120 *Siehe auch:*

121 ➤ *Mitteldeutsches Bundesland im*
 122 *Artikel Föderalismus*

124 *Mitteldeutscher Wirtschaftsraum*

125 Die FDP Thüringen bekennt sich
 126 ausdrücklich zum Standort Mittel-
 127 thüringen und fordert:
 128 • die Wiederbelebung der "Initiative
 129 Mitteldeutschland"
 130 • die Etablierung eines mitteldeut-
 131 schen Wirtschaftsraumes
 132 • die Stärkung des Investitions-
 133 standortes Thüringen u.a durch
 134 die Bereithaltung von Industrie-

135 großflächen von über 200 ha Grö-
 136 ße
 137 • eine Intensivierung der politischen
 138 Zusammenarbeit, um besonders
 139 auf Bundesebene den
 140 Interessen der mitteldeutschen
 141 Länder ein höheres Gewicht zu
 142 verleihen.
 143 Durch die Osterweiterung der Eu-
 144 ropäischen Union und den Beitritt
 145 der unmittelbaren Nachbarländer
 146 Polen und Tschechien verlagert sich
 147 Thüringen von dem europäischen
 148 Rand in das europäische Zentrum.
 149 Hier übernimmt es die Funktion
 150 eines Verbindungsstückes zwischen
 151 Ost und West, Nord und Süd. Ein
 152 solches Verbindungsstück muss
 153 stabil, belastbar und funktionstüchtig
 154 sein. Den Herausforderungen und
 155 Risiken dieser veränderten Aus-
 156 gangslage kann nur durch eine Bündelung
 157 aller gesellschaftlichen, politi-
 158 schen und wirtschaftlichen Kräfte
 159 begegnet werden.
 160 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 161 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 162 *2004, S. 4.*
 163

164 Mittelstand

166 *Stellung im Wirtschaftsgefüge*

167 Das Thüringer Wirtschaftsgefüge ist
 168 geprägt von mittelständischen Un-
 169 ternehmen und Handwerksbetrie-
 170 ben. Charakteristisch ist die Domi-
 171 nanz von kleinen Betrieben: Insgesamt
 172 haben in Thüringen fast 90
 173 Prozent der Unternehmen weniger
 174 als 10 Beschäftigte. Sieht man von
 175 Behörden und öffentlichen Unter-
 176 nehmungen ab, repräsentieren die
 177 Beschäftigten der 100 größten Un-
 178 ternehmen in Thüringen nur rund 9
 179 Prozent der Thüringer Arbeitneh-
 180 mer. Diese Zahlen zeigen deutlich,
 181 wer das Rückgrat der Thüringer
 182 Volkswirtschaft darstellt: es sind die
 183 Mittelständler, welche den entschei-
 184 denden Beitrag zur Schaffung und
 185 Sicherung von Arbeits- und Ausbil-
 186 dungsplätzen leisten. Sie haben sich
 187 als außerordentlich flexibel und
 188 innovativ erwiesen. Aus diesem
 189 Grund wird die FDP dem Mit-
 190 telstand besondere Aufmerksamkeit
 191 innerhalb der Thüringer Wirt-
 192 schaftspolitik zukommen lassen. Ziel
 193 ist es, das Handwerk und den Mit-
 194 telstand zu fördern, bürokratische
 195 Hindernisse zu beseitigen, den Wis-
 196 senstransfer zu unterstützen, um das
 197 Thüringer Wirtschaftsleben nachhal-
 198 tig zu beleben und die Konkurrenz-
 199 fähigkeit gegenüber dem globalisier-
 200 ten Wettbewerb zu ermöglichen.
 201 Nur mit einem starken und gesun-
 202 den Mittelstand werden in Thürin-

1 gen wieder Wachstum und Innovation
 2 möglich sein.
 3 Die FDP Thüringen spricht sich je-
 4 doch gegen eine jahrelange Förderung
 5 ohne Konzepte und festgelegte Prinzi-
 6 pien aus. Auch in diesem Bereich gilt:
 7 Konzentration der Kräfte zur Maxi-
 8 mierung der Erfolge. Die von Wirt-
 9 schaft und Politik als zukunftsträchtig
 10 erkannten Branchen müssen in die
 11 Lage versetzt werden, nach einer An-
 12 schubfinanzierung auf eigenen Beinen
 13 zu stehen. Förderungen sind daher
 14 grundsätzlich degressiv auszugestalten.
 15 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 16 *Thüringen, Gera 2007*

18 *Maßnahmen zur Erhöhung der Zahlungsmo-
 19 ral im Baugewerbe*

20 Die FDP Thüringen fordert:

- 21 • Anspruch des Bauunternehmers auf
- 22 Demontage seines Baumaterials bei
- 23 Nichterfüllung von Zahlungsver-
- 24 pflichtungen
- 25 • Einführung eines gesetzlichen Forde-
- 26 rungspfandrechtes für Subunterneh-
- 27 mer
- 28 • Absicherung des Subunternehmers
- 29 durch seine Einbeziehung als Siche-
- 30 rungsberechtigter in die Bauhand-
- 31 werkersicherungshypothek
- 32 • Erweiterung der Auskunftsmöglich-
- 33 keit bei unbekannt verzogenen
- 34 Schuldnern
- 35 • verbesserter Schutz des Subunter-
- 36 nehmers durch die Begründung einer
- 37 Schadensersatzpflicht, wenn der
- 38 Empfänger von Baugeld dieses nicht
- 39 zugunsten des Subunternehmers ver-
- 40 wendet.

41 Wir Liberalen unterstützen die Initiati-
 42 ve zur Verbesserung des Gesetzes
 43 hinsichtlich der Beschleunigung fälliger
 44 Zahlungen. Die Position der Bauunter-
 45 nehmer und Subunternehmer bei der
 46 Eintreibung berechtigter Forderungen
 47 muss gestärkt werden. Von schlechter
 48 Zahlungsmoral können alle Firmen
 49 getroffen werden. Besonders aber für
 50 kleine und mittlere Unternehmen be-
 51 deutet sie oftmals das wirtschaftliche
 52 Ende. Deshalb setzt sich die FDP
 53 Thüringen für die Errichtung eines
 54 Fonds ein, welcher unverschuldet in
 55 Liquiditätsprobleme geratenen Firmen
 56 helfen soll.
 57 → *Wahlprogramm der FDP Thüringen*
 58 *2004..*

60 *Rechtssicherheit für Familienmitglieder in*
 61 *Familienbetrieben*

62 Rechtssicherheit für Familienmitglieder
 63 in Familienbetrieben
 64 In Familienbetrieben mitarbeitenden
 65 Familienangehörigen wird immer wie-
 66 der die Auszahlung von Arbeitslosen-
 67 geld durch die Bundesagentur ver-

68 wehrt, obwohl sie jahrelang Versi-
 69 cherungsbeiträge in dem Glauben
 70 zahlten, als Angestellte versiche-
 71 rungspflichtig zu sein. Grund dafür
 72 ist, dass im Zeitpunkt einer anstei-
 73 henden Auszahlung eine Statusprü-
 74 fung der Bundesagentur oder der
 75 Rentenversicherung zu dem Ergeb-
 76 nis kommen kann, dass eine Person
 77 zwar jahrelang Beiträge eingezahlt
 78 hat, aber gar nicht sozialversiche-
 79 rungspflichtig gewesen ist. Insbe-
 80 sondere Unternehmerfrauen, die im
 81 Familienbetrieb mitarbeiten, werden
 82 von dieser Problematik betroffen.
 83 Rechtsunsicherheit besteht diesbe-
 84 züglich für Arbeitnehmer, die vor
 85 dem 1. Januar 2005 Arbeitsverträge
 86 abgeschlossen haben, denn hier
 87 wurde keine automatische Status-
 88 feststellung durchgeführt.
 89 Dazu vertritt die FDP folgende
 90 Position:
 91 Personen, die im Einverständnis mit
 92 den Sozialversicherungsträgern
 93 Beiträge in die Arbeitslosen- und
 94 Rentenversicherung eingezahlt
 95 haben in dem Glauben, sie seien
 96 sozialversicherungspflichtig, erwer-
 97 ben einen Anspruch auf den Erhalt
 98 von Arbeitslosengeld und Rente.
 99 Wenn sich bei einer späteren Prü-
 100 fung der Arbeitnehmereigenschaft
 101 durch die Krankenkassen oder die
 102 Rentenversicherung herausstellt,
 103 dass die einzahlende Person doch
 104 nicht versicherungspflichtig war,
 105 kann diese Person wählen, ob sie
 106 ihren Anspruch auf Sozialversiche-
 107 rungsleistung geltend machen oder
 108 ihre Beiträge zurückfordern möch-
 109 ten.

110 → *Beschluss Landesvorstand FDP-*
 111 *Thüringen März 2008*

113 *Reorganisation der Thüringer Kammern*

114 Die FDP Thüringen setzt sich für
 115 eine Reorganisation der Hand-
 116 werkskammern und Industrie- und
 117 Handelskammern mit dem Ziel des
 118 effektiven Einsatzes der Haushalt-
 119 mittel, Senkung der Beiträge und
 120 steigender Servicequalität für die
 121 Mitgliedsunternehmen ein. Die
 122 jeweils drei Handwerkskammern
 123 bzw. Industrie- und Handelskam-
 124 mern haben zu fusionieren. Gleich-
 125 zeitig sind ihre Strukturen derart zu
 126 reformieren, dass nur wesentliche
 127 Aufgaben wie z.B. Ausbildung,
 128 betriebswirtschaftliche Beratung
 129 etc., erledigt werden. Das Land
 130 Thüringen leistet sich den Luxus,
 131 jeweils drei Handwerkskammern
 132 bzw. drei Industrie- und Handels-
 133 kammern zu unterhalten. Allein
 134 diese Struktur verschlingt einen
 135 hohen Anteil der Beitragsmittel. Die

136 dann fusionierten Kammern sollten
 137 sich auf das Wesentliche ihrer Kern-
 138 aufgaben beschränken, zu nennen
 139 sind hier die Gründungs- bzw. Kri-
 140 senberatung oder auch die Lehr-
 141 lingsausbildung sowie Qualifizie-
 142 rungs- und Weiterbildungsmaßnah-
 143 men für Mitarbeiter, z. B. Meister
 144 oder Betriebswirte. Es soll auch
 145 kontrolliert werden, dass die Haus-
 146 haltsmittel nur im Sinne der Mitglie-
 147 der verwendet werden sowie die
 148 Funktionsträger und Angestellten
 149 der Kammern exklusiv für die Mit-
 150 gliedsunternehmen tätig sind.

151 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 152 *Thüringen Gera 2007*

154 *Mitgliedschaft in IHK und Handwerks-*
 155 *kammern*

156 Die FDP Thüringen lehnt eine
 157 Pflichtmitgliedschaft von Unter-
 158 nehmen in den Industrie- und Han-
 159 delskammern ab bzw. Handwerks-
 160 kammern ab. Das Kammerwesen
 161 muss auf der Grundlage des
 162 Wettbewerbsgedanken reformiert
 163 werden. Dazu sollen die Kammern
 164 in privatrechtlich organisierte Verei-
 165 ne überführt werden. Sie können
 166 sich dann akkreditieren, um staatli-
 167 che Aufgaben wahrzunehmen. Jeder
 168 Unternehmer muss einzig auf der
 169 Basis eines Nutzens für ihn über
 170 eine Mitgliedschaft entscheiden
 171 können. Jeder Unternehmer muss
 172 einzig auf der Basis eines Nutzens
 173 für ihn über eine Mitgliedschaft
 174 entscheiden können. Unternehmen,
 175 die sich für eine Nichtmitgliedschaft
 176 entschieden haben, müssen bei
 177 Inanspruchnahme von Dienstleis-
 178 tungen einen erhöhten Preis zahlen.
 179 Die Mitgliedschaft von Unterneh-
 180 men zu den Kammern ist nicht
 181 räumlich beschränkt.

182 Des Weiteren haben die drei Hand-
 183 werkskammern bzw. Industrie- und
 184 Handelskammern zu fusionieren, um
 185 eine Senkung der Kosten sowie eine
 186 Steigerung der Servicequalität herbei
 187 zu führen.

188 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 189 *Thüringen Gera 2007*

191 **Patient**

193 *Patientenverfügung*

194 Die FDP fordert eine gesetzliche
 195 Regelung für Patientenverfügungen.
 196 Mit einer Patientenverfügung soll
 197 eine Entscheidung für eine mögliche
 198 spätere Behandlungssituation zu
 199 einem Zeitpunkt getroffen werden,
 200 in dem der Verfügende selbst noch
 201 einsichts- und einwilligungsfähig ist.
 202 Die Patientenverfügung soll schrift-
 203 lich verfasst werden. Nur wenn eine

1 Patientenverfügung nicht vorliegt,
2 kommt ein Handeln entsprechend dem
3 vormals mündlich geäußerten Willen
4 oder entsprechend dem mutmaßlichen
5 Willen des Patienten in Betracht. Der
6 in einer Patientenverfügung niederge-
7 legte Wille des Patienten ist gegenüber
8 jedermann bindend. Entscheidend ist
9 für die FDP, dass Therapiebegrenzun-
10 gen und Therapieverbote durch Patien-
11 tenverfügungen für jeden Zeitpunkt
12 eines Krankheitsverlaufs möglich sein
13 müssen. Eine Begrenzung der Reich-
14 weite einer Patientenverfügung auf
15 Prognosen, die absehbar und trotz
16 Behandlung zum Tode führen, wider-
17 spricht dem Selbstbestimmungsrecht
18 des Menschen. Beim Fehlen einer
19 schriftlichen Patientenverfügung sowie
20 bei Dissens zwischen Arzt, Angehörigen
21 und Betreuer oder Bevollmächtigtem
22 ist das Vormundschaftsgericht
23 stets anzurufen..

24 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unsere*
25 *Argumente K bis Z*

26 Status

27 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

- 28 • Versicherungspflicht statt Pflichtver-
- 29 sicherung,
- 30 • Einführung von Wahlтарifen mit
- 31 Elementen der Eigenbeteiligung und
- 32 der Präventionsvergütung,
- 33 • Privatisierung des Krankengeldes und
- 34 der Unfallversicherung,
- 35 • die freie Arztwahl und die Stärkung
- 36 der Hausärzte,
- 37 • mehr Kostentransparenz: Der Patient
- 38 bekommt nach dem Arztbesuch eine
- 39 Rechnung über alle Leistungen und
- 40 Kosten, mit der er dann zwecks Kos-
- 41 tenrückerstattung zu seiner Kranken-
- 42 kasse geht.

43 Der Patient hat ein Anrecht darauf,
44 sich medizinische und versicherungs-
45 technische Leistungen nach eigenen
46 Wünschen und Bedürfnissen zusam-
47 menzustellen. Darüber hinaus hat er
48 das Recht, zu erfahren, wie sich die
49 Kosten für die Behandlung und die
50 weiteren Leistungen zusammensetzen
51 und wofür seine Krankenkassenbeiträge
52 verwendet werden. Das Verhältnis
53 von Patient - Arzt - Krankenkasse
54 muss diesen Ansprüchen genügen.

55 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*
56 *fentlichung, Gesundheitspolitik zu neuen*
57 *Ufern, 11. 12. 2003. Programm der FDP*
58 *Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Land-*
59 *tages, Erfurt 2004, S. 18f.*

60 Pflegeversicherung

61 Systemwechsel und individuelle Anpassung

62 Die FDP Thüringen plädiert für eine
63 Kombination aus kollektiver, umlage-
64 finanzierter Basissicherung und kapi-

65 talgedeckter Privatversicherung. Die
66 individuelle Vorsorge soll besonders
67 bei der ersten Pflegestufe zum Tra-
68 gen kommen. Ambulante Betreu-
69 ung soll Vorrang vor stationärer
70 Pflege haben. Die Eigenständigkeit
71 soll möglichst lange bewahrt wer-
72 den. Auch neue Formen der
73 Betreuung wie z.B. Senioren-
74 Wohngemeinschaften sollten ver-
75 stärkt genutzt werden. Kassenlei-
76 stungen hingegen sollten sich auf die
77 Schwer- und Schwerstpflegebedürf-
78 tigen konzentrieren, um eine dauer-
79 haft tragfähige Sicherung der Bei-
80 tragsstabilität und eine fachgerechte
81 Versorgung zu erreichen. Die ge-
82 planten Pflegestützpunkte führen zu
83 Bürokratie und Mehrkosten. Man
84 sollte auf vorhandene Strukturen
85 aufbauen. Bei Bedarf können die
86 Kommunen entsprechende Ange-
87 bote (z.B. in Bürgerbüros) bereit-
88 stellen.

89 Den Veränderungen in der Bevöl-
90 kerungsentwicklung muss auch im
91 Bereich der Pflege und Betreuung
92 Rechnung getragen werden. Die
93 Anzahl derer wächst, die im fortge-
94 schritteneren Alter nicht mehr
95 ausreichend für sich sorgen kann.
96 Eine Neuordnung bei der Absiche-
97 rung des Pflegerisikos ist zwingend
98 erforderlich. Dem Einzelnen soll
99 und muss mehr Eigenverantwortung
100 übertragen werden, so dass er
101 die für sich passende Pflege und
102 Betreuung im Bedarfsfall erhält.
103 → *Beschluss LFA IV, März 2005..*

104 Politische Kultur & politisches 105 System

106 Grundgedanken

107 Deutschland hat sich seit dem Ende
108 des Zweiten Weltkrieges sehr ver-
109 ändert. Es ist reifer und verantwortungsbewusster geworden. Diese
110 Veränderungen trägt unser Land in
111 das 21. Jahrhundert. Ein Jahrhun-
112 dert, welches uns mit Herausforde-
113 rungen und Risiken konfrontiert,
114 die wir nur mit tragfähigen politi-
115 schen Strukturen erfolgreich besteh-
116 en werden. Jeder einzelne Bürger
117 bekommt mehr Verantwortung für
118 sich selbst, aber auch für den Fort-
119 bestand von Freiheit und Demokratie.
120 Deutschland muss alle motivie-
121 ren und unterstützen, dieses neue
122 Verantwortungsbewusstsein anzu-
123 nehmen und zu leben.

124 *Abgeordnetenentschädigung*

125 Die Kritik an der Abgeordnetenver-
126 sorgung beginnt meist mit dem
127 Vorwurf der Selbstbedienung, da
128 die Abgeordneten selbst über Struk-

129 tur und Umfang der Bezüge ent-
130 scheiden. Die Abgeordnetenent-
131 schädigung orientiert sich an den
132 Bezügen von obersten Bundesrich-
133 tern. Es ist jedoch ein Irrweg, Abge-
134 ordnete wie Beamte zu behandeln
135 und ihre Diäten an bestimmte Be-
136 soldungsgruppen zu koppeln. Die
137 FDP fordert daher schon seit lan-
138 gem eine strukturelle Reform der
139 Abgeordnetenentschädigung. Wir
140 fordern die Einsetzung einer unab-
141 hängigen Sachverständigenkommis-
142 sion, die vom Bundespräsidenten
143 berufen wird. Die Kommission soll
144 jährlich die Diätenhöhe verbindlich
145 festsetzen. Nur so kann der Vorwurf
146 der Selbstbedienung entkräftet wer-
147 den und damit das Ansehen des
148 Bundestages insgesamt gestärkt
149 werden. Die Kommission soll dar-
150 über hinaus auch Vorschläge zur
151 Reform der Alterssicherung für
152 Abgeordnete erarbeiten. Wir fordern
153 eine größere Eigenverantwortung
154 der Abgeordneten für ihre eigene
155 Altersversorgung und eine Abkehr
156 vom beamtenrechtlichen Pensions-
157 anspruch. Die Abgeordnetenent-
158 schädigung soll die wirtschaftliche
159 Unabhängigkeit des Abgeordneten
160 während des Mandats sichern und
161 nicht im Alter.

162 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
163 *wort Abgeordnetenentschädigung, Unsere*
164 *Argumente von A bis Z.*

165 *Parlament und Regierung*

166 Die FDP Thüringen lehnt eine Ver-
167 längerung der Legislaturperiode des
168 Bundestages ab. Seine Handlungsfä-
169 higkeit ist durch die 4-Jahresdauer
170 nicht beeinträchtigt. Für Thüringen
171 fordern wir die ernsthafte Diskussio-
172 on um eine Verkleinerung des Land-
173 tages. Dabei darf auch das Thema
174 um Verkleinerung des Landtages
175 nicht ausgespart werden.

176 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
177 *Abfuhr für Verlängerung der Legislatur,*
178 *26. 12. 2005. Kurtb, Patrick, Pressever-*
179 *öffentlichung, Landtagsverkleinerung,*
180 *Feierabendparlament, Länderfusion,*
181 *19.2.2007*

182 *Vergangenheitsüberprüfung von Mandats-* 183 *trägern*

184 Die FDP Thüringen begrüßt eine
185 Vergangenheitsüberprüfung hin-
186 sichtlich einer eventuellen Stasimit-
187 arbeit anhand der Rosenholzkartei-
188 en. Eine derartige "Durchleuchtung"
189 ist für demokratische und rechts-
190 staatliche Parteien eine Selbstver-
191 ständlichkeit. Abgeordnete sollen
192 dabei aber nicht unter Generalver-
193 dacht gestellt werden. Vielmehr
194 handelt es sich um das aktive Vorle-

1 ben jener Prinzipien, welche das Fundament unseres Landes bilden.
 2
 3 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Überprüfung notwendig, 8. 10. 2003.*

7 **Rauchverbot**

9 *Kein striktes Rauchverbot in Gaststätten*

10 Die Thüringer FDP ist gegen strikte
 11 Rauchverbote in Gaststätten. Die FDP
 12 Thüringen begrüßt Maßnahmen, die
 13 dazu beitragen, dass weniger geraucht
 14 wird. Hierzu zählen auch Rauchverbote
 15 in öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfen,
 16 Flughäfen usw. Insbesondere in
 17 Kinder- und Jugendeinrichtungen und
 18 Schulen ist das Rauchverbot durchzusetzen.

20 Ein totales Rauchverbot im Gastronomiegewerbe ist indes problematisch.

22 Ob in Restaurants oder Bars geraucht
 23 werden darf, entscheiden die Betreiber
 24 und Kunden gleichzeitig. Ein Verbot in
 25 sämtlichen gastronomischen Einrichtungen
 26 werde zu erheblichem Schaden
 27 bei kleineren Kneipen führen. Wirte
 28 sollten stattdessen selbst entscheiden,
 29 ob sie das Rauchen erlauben oder
 30 nicht. Ein striktes Verbot bedroht viele
 31 Gaststätten in ihrer Existenz. Etwa die
 32 Hälfte der Thüringer Kneipen könnte
 33 bei einem ausnahmslosen Rauchverbot
 34 ihren Betrieb einstellen. Davon geht
 35 auch der Hotel- und Gaststättenverband
 36 in Thüringen aus. Die FDP Thüringen
 37 setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht
 38 ein. Vor Betreten einer Kneipe muss
 39 klar sein, ob es sich um ein Raucher-
 40 oder ein Nichtraucherlokal handelt.

42 Für Raucherkneipen fordern die Liberalen,
 43 die technischen Möglichkeiten zur Be-
 44 und Entlüftung auszuschöpfen. Danach
 45 müssen Gastwirte, die sich für den Betrieb
 46 einer Rauchergaststätte entscheiden,
 47 auch verpflichtet werden, Entlüftungsanlagen
 48 einzubauen und zu betreiben.

50 → *Beschluss des FDP-Landespartei Rates vom 26.3.2007.*

53 **Rechtspolitik**

55 *Balance zwischen Freiheit und Sicherheit*

56 Der Rechtsstaat ist der Garant für die
 57 Freiheit einer offenen Bürgergesellschaft.
 58 Ziel liberaler Rechtspolitik ist es, dass
 59 der Rechtsstaat die Freiheit und die
 60 Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger
 61 möglichst umfassend schützt. Dazu gehört
 62 auch, dass die Kluft zwischen grundgesetzlich
 63 garantierten Rechtspositionen und der gelebten
 64 Wirklichkeit geschlossen wird. Zu einer
 65 Rechtsordnung, die der Bürger als richtig
 66 und gerecht anerkennt, gehört auch ihre
 67 Durchsetzung und da-

69 mit der Schutz vor Straftaten und
 70 Kriminalität. Der Staat muss daher
 71 über die geeigneten Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung
 72 und Strafverfolgung verfügen. Der Gesetzgeber
 73 muss im Spannungsfeld zwischen
 74 Freiheit und Sicherheit die richtige
 75 Balance finden. Der Staat hat daher
 76 dafür Sorge zu tragen, dass der
 77 Gerichtsschutz für die Bürger gewährleistet
 78 ist. Wir brauchen eine funktionierende
 79 Justiz, um die Freiheit zu sichern,
 80 um Rechtsfrieden und Rechtsschutz
 81 in der Gesellschaft - auch gegenüber dem
 82 Staat - zu gewährleisten. Die Modernisierung
 83 der Justiz ist daher eine wichtige Aufgabe,
 84 um die Qualität und Leistungsfähigkeit
 85 des Rechtsstaats zu sichern und zugleich
 86 die Gerichte zu entlasten.

90 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort
 91 Rechtspolitik, Unsere Argumente von A bis Z.*

94 *Stärkung des Rechtsbewusstseins*

95 Die FDP Thüringen fordert:

- 96 • eine konsequente Anwendung bestehender Gesetze
- 97
- 98 • eine sofortige Bestrafung von Tätern
- 99
- 100 • Kriminalitätsprävention durch eine höhere
 101 Polizeipräsenz, einen effektiveren
 102 Polizeieinsatz und Aufklärung
- 103
- 104 • Erziehung zu einem entsprechenden
 105 Rechtsbewusstsein im Elternhaus, im
 106 Vorschulbereich und an Schulen.

108 Die Anforderungen für eine Sicherheitspolitik
 109 ergeben sich aus dem Anspruch, den
 110 Bürgern soviel Freiheit wie möglich zu
 111 gewähren, dabei aber ein Mindestmaß an
 112 Ordnung für die gesamtgesellschaftliche
 113 und staatliche Stabilität zu erhalten. Bei
 114 Zuwiderhandlungen und dem Verletzen
 115 individueller Freiheitsrechte muss der
 116 Staat schnell und unmittelbar handeln
 117 und die Achtung der Freiheitsrechte
 118 wiederherstellen und das Vertrauen der
 119 Bürger in den Rechtsstaat bestätigen. Das
 120 Eintreten für die Verteidigung von
 121 Freiheitsrechten schließt auch den Schutz
 122 des Bürgers vor einem zu übermäßigen
 123 Zugriff des Staates auf ihn ein. Der
 124 Staat darf nicht das Recht besitzen,
 125 sein Gewaltmonopol zur Einschränkung
 126 der Bürger- und Freiheitsrechte zu
 127 missbrauchen.

131 → *Programm der FDP Thüringen zur
 132 Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt
 133 2004, S. 19f.*

135 *Stärkung der Prävention*

136 Die FDP Thüringen fordert:
 137 • eine höhere Polizeipräsenz auf
 138 Thüringer Straßen
 139 • einen Verwaltungsabbau im aktiven
 140 Polizeidienst, um mehr Polizisten für
 141 ihre eigentliche Tätigkeit einsetzen zu
 142 können
 143 • eine Verbesserung der grenzüberschreitenden
 144 Datenweitergabe
 145 • keine Verharmlosung von "Bagatelldelinquenz"
 146
 147 • die Umstellung des Polizei- und
 148 Katastrophenfunks auf Digitaltechnik
 149
 150 • keine Übernahme hoheitlicher Aufgaben
 151 durch private Personen oder Unternehmen
 152
 153 • die Bekämpfung der vielfältigen Ursachen
 154 von Kriminalität durch die Schaffung von
 155 Perspektiven, einer konsequenten
 156 Vermittlung rechtsstaatlicher und allgemein
 157 akzeptierter Wertvorstellungen in Familie,
 158 Schule und Gesellschaft, nachhaltige
 159 Integration von Ausländern und Spätaussiedlern.
 160
 161 Kriminalität bzw. Kriminalitätsbekämpfung
 162 beginnen nicht erst mit der Festnahme
 163 des Täters und dessen Überführung in den
 164 Strafvollzug. Am Anfang stehen Aufklärung
 165 und Vorbeugung. Ziel muss es sein, möglichst
 166 viele Quellen für Delikte und Straftaten im
 167 Vorfeld auszuschalten.
 168
 169 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl
 170 des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004,
 171 S. 20.*

175 *Zeitnahe Bestrafung*

176 Die FDP Thüringen fordert:
 177 • eine zeitnahe Bestrafung durch umfassende
 178 Anwendung beschleunigter Strafverfahren
 179
 180 • die Stärkung des Opferschutzes, verbesserte
 181 Form des Opfer-Täter-Ausgleichs
 182
 183 • die Beibehaltung und Reformierung des
 184 Jugendstrafrechts
 185
 186 • die Stärkung des Erziehungsgedanken im
 187 Jugendstrafrecht: Anordnung von
 188 Erziehungshilfen auch gegen den Willen
 189 der Eltern
 190 • die Errichtung neuer Jugendvollzugsanstalten
 191
 192 • die Schaffung von Perspektiven durch
 193 verstärkte soziale Reintegrationsmaßnahmen.
 194
 195 Der Strafvollzug ist die stärkste Waffe
 196 eines Rechtsstaates, Gesetzesverstöße zu
 197 ahnden und Straftäter ihre Grenzen
 198 aufzuzeigen. Da er das Leben der
 199 Betroffenen - Opfer und Täter -
 200 einschneidend verändert, sollte er sorgfältig
 201 und mit

1 Bedacht eingesetzt werden. Er muss
2 einerseits wirkungsvoll bestrafen, andererseits sollte er Wege für eine Rückkehr in die Gesellschaft bereithalten.
3
4 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 20.*

9 Religionen

11 *Verfassungskonformität von Religionsgemeinschaften*

12 Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie das Recht auf freie Religionsausübung sind zentrale Elemente eines freiheitlichen Rechtsstaats. Jeder Einzelne soll nach seiner Glaubensüberzeugung leben können. Religionsfreiheit ist nicht schrankenlos. Alle Religionsgemeinschaften müssen sich klar und deutlich zur verfassungsgemäßen Ordnung bekennen und dürfen gegen diese nicht verstoßen. Die FDP anerkennt die wegweisenden Leistungen der christlichen Kirchen im karitativen Bereich wie auch als Träger von Schulen und Kindertagesstätten. Sie bekennt sich zum christlichen Erbe in Kultur, Geschichte und Wertvorstellungen Deutschlands und Europas. Das Wiedererstarken jüdischen Lebens in Deutschland begrüßt die FDP. Die FDP setzt sich außerdem für die Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft, die Einführung islamischen Religionsunterrichts und die Errichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen ein. Eine liberale Gesellschaft braucht solide Wertgrundlagen: Die FDP unterstützt die Religionsgemeinschaften in ihrem Streben nach der Verankerung von Werten und sittlichen Normen durch einen offenen und konstruktiven Dialog.

46 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort Religion, Unsere Argumente von A bis Z.*

49 Rentensystem

51 *Stabile Beiträge - Sichere Renten*

52 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

54 1. Rentensystem

- 55 • einen Systemwechsel: Finanzierung der Rentenkasse aus dem Steueraufkommen statt durch Beiträge,
- 56 • die Einführung des Bürgergeldes zur Absicherung der Rentenansprüche,
- 57 • die Abschaffung subventionierter Frühverrentung,
- 58 • keine Anhebung des Rentenalters und
- 59 • schrittweise Angleichung der Rentenwerte Ost/West innerhalb der nächsten Legislaturperiode.

67 2. Beitragszahler

- 68 • die Stärkung der eigenen, kapitalgedeckten Altersvorsorge,
- 69 • eine attraktive Gestaltung privater Vorsorgemodelle ohne bürokratische Hindernisse,

- 73 • die Unterstützung des Erwerbes von Wohneigentum als Bestandteil der Altersvorsorge und

- 76 • einen stabilen Rentenversicherungsbeitrag von maximal 20 Prozent.

79 3. Rentenempfänger

- 80 • kein Absenken des Rentenniveaus auf 40 Prozent des Bruttolohns
- 81 • keine Rentenkürzungen bei Kinderlosen
- 82 • keine Nullrunden für Rentner im Osten Deutschlands: Rentenzahlung weiter mit Inflationsanhebung.

88 Die Achtung der Menschenwürde hört mit dem Eintritt in das Rentenalter nicht auf. Für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter gehören vor allem ein Mindestmaß an finanzieller Sicherheit und finanziellem Spielraum. Die gegenwärtige Form der Altersversorgung ist nicht zukunftsfähig. Wir Liberale setzen uns für einen grundlegenden Systemwechsel ein. Unser angestrebtes Modell gewährleistet Generationengerechtigkeit in beide Richtungen, für Beitragszahler und Rentenempfänger. Langfristig jedoch ist neben dem Systemwechsel eine moderne und tragfähige Familienpolitik unabdingbar, die für ein ausgeglichenes Verhältnis der jüngeren und älteren Generation sorgt.

108 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Keine Nullrunde für Ostrentner, 21. 10. 2003*
109 *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Berentung nicht nach Kassenlage führen, 6. 11. 2003.*
110 *Möller, Andreas, Presseveröffentlichung, Moralisch nicht zu vertreten, 18. 3. 2006.*

116 *Gegen die Schließung von Gerichtsstandorten*

117 Die FDP Thüringen wendet sich entschieden gegen die Schließung von Gerichtsstandorten in Thüringen (z.B. Landgericht Mühlhausen, Amtsgericht Stadtroda) zum Nachteil der Rechtssuchenden, bevor nicht die für Juni 2005 anberaumte Justizministerkonferenz des Bundes und der Länder konkrete Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die geplante große Justizreform (Zusammenfassung und Einordnung von Fachgerichtsbarkeiten, Wegfall einer Rechtsmittelinstanz, Übertragung von Teilen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare etc.) vorgelegt hat.

135 → *FDP Landesvorstand/ Landesfachausschuss Justiz, Innen, Bund und Europa, Antrag Nr. 21, Schließung von Gerichtsstandorten in Thüringen, 18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Pffiffelbach.*

143 Schulsystem

145 *Grundschule*

146 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

- 148 • die Verlängerung der Grundschulstufe von vier auf sechs Jahre, um eine den persönlichen Fähigkeiten des Kindes entsprechende Schulwahl treffen zu können

153 eine flexible Schuleingangsphase und Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, um bestehende Talente so früh wie möglich in den dafür vorhandenen Einrichtungen zu fördern. In der ersten Schulstufe werden die Grundlagen für das Lesen, Schreiben, Rechnen und das Erlernen einer ersten Fremdsprache gelegt. Schule und Elternhaus tragen in dieser Zeit gemeinsam zur Persönlichkeitsentwicklung des Kindes bei. Die Vermittlung sozialer Kompetenzen wie Eigenständigkeit und Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Solidarität und Freiheitsbewusstsein spielen dabei eine ebenfalls sehr wichtige Rolle. Aktuell findet in der FDP Thüringen eine inhaltliche Überarbeitung des Themas statt.

174 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentlichung, Krapps Schulgesetz ist nur ein Beginn, 4. 9. 2002. Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 14.*

180 *Regelschule*

181 Die FDP Thüringen fordert:

- 182 • eine stärkere Berufsorientierung und Erhöhung des Praxisbezuges in den Schulen durch eine engere Kooperation mit der Wirtschaft
 - 183 • eine frühere Informationsvermittlung an den Schulen über Inhalt und Anforderungsprofil der verschiedenen Ausbildungsbereiche
- 190 Regelschulen sowie das Gymnasium bilden das Fundament für eine differenzierte, leistungsabhängige Vermittlung von Fachwissen und der Methodik, die gewonnenen Erkenntnisse wirksam anzuwenden, zu erweitern und zu vertiefen. Der an einer Regelschule erworbene Abschluss soll für das Erlernen eines Berufes qualifizieren. Spezialisierte Facharbeiter mit hohem technischen, kaufmännischen oder praktischen Fähigkeiten brauchen kein

1 Abitur. Das verzögert den Eintritt in
 2 das Erwerbsleben und belastet die
 3 Sozialsysteme. Die erforderliche Wei-
 4 terbildung kann und soll im Beruf
 5 erfolgen.
 6 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
 7 *Schulbildung schadet nicht, 15. 10. 2003.*
 8 *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des*
 9 *4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 14.*
 10
 11 *Gymnasium*
 12 Die FDP Thüringen tritt ein für die:
 13 • Spezialisierung und Profilierung der
 14 Gymnasien
 15 • Stärkung des Auswahlrechts der
 16 Schulen durch die Schaffung von
 17 Aufnahmekriterien und Durchfüh-
 18 rung von Aufnahmeprüfungen
 19 • Festlegung von zu absolvierenden
 20 Pflichtfächern
 21 Der Besuch eines Gymnasiums dient
 22 der direkten Vorbereitung eines Hoch-
 23 schulstudiums. Die Zugangsbarrieren
 24 müssen erhöht werden, um denen, die
 25 ein Studium anstreben, eine angemes-
 26 sene und umfassende Betreuung ange-
 27 deihen zu lassen.
 28 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentli-*
 29 *chung, Krapps Schulgesetz ist nur ein Beginn,*
 30 *4. 9. 2002. Programm der FDP Thüringen*
 31 *zur Wahl des 4. Thüringer Landtages,*
 32 *Erfurt 2004, S. 15.*
 33
 34 *Frühkindliche Bildung*
 35 Bildung ist das zentrale Bürgerrecht,
 36 das die Lebenschancen von jungen
 37 Menschen und die Zukunftschancen
 38 unseres Landes bestimmt. Schlechte
 39 PISA-Ergebnisse, ein katastrophaler
 40 baulicher Zustand vieler Schulen und
 41 Hochschulen, mangelnde Ausbildungs-
 42 reife von 20-25 Prozent eines Jahrgan-
 43 ges und ca. 80.000 Jugendliche ohne
 44 Schulabschluss pro Jahr sind Alarmzei-
 45 chen. Unsere Kindergärten, Schulen
 46 und Hochschulen sind durch Bürokratie
 47 und Vorschriften gefesselt. Die
 48 FDP will für alle Einrichtungen eine
 49 hohe Selbstständigkeit. So können sie
 50 sich nach den jeweiligen Bedingungen
 51 optimal organisieren. Frühkindliche
 52 Bildung ist für die FDP besonders
 53 wichtig. Wir wollen faire Chancen für
 54 jedes Kind von Anfang an. Deshalb
 55 wollen wir den verbindlichen Besuch
 56 einer Startklasse ab 5 Jahren, vor der
 57 ersten Klasse, mit klarem pädagogi-
 58 schem Auftrag. Frühe Sprachtests
 59 bilden die Voraussetzung, jedes Kind
 60 individuell zu fördern. Die chronische
 61 Unterfinanzierung der Bildung in
 62 Deutschland muss beendet werden.
 63 Nur ca. 4,5 Prozent des Bruttoinland-
 64 produkts werden in Deutschland aus
 65 öffentlichen Haushalten für Bildung
 66 und Ausbildung ausgegeben. Dies ist
 67 weit unter dem europäischen Durch-

68 schnitt von ca. 4,9 Prozent. Die
 69 FDP will Bildungsfinanzierung statt
 70 Kohlefinanzierung. Bildung in
 71 Deutschland muss wieder Spitze
 72 werden.
 73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 74 *wort Bildung, Unsere Argumente von A*
 75 *bis Z.*
 76
 77 *Kopfnoten - Fachungebundene Leistungs-*
 78 *einschätzung*
 79 Die FDP Thüringen spricht sich für
 80 die Einführung von Kopfnoten in
 81 Verbindung mit einer schriftlichen
 82 Einschätzung für jeden Schüler aus.
 83 Eine solche Beurteilung durch den
 84 jeweiligen Klassenlehrer soll Aus-
 85 kunft über die Motivationslage des
 86 Schülers, das soziale Verhalten
 87 gegenüber seinen Lehrern und
 88 Mitschülern geben bzw. eine Ent-
 89 wicklungstendenz aufzeigen. Diese
 90 Form einer fachungebundenen
 91 Leistungseinschätzung soll Eltern
 92 über den allgemeinen Stand und
 93 über eventuelle Probleme frühzeitig
 94 informieren. Schüler sollen aus ihr
 95 Anstoß und Motivation für ein
 96 umsichtiges, verantwortungsbe-
 97 wusstes und zielorientiertes Denken
 98 und Handeln schöpfen.
 99 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentli-*
 100 *chung, Krapps Schulgesetz ist nur ein*
 101 *Beginn, 4. 9. 2002.*

102
 103 **Senioren**

104
 105 *Senioren - Eine aktive Generation*
 106 Die FDP Thüringen unterstützt die
 107 Emanzipation und das gestiegene
 108 Engagement von Senioren in Sport-
 109 , Kulturvereinen, politischen Aus-
 110 schüssen, Beiräten und Vertretun-
 111 gen. Ältere Generationen sind nicht
 112 nur irgendein Teil der Gesellschaft.
 113 Sie sind der Teil der Gesellschaft,
 114 der sich vielleicht bewusster als
 115 andere für die eigenen Belange
 116 interessiert, einsetzt und neue
 117 Kommunikationsformen und Inter-
 118 aktionsmöglichkeiten für sich ent-
 119 deckt. Wir Liberalen setzen uns für
 120 ein offeneres und verständnisvolle-
 121 res Miteinander anstelle eines Le-
 122 bens der Generationen nebeneinan-
 123 der ein. Jeder hat etwas zu geben.
 124 Jeder kann vom anderen lernen.
 125 Ehrenamtliche Tätigkeiten sind
 126 dabei ein wertvolles Bindeglied,
 127 welches weiter gefördert werden
 128 muss. Zumindest sollten bei Bedarf
 129 erforderliche Auslagen ersetzt wer-
 130 den. Ältere Menschen sind auf-
 131 grund ihres Erfahrungsschatzes eine
 132 wichtige Voraussetzung für das
 133 Funktionieren unserer Gesellschaft.

134 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 135 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 136 *2004, S. 23.*

137
 138 **Sozialpolitik**

139
 140 *Eckpfeiler*
 141 Angesichts der Gesellschaftsent-
 142 wicklung, des Fortschritts in der
 143 Medizin und der sinkenden Lohn-
 144 quote plädiert die FDP Thüringen
 145 für den Wechsel von einem reinen
 146 Umlageverfahren zu einem steuerfi-
 147 nanzierten Sicherungssystem. Die
 148 Sozialversicherungsstrukturen müs-
 149 sen von der jeweiligen Situation auf
 150 dem Arbeitsmarkt unabhängig ge-
 151 macht werden. Kernelement ist
 152 dabei das Bürgergeld. Die Sozialpoli-
 153 tik beinhaltet die Schaffung von
 154 Sicherungsstrukturen, die dann in
 155 Kraft treten, wenn eine Person
 156 durch Arbeitslosigkeit, Krankheit
 157 bzw. den Eintritt in das Rentenalter
 158 nicht mehr oder nur noch partiell in
 159 der Lage ist, eigenverantwortlich
 160 seinen Lebensunterhalt zu bestrei-
 161 ten. Eine trag- und zukunftsfähige
 162 Sozialpolitik muß eine optimale
 163 Versorgung im Bedarfsfall für jene
 164 ermöglichen, die auch wirklich Hilfe
 165 bedürfen. Darüber hinaus muß sie
 166 für alle Generationen gerecht und
 167 bezahlbar sein und bleiben.

168
 169 *Bürgergeld - Eines für Alles*

170 Ziel der Umgestaltung ist es, die
 171 Vielzahl an Sozialleistungen, die von
 172 unterschiedlichen staatlichen Stellen
 173 verwaltet werden, zu bündeln und
 174 durch eine Institution - das Finanz-
 175 amt - auszuzahlen. Zu diesem
 176 Zweck sollen alle steuerfinanzierten
 177 Leistungen des Staates (Arbeitslo-
 178 sengeld II, Wohngeld, BAföG, etc.)
 179 in einem Universaltransfer - dem
 180 Bürgergeld - zusammengeführt
 181 werden. Das Bürgergeld wird mit
 182 der Einkommenssteuer zu einem
 183 Steuer-Transfer-System aus einem
 184 Guss verbunden. Steuern und sozia-
 185 le Leistungen werden im Finanzamt
 186 miteinander verrechnet. Bürger mit
 187 höherem Einkommen zahlen Steu-
 188 ern an das Finanzamt. Bürger mit
 189 niedrigem oder keinem Einkommen
 190 erhalten das Bürgergeld als eine
 191 negative Einkommenssteuer ausbe-
 192 zahlt. Die Anzahl der Ansprechpart-
 193 ner für die finanziellen Bedürfnisse
 194 der Bürger wird auf ein Minimum
 195 reduziert. Mehrfacherklärungen über
 196 Einkommens- und Vermögensver-
 197 hältnisse gegenüber den verschiede-
 198 nen Ämtern entfallen. Die Effizienz
 199 steigt. Missbrauch wird erschwert.
 200 Detaillierte Informationen zur Ge-
 201 sundheitspolitik, Rentenpolitik und

1 der Arbeitslosenunterstützung ent-
2 nehmen Sie bitte den entsprechenden
3 Lexikoneinträgen.
4 → *Das Liberale Bürgergeld: aktivierend,*
5 *einfach und gerecht, 56. Ordentlicher Bundes-*
6 *parteitag der FDP, 5.-7.5. 2005, Köln*

8 Sportpolitik

9 Grundpositionen

11 Wie kaum ein anderer Lebensbereich
12 steht Sport für Lebensfreude, Leistung
13 und Fairness. Das sind zugleich auch
14 liberale Ziele und Werte. Liberale
15 Sportpolitik unterstützt den Spit-
16 zensport ebenso wie den Breiten-,
17 Behinderten- sowie Schulsport und
18 ganz besonders das freiwillige, ehren-
19 amtliche Engagement im Sportwesen.
20 Das schließt optimale Rahmenbedin-
21 gungen für Sportvereine, z.B. durch
22 Entbürokratisierung, ein. Die FDP
23 steht für eine energische Bekämpfung
24 der Sport-Geißel Doping. Die vorhan-
25 denen gesetzlichen Möglichkeiten sind
26 voll auszuschöpfen und die mit der
27 Doping-Bekämpfung befassten Stellen
28 angemessen auszustatten. Die Bereiche
29 Sport und Gesundheit sind besser zu
30 vernetzen. Die Bedeutung des Sports
31 für Prävention und Rehabilitation ist
32 konsequent zu nutzen. Die FDP will
33 den Wert des Sports auch für andere
34 Gesellschaftsbereiche wie Erziehung,
35 Soziales, Integration und Jugendarbeit
36 ausbauen.

37 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
38 *Sport, Unsere Argumente von A bis Z.*

40 StasiUnterlagenGesetz

41 Die FDP Thüringen begrüßt die Ver-
42 längerung des Stasi-Unterlagen-
43 Gesetzes für die nächsten fünf Jahre.
44 Stasi-Opfer müssen ein Recht darauf
45 haben, dass die Machenschaften der
46 Stasi und ihrer Helfer restlos aufge-
47 deckt werden. Auch knappe Haus-
48 haltsmittel dürfen die schonungslose
49 Aufarbeitung der Geschichte nicht
50 aufhalten.

53 Steuersystem

55 Reduzierter Steuersatz

56 Auf personalisierte Dienstleistungen,
57 beispielsweise Gebäudereinigung,
58 Friseur, Bauleistungen an privaten
59 Wohnungen etc., sollte ein reduzierter
60 Steuersatz angewendet werden. Damit
61 würden mehr Spielräume in der Preis-
62 gestaltung entstehen, die zu verstärk-
63 tem Kundenzulauf und damit im End-
64 effekt zu mehr Umsatz führen würden,
65 welcher sich positiv auf die Beschäfti-
66 gung auswirkt.

67 *Beschluss vom Landesparteitag 21. 04.*
68 *2007, Gera*

69

70 Gegen Steuererhöhungen

71 Die FDP Thüringen fordert nach-
72 drücklich:

- 73 • die Rücknahme der Mehr-
- 74 wertsteuererhöhung
- 75 • die Abschaffung der Ökosteuer
- 76 • keine Mindeststeuer auf Unter-
- 77 nehmungsgewinne
- 78 • keine Vermögenssteuer.

79 Die FDP Thüringen spricht sich
80 entschieden gegen Steuererhöhun-
81 gen aus. Eine erneute Ausdehnung
82 der Abgabenlast steht der Stärkung
83 der Binnenkonjunktur, dem drin-
84 gend benötigten Wirtschaftsauf-
85 schwung und der Entstehung neuer
86 Arbeitsplätze im Weg. Zudem hilft
87 sie nicht, den Landes- bzw. Bun-
88 deshaushalt zu sanieren. Besonders
89 negativ gerade für Thüringen und
90 den gesamten Osten wirkt sich die
91 Mehrwertsteuererhöhung aus. Sie
92 trifft vor allem Familien, Sozial-
93 schwächere und Menschen mit
94 kleinerem Einkommen. Die Ge-
95 samtbelastung ist ohnehin zu hoch.
96 Aber auch Handwerksbetriebe stellt
97 sie vor große Probleme. Ihre
98 Dienstleistungen werden teurer.
99 Der Trend zu Schwarzarbeit wird
100 deutlich steigen.

101 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presse-*
102 *veröffentlichung, FDP gegen Verschiebung*
103 *der Steuerreform, 20. 8. 2002. Barth,*
104 *Uwe, Presseveröffentlichung, FDP begrüßt*
105 *grüne Zustimmung zur Agenda 2010,*
106 *16. 6. 2003. Barth, Uwe, Presseveröffent-*
107 *lichung, Ökosteuer abschaffen, 30. 5.*
108 *2004. Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*
109 *SPD setzt Kurs gegen Neue Bundesländer*
110 *fort, 22. 6. 2004. Landesvorstand der*
111 *FDP Thüringen, Presseveröffentlichung,*
112 *FDP Landesvorstand gegen Mehr-*
113 *wertsteuererhöhung, 19. 7. 2005. Barth,*
114 *Uwe, Presseveröffentlichung, SPD gesteht*
115 *Wählerbetrug ein, 14. 11. 2005. Barth,*
116 *Uwe, Presseveröffentlichung, Presseblicke*
117 *zur Mehrwertsteuer, 13. 6. 2006.*

119 Studium

120 *siehe Hochschule*

122 Tourismuspolitik

124 Der Freistaat braucht eine einheitliche

125 *„Marke Thüringen“*

126 In der Außenwahrnehmung leidet
127 Thüringen erheblich unter einer
128 fehlenden gemeinsamen "Marke
129 Thüringen". Die Tourismuspolitik
130 im Land ist geprägt von regionaler
131 Zersplitterung. Ein einheitliches
132 Vermarktungskonzept ist nicht
133 ersichtlich. Das führt zu einer
134 schlechten Vermarktung des Frei-
135 staates außerhalb seiner Landes-

136 grenzen (u.a. jährlich wiederkehrend
137 zur Grünen Woche, der weltgrößten
138 Verbrauchermesse).

139 Gleichzeitig wird sich zu stark auf
140 "Wanderschuh- und Städtetouris-
141 mus" beschränkt. Es besteht die
142 Gefahr, Entwicklungen im Bereich
143 Wellness-, Konferenz- und Famili-
144 entourismus zu verschlafen. Weiter-
145 hin verfügt der Sektor des Kurzur-
146 laubs über erhebliches Potenzial.
147 Die CDU-Landesregierung hat in
148 diesem Bereich auf ganzer Linie
149 versagt. Ein Jahrzehnt Alleinregie-
150 rung reichte offenbar nicht aus, um
151 diesen Mangel abzustellen. Es fehlt
152 nach wie vor ein koordiniertes und
153 erkennbares Außenbild sowie eine
154 einheitliche Vermarktungsstrategie
155 zu konzipieren.

156 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thü-*
157 *ringen März 2008*

159 Grundpositionen

160 Der Tourismussektor ist einer der
161 wichtigsten Dienstleistungs- und
162 Wachstumsbranchen mit zahlreichen
163 Arbeits- und Ausbildungsplätzen.
164 Für Deutschland als Gastgeberland
165 der Fußball-Weltmeisterschaft 2006
166 sind liberale Sperrzeiten eine not-
167 wendige Voraussetzung, Deutsch-
168 land als gastfreundliches Land zu
169 präsentieren und die internationalen
170 Gäste von der hohen Service- und
171 Dienstleistungsqualität zu überzeu-
172 gen. Deshalb müssen die Sperrzeiten
173 in der Außengastronomie, z.B. für
174 Biergärten, von 22.00 Uhr auf 24.00
175 Uhr verlängert werden. Zur Verbes-
176 serung der Rahmenbedingungen in
177 der Tourismusbranche ist zudem die
178 bisherige Sommerferienregelung auf
179 90 Tage auszudehnen. Das ist fami-
180 lienfreundlich und sichert Arbeits-
181 plätze im Tourismus. Schließlich ist
182 das Jugendarbeitsschutzgesetz zu
183 flexibilisieren. Damit auch Haupt-
184 und Realschüler eine Chance auf
185 einen Ausbildungsplatz erhalten,
186 sind die Arbeitszeiten von 22.00 Uhr
187 auf 23.00 Uhr auszudehnen. Mit
188 dem FDP-Steuerkonzept ist sicher-
189 gestellt, dass auch zukünftig keine
190 Steuern auf Trinkgeld erhoben wer-
191 den. Die bestehenden Wettbewerbs-
192 nachteile für Reisebusse als ökologi-
193 sche Verkehrsträger müssen abge-
194 baut werden. Es müssen faire Wett-
195 bewerbsbedingungen für alle öffent-
196 lichen Verkehrsanbieter geschaffen
197 werden.

198 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
199 *wort Tourismus, Unsere Argumente von A*
200 *bis Z.*

202 *Grenzüberschreitende Kooperation*

1 Die FDP Thüringen setzt sich für die
 2 Bündelung und Vereinfachung von
 3 Verbands- und Vermarktungsstruktu-
 4 ren ein. Thüringen teilt viele attraktive
 5 Regionen, wie die Rhön, das Kyffhäu-
 6 ser-Gebiet oder das Vogtland mit
 7 anderen Bundesländern. Das neue
 8 Tourismuskonzept muss die jeweilige
 9 touristische Region in den Vorder-
 10 grund rücken und nicht das Bundes-
 11 land. Dies erfordert eine verstärkte
 12 grenzüberschreitende Abstimmung
 13 und Kooperation. Es ist inakzeptabel,
 14 dass Tourismusplanung und Vermark-
 15 tung an der Landesgrenze aufhören.
 16 Besonders in den strukturschwachen
 17 Regionen des Landes hat sich der Tou-
 18 rismus zu einem bedeutenden, wirt-
 19 schaftlichen Standbein und letztlich zu
 20 einem der wichtigsten Arbeitgeber
 21 entwickelt. Deshalb muss die Touris-
 22 muspolitik ein wesentlicher Bestandteil
 23 der allgemeinen Wirtschaftspolitik
 24 werden und an den Anforderungen
 25 und Interessen des Tourismusmarktes
 26 ausgerichtet werden. Wir brauchen ein
 27 nachhaltiges und schlüssiges Touris-
 28 muskonzept, das der Stagnation der
 29 Übernachtungszahlen entgegenwirkt
 30 und neue Anreize für die touristische
 31 Weiterentwicklung besonders struktur-
 32 schwacher Regionen bietet.
 33 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*
 34 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.*
 35 *9.*

Umwelt- und Naturschutz

Grundpositionen

39 Die Menschen sind integraler Bestand-
 40 teil von Natur und Umwelt. Lebens-
 41 qualität und sozialer Zusammenhalt
 42 können deshalb nur gewährleistet
 43 werden, wenn die Menschen im Mit-
 44 telpunkt der Umweltpolitik stehen.
 45 Menschen, die sich in ihrer Heimat
 46 wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für
 47 Natur und Umwelt als grüne Öko-
 48 bürokratie und staatliche Verbotspoli-
 49 tik. Deshalb setzt die FDP auf persön-
 50 liche Verantwortung und die Bereit-
 51 schaft zur Zusammenarbeit. Mit öf-
 52 fentlichen Geldern finanzierte Maß-
 53 nahmen können privaten Eigentümern
 54 Vorbild sein. Nur Menschen, die die
 55 Natur kennen und mit ihr vertraut
 56 sind, haben aus eigenem Erleben eine
 57 positive Beziehung zur Natur und
 58 schützen sie besser, als unkontrollier-
 59 bare Verordnungen dies je erreichen
 60 können. Daher muss eine Natur-
 61 schutzpolitik langfristig scheitern, die
 62 den Menschen aussperrt. Für die Nut-
 63 zung von Natur und Umwelt müssen
 64 klare und verbindliche ökologische
 65 Grenzen gezogen werden. Innerhalb
 66 dieses Rahmens müssen für den Natur-
 67 schutz freiwillige Maßnahmen und der

69 Vertragsnaturschutz in den Vorder-
 70 grund gestellt werden. Menschen
 71 sollen nicht als Störenfriede aus der
 72 Natur verdrängt, sondern - wo dies
 73 geboten ist - in die Erhaltung und
 74 Pflege der Natur eingebunden wer-
 75 den.
 76 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 77 *wort Naturschutz, Unsere Argumente von*
 78 *A bis Z.*

Klimaschutz

80 Die FDP begrüßt das Inkrafttreten
 81 des Kyoto-Protokolls. Jetzt muss
 82 der rechtliche Rahmen, den das
 83 Protokoll bereitstellt, schnellstmög-
 84 lich mit Leben erfüllt werden. Die
 85 FDP fordert den Einsatz aller In-
 86 strumente des Kyoto-Protokolls.
 87 Dies erschließt große Minderungs-
 88 potentiale bei Treibhausgasemissio-
 89 nen und senkt die Kosten für den
 90 Klimaschutz auch in Deutschland.
 91 Dazu gehört, dass Klimaschutzpro-
 92 jekte im Ausland als auch im Inland
 93 in den Zertifikatehandel einbezogen
 94 werden. Neben Kohlendioxid müs-
 95 sen auch die anderen Klimagase, die
 96 im Kyotoprotokoll aufgeführt sind,
 97 in den Emissionshandel einbezogen
 98 werden. Deutschland muss als
 99 High-Tech-Standort seine Kräfte
 100 darauf konzentrieren, energiewirt-
 101 schaftliche Technologieführerschaft
 102 zu entwickeln und auszubauen. Hier
 103 geht es vordringlich um eine Steige-
 104 rung der Energieeffizienz, um
 105 Techniken klimaneutraler Energie-
 106 gewinnung sowie um modernste
 107 Abscheide- und Einlagerungstech-
 108 niken für Treibhausgase. Zur Ener-
 109 giespeicherung müssen die Brenn-
 110 stoffzellen- und Wasserstofftechno-
 111 logie weiterentwickelt werden, um
 112 den erneuerbaren Energien eine
 113 langfristige, wirtschaftlich tragfähige
 114 Perspektive zu geben.
 115 FDP im Deutschen Bundestag,
 116 Stichwort Klimaschutz, Unsere
 117 Argumente von A bis Z.

Hochwasserschutz

120 Die FDP Thüringen tritt ein für:
 121 • eine Mittelaufstockung hinsicht-
 122 lich von Hochwasserschutzmaß-
 123 nahmen, denn Schutz bedeutet
 124 vor allem eine nachhaltige Vor-
 125 sorge eine grundlegende Deicher-
 126 neuerung in Problemgebieten:
 127 Bau von Abflussmöglichkeiten in
 128 Rückstauflächen oder der Einbau
 129 von Deichcharten
 130 • ein konsequentes Nutzungsverbot
 131 von Flußauen für Wohn- und
 132 Gewerbegebiete
 133

134 • Errichtung eines Sonderfonds zur
 135 Beseitigung von Hochwasserschä-
 136 den.
 137 Die Überflutungen der letzten Jahre
 138 haben uns unverblümt aufgezeigt,
 139 wie unzureichend der Hochwasser-
 140 schutz in der Vergangenheit ge-
 141 handhabt wurde und wie wenig
 142 entsprechende Strukturen bei der
 143 Bekämpfung und Prävention entwi-
 144 ckelt sind. Hochwasserschutz ist
 145 nicht ausschließlich eine Angelegen-
 146 heit der Rettungskräfte. Sie bezieht
 147 auch die politischen Entscheidung-
 148 träger ein.
 149 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffentli-*
 150 *chung, Vor dem Hochwasser ist nach dem*
 151 *Hochwasser, 9. 1. 2003.*

Verbraucherschutz

Verbraucherschutzpolitik ist Informati-
onspolitik

152 Die FDP will den mündigen
 153 Verbraucher. Eine Bevormundungs-
 154 politik, die sich in Geboten und
 155 Verboten äußert, lehnt sie ab. Des-
 156 halb gehört eine umfassende nach-
 157 haltige Informationspolitik, die auf
 158 freiwillige Verpflichtungen der Wirt-
 159 schaft setzt und den Wettbewerb um
 160 die besten Vorkehrungen fördert, zu
 161 den entscheidenden Hebeln des
 162 Verbraucherschutzes. Eine Verschärfung der ordnungspolitischen
 163 Rahmenbedingungen sollte nur mit
 164 Maß erfolgen. Denn unternehmerische
 165 Rahmenbedingungen dürfen
 166 nicht länger übermäßig verschärft
 167 oder durch Verbote bestimmt wer-
 168 den. Dies aber ist heute der Fall.
 169 Rot-Grün verhindert aus vermeintlichen
 170 Verbraucherschutzaspekten
 171 ganze Unternehmenszweige, wie z.B.
 172 die Grüne Gentechnik, und greift
 173 die konventionelle Ernährungs- und
 174 Landwirtschaft an, indem sie einsei-
 175 tig auf bestimmte Produktionsver-
 176 fahren abhebt.
 177 Die FDP setzt auf die Ausschöpfung
 178 und den Vollzug bestehender Be-
 179 stimmungen. Politik, Verbände,
 180 Medien, Bildungseinrichtungen und
 181 interessierte Bürgerinnen und Bürger
 182 haben die Aufgabe, auf Alternativen
 183 umweltfreundlicher, sicherer und
 184 gesunder Produkte hinzuweisen,
 185 damit der Verbraucher eigenständig
 186 entscheiden und selbstverantwortlich
 187 handeln kann.
 188 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 189 *wort Verbraucherschutz, Unsere Argu-*
 190 *mente von A bis Z.*

Verkehrspolitik

Mobilität ist Lebensqualität

1 Mobilität ist ein Teil der Freiheit. Sie ist
 2 Voraussetzung für Lebensqualität und
 3 Wirtschaftswachstum. Die von Rot-
 4 Grün betriebene Gängelei bei der Wahl
 5 des Verkehrsmittels lehnen wir ab.
 6 Jeder Verkehrsteilnehmer soll die von
 7 ihm verursachten Kosten für Infra-
 8 struktur und Umwelt tragen und selbst
 9 entscheiden, welches Verkehrsmittel er
 10 wählt. So entstehen faire Wettbe-
 11 werbsbedingungen zwischen den Ver-
 12 kehrsträgern, die mit ihren spezifischen
 13 Vorteilen zu einem Gesamtsystem
 14 vernetzt werden. Die Rolle des Staates
 15 dabei: Er ist verantwortlich für die
 16 Bereitstellung der Verkehrswege. Pla-
 17 nung, Bau und Betrieb kann aber bes-
 18 ser und effizienter durch Private erfol-
 19 gen. Dazu müssen wir mittelfristig die
 20 bisherige Haushaltsfinanzierung auf-
 21 kommensneutral auf eine verursa-
 22 chungsgerechte, zweckgebundene
 23 Nutzerfinanzierung umstellen. Die
 24 Straße ist der Hauptverkehrsträger und
 25 muss entsprechend ausgebaut werden.
 26 Die Bahn muss durch mehr Wettbe-
 27 werf fit gemacht werden; Vorausset-
 28 zung dafür ist die Trennung von Netz
 29 und Transport. Wasserstraßen und
 30 Flughäfen dürfen nicht länger durch
 31 willkürliche Ausbaustopps behindert
 32 werden, sondern brauchen für ihre
 33 Entwicklung sichere Rechtsgrundlagen
 34 mit angemessener Berücksichtigung
 35 der Belange des Umweltschutzes.
 36 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 37 *Verkehrspolitik, Unsere Argumente von A*
 38 *bis Z.*

Eckpfeiler der Verkehrspolitik

41 Thüringens exponierte Lage in der
 42 Mitte Deutschlands und Europas ist
 43 ein unschlagbarer Standortvorteil für
 44 den Tourismus und die Wirtschaft. Die
 45 Grundlage einer stimmigen und be-
 46 darfungsgerechten Verkehrspolitik ori-
 47 entiert deshalb sich an der gewachsenen
 48 Bedeutung Thüringens durch das Zu-
 49 sammenwachsen Europas und dem
 50 EU-Beitritt der östlichen Nachbarn
 51 Deutschlands. Sie muss den Wirt-
 52 schaftsunternehmen eine reibungslose
 53 Rohstoffversorgung und einen un-
 54 komplizierten Weitertransport fertiger
 55 Produkte ermöglichen. Im touristi-
 56 schen Bereich muss sie den Bedürfnis-
 57 sen einer besseren Erreichbarkeit für
 58 Besucher aus dem In- und Ausland
 59 gewährleisten. Dies gilt im besonderen
 60 Maß für strukturschwächere Regionen,
 61 die im Tourismus ihr wichtigstes
 62 Standbein besitzen.
 63 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*
 64 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.*
 65 *3, 7.*

Straßenbau

68 Die FDP Thüringen setzt sich für
 69 die zügige Fertigstellung der A 38
 70 und der A 71 bzw. den Bau not-
 71 wendiger Autobahnanbindungen
 72 und Ortsumgehungen ein. Gerade
 73 für strukturschwache Gebiete wie
 74 Nordthüringen bedeutet der Aus-
 75 bau der Verkehrswege eine höhere
 76 Attraktivität für Investoren.
 77 Denn die wirtschaftliche Entwick-
 78 lung einer Region hängt maßgeblich
 79 vom Umfang und von der Qualität
 80 der Verkehrswege ab. Eine leis-
 81 tungsfähige Verkehrsinfrastruktur
 82 bedeutet Unternehmensansiedlun-
 83 gen und damit Arbeitsplätze und
 84 Perspektive für die jeweilige Region.
 85 → *Lindig, Matthias, Presseveröffentli-*
 86 *chung, Autobahnbau A 38 und A 71,*
 87 *19. 3. 2001.*

Ausbau der Schienentransportwege

90 Die FDP Thüringen plädiert für das
 91 Prinzip der "Rollenden Straße auf
 92 Schienen". Die Ost-West-
 93 Schienenverbindung muss für den
 94 Güterverkehr ausgebaut werden,
 95 um die Straßen zu entlasten und die
 96 Lkw-Transporte gefahrlos, umwelt-
 97 schonend aber trotzdem schnell
 98 zwischen Ost und West bewegen zu
 99 können. Wir Liberale wollen ent-
 100 sprechende rechtliche Vorausset-
 101 zungen schaffen, die es privaten
 102 Anbietern ermöglichen, den Güter-
 103 transport auf der Schiene erfolg-
 104 reich zu betreiben. Der Lkw-
 105 Verkehr hat durch die EU-
 106 Osterweiterung stark zugenommen.
 107 Die Kapazitäten der Hauptver-
 108 kehrsstrecken und Autobahnen
 109 reichen nicht mehr aus, die gestie-
 110 gene Beanspruchung zu fassen.
 111 → *Beschluss LFA III, 2005..*

Pkw-Maut

114 Die FDP Thüringen lehnt eine
 115 europaweite und kilometerabhä-
 116 nge Maut für Pkw ab. Die Investiti-
 117 ons- und Abrechnungskosten einer
 118 kilometerabhängigen Erfassung sind
 119 zu hoch. Darüber hinaus stellt sie
 120 einen elementaren Eingriff in die
 121 Grundrechte der Bürger dar. Eine
 122 europaweite Erfassung von Pkw-
 123 Kilometern bedeutet, dass mit ei-
 124 nem Mausclick mühelos überprüft
 125 werden kann, wer wann und wo mit
 126 seinem Auto unterwegs war.
 127 → *Presseveröffentlichung, Mit Siebenmei-*
 128 *lenstiefeln zum Überwachungsstaat, 15.*
 129 *7. 2003.*

Lkw-Maut

132 Das deutsche Speditionsgewerbe ist
 133 durch die Mineralölsteuer bereits
 134 sehr stark belastet. Die Einführung
 135 der Lkw-Maut führte zu seiner

136 zusätzlichen Schwächung im interna-
 137 tionalen Wettbewerb. Die FDP
 138 Thüringen plädiert für Entlastungs-
 139 regelungen, die es den Transportun-
 140 ternehmen gestatten, die höheren
 141 Aufwendungen zu kompensieren
 142 und europa- bzw. weltweit wettbe-
 143 werbsfähig zu bleiben. Darüber
 144 hinaus müssen die Wettbewerbsbe-
 145 dingungen in Europa harmonisiert
 146 werden.
 147 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Pressever-*
 148 *öffentlichung, Lkw-Maut völlig undurch-*
 149 *dacht, 24. 7. 2003.; ders., Presseveröff-*
 150 *entlichung, Mautverschiebung sinnvoll nutzen,*
 151 *8. 10. 2003.*

Pendlerpauschale

154 Die FDP Thüringen lehnt eine
 155 Pendlerpauschale nur für Nutzer
 156 öffentlicher Verkehrsmittel ab. Wir
 157 Liberale befürworten stattdessen
 158 eine allgemeine Pendlerpauschale,
 159 die unabhängig vom benutzten
 160 Verkehrsmittel allen ab einer Min-
 161 destentfernung von zehn/ zwanzig
 162 km zusteht. Die Europäisierung und
 163 Internationalisierung des Arbeits-
 164 marktes verlangen von den Arbeit-
 165 nehmern ein höheres Maß an Flexi-
 166 bilität und Mobilität. Strukturarme
 167 Regionen wie der Kyffhäuserkreis
 168 können dabei jedoch nicht auf ein
 169 breites Angebot an öffentlichen
 170 Transportmitteln zurückgreifen. Die
 171 Menschen sind hier stärker auf die
 172 Nutzung ihres Autos angewiesen.
 173 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Pressever-*
 174 *öffentlichung, Regierung will Radfahrer*
 175 *bestrafen, 18. 8. 2003.*

Führerschein ab 17

178 Die FDP Thüringen lehnt das be-
 179 gleitete Autofahren für 17-Jährige
 180 ab. Die Möglichkeit einer vorgezo-
 181 genen Berechtigung zum Führen
 182 eines PKW führt nicht zu einem
 183 Sammeln adäquater Erfahrungen
 184 und so zu einer Erhöhung der Fahr-
 185 sicherheit. Die Zahl der Unfälle mit
 186 jugendlichen Fahrern sowie ihr
 187 Anteil an den Verkehrstoten sind
 188 weniger auf fehlende Fahrpraxis
 189 zurückzuführen. Die Gründe liegen
 190 eher in der Selbstüberschätzung der
 191 Jugendlichen, einem mangelnden
 192 Urteilsvermögen und Verantwortungs-
 193 gefühl. Eine fehlende geistige
 194 Reife lässt sich durch die Absenkung
 195 des Mindestalters nicht kompensie-
 196 ren.
 197 Darüber hinaus bestehen ernsthafte
 198 Zweifel an der polizeilichen Kon-
 199 trollierbarkeit, besonders vor dem
 200 Hintergrund personeller Einsparun-
 201 gen. Die Auflagen, die eine Person
 202 als Begleitung eines 17-jährigen
 203 Autofahrers erfüllen muss, sind zu

1 umfangreich, als dass die Polizei sie in
2 einer Verkehrskontrolle vollständig
3 überprüfen kann.

4 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Denn
5 sie wissen nicht was sie tun ...*, 3. 2. 2003.

7 *Mobilität im Öffentlichen Nahverkehr*

8 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

9 • den Weiterbau der ICE-Strecke Ber-
10 lin-Leipzig-Erfurt-Nürnberg

11 • den zweigleisigen und elektrifizierten
12 Ausbau der Mitte-Deutschland-
13 Schienenverbindung

14 • die Priorität von Verkehrsprojekten
15 "Deutsche Einheit"

16 • die Schaffung und den Ausbau vor-
17 handener Verkehrsverbünde im öf-
18 fentlichen Personennahverkehr

19 • die Beibehaltung der Pendlerpauschale,
20 solange keine Steuerentlastung
21 vorliegt

22 • den Bau von notwendigen Auto-
23 bahnverbindungen und Ortsumge-
24 hungen.

25 Wir Liberalen plädieren für die Schaf-
26 fung bzw. den Ausbau vorhandener

27 Verkehrsverbünde im öffentlichen
28 Personennahverkehr ein. Weiterhin

29 fordern wir, die Pendlerpauschale
30 solange beizubehalten bis spürbare

31 Steuerentlastungen eingetreten sind.
32 Die Veränderungen im Arbeitsverhal-

33 ten der Bevölkerung erfordern ein
34 immer höheres Maß an Mobilität. Die

35 Politik kann Mobilität nicht nur for-
36 dern, sie muss sie auch fördern.

37 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl
38 des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.
39 11*

41 **Verwaltung**

42 *Beamtenum*

44 Ein funktionsfähiger öffentlicher
45 Dienst ist eine wichtige Säule unseres

46 demokratischen Rechtsstaats. Das
47 Berufsbeamtenum hat sich bei der

48 politischen Entwicklung der Bundesre-
49 publik Deutschland bewährt. Seine

50 Modernisierung ist Daueraufgabe im
51 Interesse von Bürgern, Gesellschaft

52 und Staat. Wichtige Modernisierungs-
53 ziele sind die Stärkung des Leistungs-
54 gedankens und die Förderung des

55 Personalaustausches zwischen öffentli-
56 cher Verwaltung und Wirtschaft. Au-
57 ßerdem sollen Bund, Länder und Ge-
58 meinden mehr Spielraum für die Be-
59 soldung der Beamtenschaft erhalten,
60 wobei die Grundzüge der Bezahlung
61 weiterhin bundesweit einheitlich zu
62 regeln sind, um die bundesweite Mobi-
63 lität des beamteten Personals zu ge-
64 währleisten. Darüber hinaus will die
65 FDP die Konturen des Berufsbeamten-
66 tums durch eine Konzentration auf
67 seine Kernaufgaben schärfen. Beam-

68 tinnen und Beamte sollen dort
69 eingesetzt werden, wo die heraus-
70 gehobene Verantwortung eine be-
71 sondere Absicherung der berufli-
72 chen Unabhängigkeit erfordert.

73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-
74 wort Beamtenpolitik, Unsere Argumente
75 von A bis Z.*

77 *Bürokratieabbau*

78 In Deutschland ist alles genau gere-
79 gelt. Über 90.000 Einzelvorschriften
80 führen dazu, dass oft genug der
81 Überblick über das Wesentliche

82 verlorengeht. Für die Wirtschaft
83 entstehen dadurch jährlich rund 46
84 Milliarden Euro Bürokratiekosten,
85 die letztlich an die Verbraucher

86 weiter gegeben werden. Die FDP
87 hat sich zum Ziel gesetzt, diese
88 Überregulierung zu beenden. Die
89 Bürokratielasten können in fünf

90 zentralen Kostenfeldern verringert
91 werden: Durch Vereinfachung des
92 zu komplizierten Steuerrechts,
93 Vereinfachung des Sozialversiche-
94 rungs- und Arbeitsrechts, des Um-
95 weltrechts, sowie durch einen Ab-
96 bau der Statistiken. Seit Januar 2003

97 hat die FDP deshalb in jeder Sit-
98 zungswoche einen konkreten Vor-
99 schlag zum Abbau unnötiger Rege-
100 lungen in den Deutschen Bundestag

101 eingebracht. Dabei setzt sich die
102 FDP für strukturelle Änderungen
103 ein: für die Befristung von Gesetzen
104 und Verordnungen, für ein alljährli-
105 ches Rechtsbereinigungsgesetz und
106 für die Einführung eines Bürokratie-
107 kosten-TÜVs. Ebenso sollen

108 unnötige Behördengänge durch
109 umfangreiche Möglichkeiten elekt-
110 ronischer Antragsstellungen im
111 Rahmen des E-Government ersetzt
112 werden.

113 FDP im Deutschen Bundestag,
114 Stichwort Bürokratieabbau, Unsere
115 Argumente von A bis Z.

117 *Katasteramt*

118 Die FDP Thüringen setzt sich dafür
119 ein, die Katasterämter auf ihre
120 Kernaufgabe - die Verwaltung - zu
121 beschränken. Verwaltungsfremde

122 Leistungen wie z.B. Entwurfsver-
123 messung können an Büros in der
124 freien Wirtschaft abgegeben werden.
125 Der damit verbundene Personalab-
126 bau kann durch Hilfsangebote

127 flankiert werden, Mitarbeiter bei
128 ihrem Schritt in die Selbständigkeit
129 zu unterstützen. Dies macht den
130 Weg frei für mehr Wettbewerb,
131 angemessener Gebühren und zu-
132 friedenstellende Arbeitsergebnisse.

133 Die gegenwärtige Effizienz der
134 Katasterämter in Thüringen ist
135 inakzeptabel. Ihre Arbeitsleistungen

136 entsprechen nicht den Kosten für
137 ihren Unterhalt. Während die staatli-
138 chen Zuwendungen und die Gebüh-
139 renordnung für ihre Leistungen
140 einen Millionenbetrag umfassen,
141 sind vor allem in ländlichen Gegen-
142 den kaum gesicherte Festpunkte
143 oder Höhen im NN-System zu
144 erhalten. Gerade jedoch für staatli-
145 che Institutionen gilt, kostenorien-
146 tiert zu arbeiten.

147 → *Lindig, Matthias, Presseveröffentli-
148 chung, Defizitäre Katasterämter, 9. 3.
149 2001.*

151 *Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung*

152 Die FDP Thüringen tritt ein für:

153 • eine Beseitigung der Dreistufigkeit
154 und die Vereinfachung des struk-
155 turellen Verwaltungsapparates: kla-
156 re Verwaltungsteilung in zwei
157 staatliche und zwei kommunale
158 Verwaltungsebenen

159 • die Reduzierung des Aufgaben-
160 spektrums des Landesverwaltungs-
161 amtes auf einen materiellen Kern-
162 bereich; gezielte und sinnvolle
163 Bündelung von Aufgaben und Zu-
164 ständigkeiten, Zusammenlegung
165 von bestehenden Verwaltungsein-
166 heiten auf eine praktikable Größe

167 • die Reduzierung staatlicher Ämter
168 nach den Gesichtspunkten von
169 Auslastung und Erreichbarkeit

170 • die Abschaffung unnötiger und
171 realitätsferner Vorschriften und
172 Regelungen, um bestehenden stär-
173 kere Geltung zu verschaffen.

174 Die Bürger haben ein Anrecht auf
175 effektive Verwaltungsstrukturen und
176 die ökonomische Verwendung der
177 dafür vorgesehenen Steuergelder.
178 Diesen Vorgaben folgt die Verwal-
179 tung derzeit nicht. Sie ist zu ineffi-
180 zient, zu teuer, zu unflexibel und zu
181 langwierig. Außerdem ist die Zahl
182 der Gesetze und Vorschriften zu
183 hoch, ihre Durchsetzung nicht er-
184 reichbar. Weder der private Bürger,
185 noch Investor oder Unternehmer
186 wartet jahrelang bevor die Verwal-
187 tung über sein Anliegen entscheidet.
188 Besonders die Wirtschaft braucht
189 kurz- und mittelfristige Planungszu-
190 sagen. Ziel der Reform ist es, der
191 Verwaltung den Charakter einer
192 Dienstleistung am Bürger und Un-
193 ternehmer zu verleihen sowie der
194 Landesregierung eine schnelle und
195 fundierte Handlungsfähigkeit auf
196 einer effizienten und kostensparen-
197 den Basis zu ermöglichen. Einher-
198 gehen mit der Verwaltungsreform
199 muss auch die Kreisgebietsreform.
200 Nur durch diese Kombination kann
201 es gelingen, dauerhaft lebensfähige
202 Strukturen zu schaffen, die die ihnen

1 anvertrauten Aufgaben wahrnehmen
 2 können.
 3
 4 *Verwaltungsabbau*
 5 In einer sozialen Gemeinschaft und
 6 einer fairen Gesellschaft ist im Zu-
 7 sammenleben der Menschen ein Min-
 8 destmaß an Verwaltung und damit
 9 Bürokratie notwendig. Nimmt aber
 10 gerade Bürokratie Übermaße an, wird
 11 sie nicht nutzen sondern schädigen.
 12 Bürokratie hemmt, hält von der Arbeit
 13 ab, kostet entsprechend und wirkt sich
 14 somit negativ auf das Gemeinwesen
 15 aus.
 16 Die FDP Thüringen wird ab 2009
 17 unverzüglich mit der Identifizierung
 18 von Kostentreibern innerhalb der
 19 Verwaltung beginnen. Wir werden die
 20 Bürokratiekosten identifizieren, messen
 21 und deren Abschaffung prüfen. Durch
 22 Modelle wie das „Quick-Scan-
 23 Verfahren“ oder das Standardkosten-
 24 Modell wird ermittelt wie viel Aufwand
 25 und Zeit Anträge und Meldepflichten
 26 bei den Betrieben und in der Verwal-
 27 tung in Anspruch nehmen. Dadurch
 28 lassen sich die Kostentreiber ausfindig
 29 machen und können so konsequent
 30 zurückgefahren werden.
 31 Gleichermaßen werden wir die ca.
 32 40.000 Landesaufgaben auf den Prüf-
 33 stand stellen. Das Land soll sich nur
 34 dort einmischen und gesetzgeberisch
 35 tätig werden, wo es auch Kompetenzen
 36 hat. Wir werden die Aufgaben kritisch
 37 prüfen und damit verbundenen Geset-
 38 ze und Verordnungen außer Kraft zu
 39 setzen. Nur die Bereiche muss der
 40 Freistaat regeln, für die nur er tatsäch-
 41 lich zuständig ist. Ziel muss es in die-
 42 sem Zusammenhang ebenfalls sein,
 43 über Länderkooperationen und Zu-
 44 sammenarbeit gemeinsame Aufgaben
 45 auch gemeinsam zu lösen.
 46 → *Beschluss LPT07*
 47 *Vollständiger Artikel unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*
 48 *thueringen.de/programm/61-antraege_und*
 49 *beschluesse_zum* *landspartei-*
 50 *tag_21_04_2007.html*
 51
 52 *Verwaltungsmodernisierung und E-*
 53 *Government*
 54 Neue technische Möglichkeiten bei
 55 elektronischen Medien erleichtern
 56 zahlreiche Arbeitsvorgänge. Die FDP
 57 wird sich für den weitestgehenden
 58 Einsatz von E-Government in der
 59 Verwaltung einsetzen. Wir werden eine
 60 umfassende Verwaltungsmodernisie-
 61 rung in Thüringen durchführen. Ziel ist
 62 es, Verfahrensabläufe transparent und
 63 auf dem Stand der Technik zu gestal-
 64 ten, um dadurch die Dauer der Verfah-
 65 ren zu verkürzen.
 66 Durch den Einsatz elektronischer
 67 Medien werden wir viele Behörden-
 68 gänge für Unternehmer und Bürger

69 zurückfahren und auch den Behör-
 70 den Arbeit und Zeit sparen.
 71 Unser Ziel ist es, besonders kleine
 72 und mittelständische Unternehmen,
 73 deren Bürokratiekosten im Durch-
 74 schnitt mehr als zehn Prozent des
 75 Umsatzes verschlingen, merklich zu
 76 entlasten. Die beschränkten Öff-
 77 nungszeiten der Behörden sind
 78 zudem ein Hemmnis für die Beru-
 79 fusausbübung von Selbständigen.
 80 Die Verwaltung mittels Internet
 81 schafft Abhilfe und sorgt dafür,
 82 dass Thüringen zu einer schlanken
 83 und bezahlbaren Behördenstruktur
 84 kommt.
 85 Die bisher vorgelegten Pläne der
 86 Landesregierung sind inakzeptabel
 87 und werden dem Anspruch Thürin-
 88 gens im Medienzeitalter nicht ge-
 89 recht. Eine zeitgemäße Strategie im
 90 Bereich des E-Government er-
 91 schöpft sich nicht in der Abbildung
 92 von Verwaltung im Internet!
 93 → *Beschluss Landesparteitag FDP*
 94 *Thüringen 07*
 95 *Vollständiger Beschluss unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*
 96 *thuering-*
 97 *gen.de/programm/61-antraege_und_besch-*
 98 *luesse_zum_landsparteitag*
 99 *_21_04_2007.html)*

101 Wasser

102 *Wettbewerb bei der Wassermwirtschaft*
 103 Die FDP Thüringen setzt sich für
 104 folgende Maßnahmen ein:
 105
 106 • freiwilliger Zusammenschluss
 107 kleinerer und benachbarter Ver-
 108 bände zwecks Effizienzsteigerung
 109 • Stärkung privatwirtschaftlicher
 110 Kapazitäten z.B. im Havarie- und
 111 Wartungsdienst
 112 • Bevorzugung dezentraler und
 113 wirtschaftlich vernünftiger Lö-
 114 sungen bei Wasserver- und Ab-
 115 wasserbeseitigungsanlagen im
 116 ländlichen Raum
 117 • Entscheidungsautonomie der
 118 Verbände hinsichtlich privatrecht-
 119 licher Verträge über Preise und
 120 Baukostenzuschüsse
 121 • Einführung des Verursacherprin-
 122 zips - jeder zahlt das, was er ver-
 123 braucht - und aufkommensneutra-
 124 ler Lösungen z.B. in Form eines
 125 Lastenausgleichsfonds
 126 Die Wasserver- und Abwasserent-
 127 sorgung sind eine kommunalpoliti-
 128 sche Pflicht. Die öffentlich-
 129 rechtliche Vertragsgestaltung mit
 130 Beiträgen und Gebühren spiegelt
 131 jedoch nicht mehr ausreichend die
 132 gegenwärtigen und zukünftigen
 133 Bevölkerungs- bzw. Bedarfsverän-
 134 derungen wider. Wirtschaftlichkeit,
 135 eine dienstleistungs- und kunden-

136 orientierte Versorgung statt kom-
 137 munalpolitischer Wünsche müssen
 138 zukünftig stärker in den Mittelpunkt
 139 treten.
 140 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 141 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 142 *2004, S. 22.*

143
 144 *Wasserversorgung mittels Talsperren*
 145 Die FDP Thüringen setzt sich dafür
 146 ein, dass das Reservoir der Talsper-
 147 ren auch weiterhin genutzt wird, um
 148 die Trinkwasserversorgung der Be-
 149 völkerung zu gewährleisten. Die
 150 Wasserversorgung durch Talsperren,
 151 erfüllt in Thüringen eine ökologisch
 152 und ökonomisch sinnvolle Funktion.
 153 Infolge der Klimaveränderungen
 154 und der erwartenden Niedrigwasser-
 155 phasen bleibt der Bedarf an Talsper-
 156 ren bestehen.
 157 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffentli-*
 158 *chung, Talsperren sichern Wasserversor-*
 159 *gung, 24. 7. 2003.*

160
 161 *Mehr Wettbewerb in der Wassermwirtschaft*
 162 Die FDP Thüringen setzt sich für
 163 folgende Maßnahmen ein:
 164 • freiwilliger Zusammenschluss
 165 kleinerer und benachbarter Ver-
 166 bände zwecks Effizienzsteigerung
 167 • Stärkung privatwirtschaftlicher
 168 Kapazitäten z.B. im Havarie- und
 169 Wartungsdienst
 170 • Bevorzugung dezentraler und
 171 wirtschaftlich vernünftiger Lösun-
 172 gen bei Wasserver- und Abwasser-
 173 beseitigungsanlagen im ländlichen
 174 Raum
 175 • Entscheidungsautonomie der
 176 Verbände hinsichtlich privatrecht-
 177 licher Verträge über Preise und
 178 Baukostenzuschüsse
 179 • Einführung des Verursacherprin-
 180 zips - jeder zahlt das, was er ver-
 181 braucht - und aufkommensneutra-
 182 ler Lösungen z.B. in Form eines
 183 Lastenausgleichsfonds.
 184 Die Wasserver- und Abwasserent-
 185 sorgung sind eine kommunalpoliti-
 186 sche Pflicht. Die öffentlich-
 187 rechtliche Vertragsgestaltung mit
 188 Beiträgen und Gebühren spiegelt
 189 jedoch nicht mehr ausreichend die
 190 gegenwärtigen und zukünftigen
 191 Bevölkerungs- bzw. Bedarfsverände-
 192 rungen wider. Wirtschaftlichkeit,
 193 eine dienstleistungs- und kundenori-
 194 entierte Versorgung statt kommu-
 195 nalpolitischer Wünsche müssen
 196 zukünftig stärker in den Mittelpunkt
 197 treten.
 198 → *Programm der FDP Thüringen zur*
 199 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*
 200 *2004, S. 22.*
 201

1 **Wirtschaft**

2
3 *Zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer und Investoren*

4
5 Die FDP Thüringen bekräftigt ihr Ziel,
6 dass es für potentielle Investoren bei
7 Genehmigungsverfahren künftig nur
8 noch eine zentrale Anlaufstelle gibt.
9 Damit sparen Investoren und Existenzgründer Zeit und Geld. Die Genehmigungs- und Vergabeverfahren selbst werden vereinfacht und verkürzt.
12 Reagiert eine Behörde nicht innerhalb einer festgelegten Frist auf einen Genehmigungsantrag, gilt dieser als automatisch erteilt.
17 Auch Anträge auf Förderungen, Subventionen o.ä. werden künftig nur an einer zentralen Stelle zu beantragen sein. Dadurch werden doppelte und dreifache Anträge bei unterschiedlichen Ämtern / Ministerien verhindert und Subventionsmissbrauch vorgebeugt.

25 → *Landtagswahlprogramm der FDP Thüringen 2004*

28 *GmbH Gründungen entbürokratisieren*

29 Die Gründung einer GmbH ist in
30 Deutschland zu einem oftmals langwierigen Verfahren geworden. Die aus dem Jahr 1892 stammende Regelung des § 8 Abs. 1 Nr. 6 GmbHG sieht
33 noch heute vor, dass eine GmbH erst dann in das Handelsregister eingetragen werden kann, wenn dem Registergericht alle staatlichen Genehmigungs-
36 urkunden vorgelegt worden sind, die die GmbH für die Verwirklichung des
39 in ihrer Satzung festgelegten Unternehmensgegenstands nach einer in
42 Deutschland geltenden Norm des öffentlichen Rechts bedarf. Dies gilt
44 sogar, wenn nur für einen Teil des Unternehmensgegenstands eine Genehmigung
46 notwendig ist. Diese Regelung stellt für die Praxis der Unternehmensgründung oftmals einen deutlichen bürokratischen Aufwand dar.
49 Ein Gründungswilliger muss danach im Durchschnitt mindestens neun
52 behördliche Interaktionen in steuer- und arbeitsrechtlich bedingten Angelegenheiten bewältigen. Nach den veröffentlichten Zahlen der Stiftung Marktwirtschaft dauerte die Unternehmensgründung wegen der bürokratischen
58 Hemmnisse bei 42 Prozent aller Gründungen mehr als sechs Monate länger
60 als geplant.

61 Die Thüringer FDP setzt sich dafür ein, die Gründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, durch
63 Abschaffung des Erfordernisses der Vorlage staatlicher Genehmigungen nach § 8 Abs. 1 Nr. 6 GmbHG, erheblich und nachhaltig zu beschleunigen
67 und von unnötigen bürokratischen

69 Hemmnissen zu befreien; die Streichung der Vorschrift ist in den
70 Gesetzentwurf zur grundlegenden Reform des GmbHG aufzunehmen.
72 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thüringen März 2008*

76 *Soziale Marktwirtschaft*

77 Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere freiheitliche Wirtschaftsverfassung sorgt für das notwendige Wachstum, die
80 notwendigen Arbeitsplätze und den notwendigen sozialen Ausgleich. Sie ist eine Wettbewerbswirtschaft, deren konstituierende Prinzipien
84 Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen
87 Rahmensetzung heißen. Eine leistungsfähige Soziale Marktwirtschaft kann leicht auch solche Leistungen
90 belohnen, für die der Markt blind ist. Mit ihr kann so viel erwirtschaftet werden, dass auch denen, die definitiv keine Leistung anbieten können
95 und deshalb der Solidarität aller bedürfen, geholfen werden kann.
97 Dazu müssen wir die Soziale Marktwirtschaft aber wieder leistungsfähig machen. Notwendig ist:
99 1. Ein scharfes, allgemeines Wettbewerbsrecht, dass geeignet ist, die
101 Machtinteressen großer Industrien einzudämmen. Die FDP will keine
102 Sonderregelungen für bestimmte Sektoren (z.B. Pressefusionsrecht),
104 aber eine Stärkung der Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden (kein
108 Einzelweisungsrecht).
109 2. Eine Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben, nachhaltige
111 Reformen der Sozial- und Subventionssysteme, Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent und
113 dadurch Reduzierung des politischen Unfugpotentials auf allen
115 Ebenen.

117 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort Soziale Marktwirtschaft, Unsere Argumente von A bis Z.*

121 *Bedeutung der Wirtschaft im politischen Gefüge*

122 Die Wirtschaft dient jedem Einzelnen direkt oder indirekt der Existenzsicherung. Sie ist darüber hinaus eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren eines politischen Systems. Kein Land wird langfristig von Bestand sein, wenn das Wirtschaftsleben nicht vernünftig arbeitet. Das Verhältnis von Politik und Wirtschaft gleicht dabei einem Geben und Nehmen zum beiderseitigen Vorteil. Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu setzen, die eine

137 freie und bedarfsorientierte Entfaltung und Planungssicherheit der
138 Wirtschaft gestattet. Wir Liberale stehen für eine weitgehende Zurückhaltung des Staates und die
141 Konzentration auf seine Kernaufgaben. Er ist verantwortlich für den
143 Abbau unnötiger Auflagen für Unternehmen, die Effizienzsteigerung der Verwaltung und die Senkung der
146 Abgabenlast. Im Gegenzug erfüllt die Wirtschaft ihre Verantwortung gegenüber Politik und Gesellschaft
149 durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Arbeit und Beschäftigung sind die sozialsten Programme. Ein
151 sicheres Einkommen bedeutet Existenz, schafft so Perspektive und
152 Zukunft. Die Wirtschaft erbringt außerdem jene Wertschöpfung, mit der Sozialmaßnahmen des Staates
155 bezahlbar werden. Daher ist eine gute Wirtschaftspolitik immer noch die beste Sozialpolitik.

161 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 7.*

165 *Ladenöffnungszeiten*

166 Die FDP Thüringen plädiert für eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Die Händler und
169 Dienstleister müssen in eigener Verantwortung darüber entscheiden können, ob und wie sie den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Kunden gerecht werden. Mehr Entscheidungs-
172 freiraum und eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen lassen
174 ein gesundes Konkurrenzverhältnis entstehen, von dem alle Beteiligten
177 profitieren. Neue Arbeitsstrukturen, flexiblere Arbeitszeiten und eine
179 zunehmende Mobilität haben das Kaufverhalten der Bevölkerung
182 nachhaltig verändert. Bahnhöfe, Flughäfen, Tankstellen und das
184 Internet bieten eine zeitlich und räumlich unabhängige Kosumkultur an. Der übrige Handel kann aufgrund der geltenden Regelungen
187 zum Ladenschluss seinen Kunden diese Vorteile nicht gewähren. Hierbei handelt es sich um eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen.

192 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Gutmacher für neue Ladenöffnungszeiten, 28. 11. 2002.*

195 *Sondervirtschaftszone*

196 Die Wirtschaft in Thüringen steht vor internationalen und europäischen - besonders osteuropäischen - Herausforderungen. Der Standort
199 Thüringen muss sich dabei durch Attraktivität, Expansion, Leistung,
202 Qualität, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit auszeichnen. Kern-

1 element, um dies zu erreichen, ist ein
 2 Investitionsklima auf der Basis eines
 3 vernünftigen Steuersystems und nicht
 4 aufgrund staatlicher Subventionen und
 5 Förderungen. Nichts gestaltet das
 6 Wirtschaftsleben maßgeblicher als
 7 Form und Umfang der Abgaben. Ein
 8 diesbezüglichen Standortvorteil für
 9 Thüringen zu schaffen, plädiert die
 10 FDP Thüringen für die Errichtung
 11 einer Sonderwirtschaftszone. Sie ist
 12 gekennzeichnet durch einen flexiblen
 13 Arbeitsmarkt, variable Regelungen im
 14 Kündigungsschutz, steuerliche und
 15 verwaltungstechnische Rahmenbedin-
 16 gungen, die eine gesunde Entfaltung
 17 der Unternehmen gewährleisten. Eine
 18 solche Sonderwirtschaftszone berück-
 19 sichtigt in größerem Maß die spezielle
 20 Situation der östlichen Bundesländer.
 21 Zudem setzen wir Liberale uns ein für:

- 22 • die Kompensation der Deindustrialis-
- 23 sierung durch Stärkung des Mit-
- 24 telstandes
- 25 • die Eindämmung staatlicher Unter-
- 26 nehmertätigkeit
- 27 • die Überprüfung der Abgaben auf
- 28 Zweckgebundenheit
- 29 • die Senkung der Lohnnebenkosten
- 30 • den Ausbau einer breitgefächerten
- 31 Industriestruktur auf der Grundlage
- 32 des produzierenden, verarbeitenden
- 33 und dienstleistenden Gewerbes.

34 → *Presseveröffentlichung, Forderung nach*
 35 *Sonderwirtschaftszone, 5. 4. 2004. Barth,*
 36 *Uwe, Presseveröffentlichung, Sonderwirt-*
 37 *schaftszone erstickt im Begriffswirrwarr, 15.*
 38 *4. 2004. → Programm der FDP Thüringen*
 39 *zur Wahl des 4. Thüringer Landtages,*
 40 *Erfurt 2004, S. 8.*

42 Wissenschaft & Forschung

43 *Wissenstransfer*

44 In Deutschland und in der Welt wer-
 45 den in Zukunft die Regionen eine
 46 Spitzenposition einnehmen, die es
 47 schaffen, Wirtschaft und Forschung
 48 miteinander zu verbinden. Billige Mas-
 49 senfertigung und eine reine Dienstleis-
 50 tungswirtschaft sind für unser roh-
 51 stoffarmes Land keine Zukunftspers-
 52 pektiven. Unsere Zukunft liegt in
 53 einer wissensbasierten Volkswirtschaft
 54 und dem geistigen Potenzial unserer
 55 Menschen. Ihr Wille und ihre Kraft
 56 zum Fortschritt sind es, auf die wir
 57 bauen, und auf die wir uns verlassen
 58 müssen. Eine innovative Wirtschaft ist
 59 der Schlüssel für eine erfolgreiche
 60 Zukunft, darauf müssen wir uns kon-
 61 zentrieren. Dafür sind Forschung und
 62 Entwicklung unerlässlich.
 63 Thüringen muss ein moderner Standort
 64 in Europa werden, die Verbindung von
 65 Wirtschaft und Forschung wird der
 66 ausschlaggebende Standortfaktor in

67 dieser Entwicklung sein. Thüringen
 68 hat dabei gute Potentiale, aber auch
 69 großen Aufholbedarf. Die Zukunft
 70 hängt davon ab, wie stark der Frei-
 71 staat in den Bereichen Bildung,
 72 Forschung und Entwicklung sein
 73 wird und wie effizient und ertrag-
 74 reich er diese Faktoren mit der
 75 Wirtschaft und hier besonders dem
 76 hier ansässigen Mittelstand verbind-
 77 en kann. Auf Billiglohn, unter-
 78 durchschnittliche Arbeitsbedingun-
 79 gen oder niedrige Preise kann der
 80 Freistaat keine sich selbst tragende
 81 Wirtschaft aufbauen.
 82 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 83 *Thüringen Gera 2007*

84 *Liberale Forschungspolitik*

85 Wissenschaft und Forschung liefern
 86 die Grundlagen für Innovationen in
 87 Wirtschaft und Gesellschaft und
 88 damit für die Zukunft Thüringens.
 89 Wir brauchen freiheitliche ord-
 90 nungspolitische Rahmenbedingun-
 91 gen, die den Unternehmen mehr
 92 Spielraum ermöglichen und der
 93 Wissenschaft mehr Eigenverant-
 94 wortung geben. Derzeit liegen die
 95 Ausgaben für Forschung und Ent-
 96 wicklung bezogen auf das Bruttoin-
 97 landsprodukt (BIP) in Deutschland
 98 bei 2,2 Prozent. Die FDP Thürin-
 99 gen setzt sich dafür ein, diesen
 100 Anteil bis 2010 auf mindestens 3
 101 Prozent zu erhöhen. Ferner soll
 102 Forschung künftig nur noch von
 103 einem Forschungs- und Innovati-
 104 onsministerium koordiniert werden.
 105 Dabei ist die besondere Wirt-
 106 schäftsstruktur in Thüringen zu
 107 berücksichtigen. Im Vergleich der
 108 innovativsten EU-Regionen ("Eu-
 109 ropäischer Innovationsindex") liegt
 110 Thüringen lediglich an sechster
 111 Stelle. Der Anteil von rund 4,6
 112 Beschäftigten im Bereich Forschung
 113 und Entwicklung je 1000 Erwerbs-
 114 tätigen ist nur etwa halb so hoch
 115 wie in den alten Bundesländern. In
 116 der deutschen Wirtschaft findet
 117 Forschung und Entwicklung haupt-
 118 sächlich in der Großindustrie statt.
 119 Demgegenüber sind in den neuen
 120 Bundesländern 70,5 Prozent aller
 121 Beschäftigten im Bereich Forschung
 122 und Entwicklung in kleinen und
 123 mittelständigen Unternehmen tätig.
 124 Ziel der Thüringer FDP ist es, diese
 125 Struktur weiter zu fördern und die
 126 Vernetzung zwischen Mittelstand
 127 und Forschung auszubauen.
 128 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
 129 *Thüringen 2007*

130 *Grundpositionen*

131 Die Forschung von heute entschei-
 132 det darüber, wie wir morgen leben

133 werden: ob wir in unserem Lande
 134 Wohlstand für breite Bevölkerungss-
 135 chichten, einen hohen Stand der
 136 Beschäftigung, unsere sozialen Si-
 137 cherungssysteme und damit letztlich
 138 unsere freiheitlich-demokratische
 139 Ordnung bewahren können. Vor
 140 dem Hintergrund einer alternden
 141 Bevölkerung im Lande, der weltwei-
 142 ten Verknappung der Energie- und
 143 Rohstoffressourcen und einer zu-
 144 nehmenden Konkurrenz vor allem
 145 aus dem asiatischen Raum ist For-
 146 schungspolitik ein zentrales Feld der
 147 Zukunftsgestaltung. Wenn in den
 148 letzten sieben Jahren der Anteil des
 149 Staates an der Forschungsfinanzie-
 150 rung stetig zurückgegangen ist, so ist
 151 das ein Alarmzeichen. Die FDP
 152 fordert daher:

- 153 • deutliche Erhöhung der staatlichen
- 154 Mittel für Bildung und Forschung;
- 155 • Einführung eines eigenen Wissen-
- 156 schaftstarifvertrags für Wissen-
- 157 schaftler an Hochschulen und an-
- 158 deren staatlichen Wissenschafts-
- 159 einrichtungen;
- 160 • Aufhebung der Vergaberahmens
- 161 bei der Professorenbesoldung und
- 162 starrer Altersgrenzen für Wissen-
- 163 schaftler;
- 164 • bedeutende Anstrengungen zur
- 165 besseren Förderung unseres wis-
- 166 senschaftlichen Nachwuchses;
- 167 • Vereinfachung des Zuwanderungs-
- 168 rechtes, um hoch qualifizierte
- 169 Fachkräfte aus dem Ausland zu
- 170 gewinnen;
- 171 • Schaffung eines Zukunfts- und
- 172 Innovationsministeriums, um die
- 173 Forschungs- und Innovationsakti-
- 174 vitäten zu bündeln und eine lang-
- 175 fristige Forschungs- und Innovati-
- 176 onsstrategie zu entwickeln;
- 177 • stärkere Verzahnung der For-
- 178 schung von Hochschulen, außer-
- 179 universitären Einrichtungen und
- 180 der Industrie, um unser Know-
- 181 how schneller in marktfähige Pro-
- 182 dukte umzusetzen;
- 183 • vermehrte politische und bil-
- 184 dungspolitische Anstrengungen,
- 185 um in unserem Lande wieder ein
- 186 forschungs freundliches Klima zu
- 187 schaffen;
- 188 • gezielte Anstrengungen zur För-
- 189 derung von Forschungen zu Schlüs-
- 190 selstechnologien wie Biotechnolo-
- 191 gie, Energietechnik, Informations-
- 192 und Kommunikationstechnik.
- 193 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 194 *wort Forschungspolitik, Unsere Argumente*
 195 *von A bis Z.*

196 *Forschungsprämie*
 197 Thüringen verfügt über eine sehr
 198 gute Hochschulstruktur und schafft

1 dadurch national wie international viel
 2 beachtete Forschungsergebnisse. Da-
 3 mit diese jedoch ihren gesellschaftli-
 4 chen Nutzen entfalten, müssen sie
 5 markt- und verkaufsfähig gemacht
 6 werden. Dazu bedarf es einer intensi-
 7 ven Kooperation zwischen Wissen-
 8 schaft und Wirtschaft.
 9 Die FDP regt daher an, bei Vergabe
 10 einer Auftragsforschung an eine Hoch-
 11 schule des Landes eine angemessene
 12 Forschungsprämie auszusütten. Sie
 13 soll zu praxisnaher Forschung anregen
 14 und die eingewobenen Drittmittel
 15 ergänzen.
 16 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Die*
 17 *aktuelle Presseschau/ Teil 1, 23. 1. 2006.*
 18
 19 *Präimplantationsdiagnostik*
 20 Für viele ungewollt kinderlose Paare ist
 21 oft die In-vitro-Fertilisation die einzige
 22 Möglichkeit, ihren Kinderwunsch zu
 23 erfüllen. Die dem Uterus entnommen-
 24 en und in vitro befruchteten Eizellen
 25 könnten vor der Rückverpflanzung in
 26 den Uterus auf schwerwiegende genetische
 27 Defekte untersucht werden –
 28 wenn diese so genannte Präimplantati-
 29 onsdiagnostik (PID) nicht durch das
 30 deutsche Embryonenschutzgesetz
 31 verboten wäre. Dies ist nicht nur für
 32 solche Eltern unzumutbar, bei denen
 33 eine hohes Risiko für eine Erbkrank-
 34 heit vorliegt. Es ist auch rein rechtlich
 35 absurd; denn der gleiche Embryo darf
 36 legal abgetrieben werden, wenn sich in
 37 einem viel späteren Stadium der
 38 Schwangerschaft tatsächlich eine
 39 schwere Erbschädigung herausstellt.
 40 Diese Rechtspraxis ist nicht nur inhu-
 41 man, sie ist zudem geeignet, das Ver-
 42 trauen in unser Rechtssystem in Frage
 43 zu stellen.
 44 Die FDP fordert daher, die Präimplan-
 45 tatsdiagnostik in medizinisch be-
 46 gründeten Fällen zuzulassen. Sie will
 47 andererseits einen Missbrauch dieser
 48 Technik verhindern, d. h. hiermit darf
 49 nicht der Weg für Designer-Babys
 50 geöffnet werden.
 51 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
 52 *PID, Unsere Argumente von A bis Z.*
 53
 54 *Stammzellenforschung und therapeutisches*
 55 *Klonen*
 56 Die FDP sieht in der Biotechnologie
 57 und insbesondere in der Gentechnik
 58 enorme Chancen für den Wissen-
 59 schafts- und Wirtschaftsstandort
 60 Deutschland. Diese ermöglicht nicht
 61 nur neue Medikamente und Methoden
 62 für die Therapie zahlreicher, oft
 63 schwerster Erkrankungen; die Erzeu-
 64 gung hochwertiger landwirtschaftlicher
 65 Produkte und den erfolgreichen
 66 Kampf gegen den Hunger in der Welt;
 67 sondern auch die Entwicklung um-
 68 weltverträglicher Produktionsprozesse.

69 Ein sehr Erfolg versprechender
 70 Forschungsansatz ist das therapeutische
 71 Klonen von embryonalen
 72 Stammzellen. Das sind noch gänzlich
 73 unspezialisierte Zellen des
 74 frühen Embryos, die sich unbe-
 75 grenzt vermehren lassen, ohne dass
 76 man aus ihnen jedoch Nachkom-
 77 men erzeugen kann. Die Erwartung
 78 ist aber, dass man aus ihnen mit
 79 Hilfe von Klonierungstechniken
 80 Spenderorgane züchten kann, die
 81 das Genom des Empfängers tragen
 82 und damit nicht durch dessen Im-
 83 munsystem abgestoßen werden.
 84 Solche Forschungen sind jedoch in
 85 Deutschland auf Grund des Stamm-
 86 zellen-Importgesetzes und des
 87 Embryonenschutzgesetzes nur sehr
 88 eingeschränkt möglich. Darüber
 89 hinaus werden deutsche Genfor-
 90 scher kriminalisiert, wenn sie im
 91 Ausland unter erheblich liberaleren
 92 Bedingungen tätig sind.
 93 Die FDP fordert daher, das Emb-
 94 ryonenschutzgesetz zu lockern und
 95 die Stichtagsregelung für embryona-
 96 le Stammzellen aufzuheben, um das
 97 therapeutische Klonen im Interesse
 98 schwerstkranker Menschen auch in
 99 unserem Lande zu ermöglichen und
 100 die Kriminalisierung deutscher
 101 Forscher im Ausland zu beenden.
 102 Künftig soll es erlaubt sein, über-
 103 zähligen extrakorporal zur künstli-
 104 chen Herbeiführung einer Schwan-
 105 gerschaft erzeugten menschlichen
 106 Embryonen bis zum 8. Tag nach
 107 der Kernverschmelzung Stammzel-
 108 len für Forschungszwecke zu ent-
 109 nehmen. Dazu muss jedoch die
 110 Einwilligung beider Keimzellespen-
 111 der vorliegen. Die Erzeugung eines
 112 Embryos allein zum Zwecke der
 113 Entnahme von Stammzellen lehnt
 114 die FDP ab.
 115 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 116 *wort Biotechnologie, Unsere Argumente*
 117 *von A bis Z.*
 118
 119 *Kein reproduktives Klonen*
 120 Jeder durch ungeschlechtliche Ver-
 121 mehrung erzeugte Nachkomme
 122 eines Individuums ist mit diesem
 123 genetisch identisch und wird als
 124 Klon bezeichnet. Im engeren Sinne
 125 versteht man unter einem Klon
 126 einen ungeschlechtlichen Nach-
 127 kommen von höheren Tieren oder
 128 Menschen, der künstlich erzeugt
 129 worden ist. Die bewusste Erzeu-
 130 gung solcher Nachkommen be-
 131 zeichnet man als reproduktives
 132 Klonen, abgeleitet von dem Verb
 133 "klonen". Bekanntes Beispiel hierfür
 134 ist das 1996 erzeugte Klonschaf
 135 Dolly.

136 Das reproduktive Klonen eines
 137 Menschen verfolgt das Ziel, einen
 138 Nachkommen zu schaffen, der mit
 139 diesem vollständig genetisch iden-
 140 tisch ist. Ganz abgesehen von den
 141 damit verbundenen gesundheitlichen
 142 Risiken, widerspricht ein solches
 143 Unterfangen der Einmaligkeit und
 144 der vom Grundgesetz geschützten
 145 Würde eines jeden Menschen. Die
 146 FDP plädiert daher aus ethischen
 147 Gründen für ein internationales
 148 Verbot des reproduktiven Klonens
 149 von Menschen.
 150 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 151 *wort Klonen, Unsere Argumente von A bis*
 152 *Z.*
 153
 154 **Zuwanderung und Integration**
 155
 156 *Steuerung der Zuwanderung*
 157 Aus Sicht der FDP braucht
 158 Deutschland eine gesetzliche Steue-
 159 rung und Begrenzung der Zuwande-
 160 rung. Diese erfolgt seit Jahrzehnten
 161 nach Deutschland ungeregt. Des-
 162 halb liegt ein vernünftiges Gesamt-
 163 konzept in unserem nationalen Inter-
 164 esse. Derzeit gibt es in Deutschland
 165 de facto über eine Million offener
 166 Stellen. Um einerseits Arbeitsplätze
 167 zu sichern und neue zu schaffen,
 168 brauchen wir ergänzend eine be-
 169 grenzte qualifizierte Zuwanderung
 170 dort, wo wir freie Stellen nicht be-
 171 setzen können. Dabei gilt: Deutsche
 172 Arbeitnehmer müssen Vorrang
 173 haben und Arbeitslose verstärkt
 174 qualifiziert werden.
 175 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*
 176 *wort Zuwanderung, Unsere Argumente*
 177 *von A bis Z.*
 178
 179 *Grundpositionen*
 180 Liberale begrüßen die kulturelle
 181 Vielfalt in der Bundesrepublik
 182 Deutschland. Menschen unter-
 183 schiedlicher Herkunft sind fester
 184 Bestandteil einer zukunftsweisenden
 185 liberalen Bürgergesellschaft. Aller-
 186 dings kann eine Gesellschaft Freihei-
 187 ten für alle nur garantieren, wenn sie
 188 sich bei ihrer Verwirklichung auf
 189 fundamentale Gemeinsamkeiten
 190 einigt. Dazu gehören für die deut-
 191 sche Gesellschaft gute Kenntnisse
 192 der deutschen Sprache sowie die
 193 vorbehaltlose Akzeptanz der frei-
 194 heitlich demokratischen Grundord-
 195 nung und der Grundwerte, auf der
 196 diese beruht. Dies gilt auch für Reli-
 197 gionsgemeinschaften. Unser Ziel ist
 198 es, Ausländern und Menschen mit
 199 Migrationshintergrund gleiche Bil-
 200 dungs- und Berufschancen in unse-
 201 rer Gesellschaft zu gewähren und sie
 202 möglichst umfassend am gesell-
 203 schaftlichen und wirtschaftlichen

1 Leben zu beteiligen. Dazu brauchen
2 wir eine gezielte Sprachförderung
3 schon im Kindergarten und - im Sinne
4 einer nachholenden Integration - auch
5 für erwachsene Migranten. Wir brau-
6 chen eine bessere interkulturelle Kom-
7 petenz sozialer Dienste und anderer
8 öffentlicher Institutionen. Nötig ist
9 auch eine stärkere Partizipation von
10 Migranten in allen gesellschaftlichen
11 Bereichen, etwa durch ein kommunales
12 Wahlrecht für Drittstaatenangehörige,
13 die 5 Jahre rechtmäßig in Deutschland
14 leben.

15 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*
16 *Integrationspolitik, Unsere Argumente von A*
17 *bis Z.*

19 *Einbürgerungsüberprüfung*

20 Die FDP Thüringen begrüßt die Pläne,
21 Einbürgerungen auf der Grundlage
22 einer erfolgreich bestanden Prüfung
23 zu vollziehen. Es ist wichtig und not-
24 wendig, über das Land, die Geschichte,
25 Kultur und Werte Bescheid zu wissen,
26 dessen Bürger man werden möchte.
27 Einbürgerungsprüfungen müssen dabei
28 von entsprechenden Integrationsange-
29 boten flankiert werden. Nur sie ge-
30 währleisten eine eingehende und um-
31 fassende Beschäftigung mit der frei-
32 heitlich-demokratischen Grundord-
33 nung Deutschlands. Die Einbürgerung
34 sollte ferner in einem feierlichen Akt
35 zusammen mit einem öffentlichen
36 Bekenntnis begangen werden. Die
37 Integrationsbereitschaft mittels eines
38 feststehenden Fragebogens zu kontrol-
39 lieren, lehnen wir Liberale ab. Ein
40 punktueller Test kann den langwierigen
41 geistigen Reifeprozess der Einglieder-
42 ung in eine andere Kultur nicht adä-
43 quat widerspiegeln.

44 → *Presseveröffentlichung, Einbürgerungstests*
45 *per Fragebogen fragwürdig, 21. 3. 2006.*

Inhaltsverzeichnis

Abwanderung.....	1	Mülltrennung	8	Grundpositionen	15
Arbeitsmarkt.....	1	Privilegien abschaffen.....	9	Extremismus und Demokratie	16
Arbeit und Arbeitslosigkeit.....	1	Europäische Union	9	NPD-Verbot	16
Dritter Arbeitsmarkt	1	Grundpositionen.....	9	Innere Sicherheit.....	16
Integration älterer Arbeitnehmer	1	Regionalpolitik der EU	9	Versammlungsrecht.....	16
Stärkung der Wirtschaftskraft		Verfassung	9	Kinder und Jugendliche.....	16
behebt Arbeitslosigkeit	1	Wettbewerb als Fundament der		Grundpositionen	16
Ärzte	2	sozialen Marktwirtschaft in		Stärkung der Kinderrechte.....	16
Attraktivitätssteigerung der		Europa.....	9	Familienwahlrecht.....	17
Ausbildung von		Familienpolitik	10	Kommunen und Gemeinden.....	17
Allgemeinmedizinern	2	Grundpositionen.....	10	Liberales Kommunalpolitik.....	17
Situation niedergelassener Ärzte		Gebührenfreie Kinderbetreuung		Stärkung des Brand- und	
verbessern.....	2	10	Katastrophenschutzes	17
Status und Aufgabenfeld.....	2	Kinderlärm ist Zukunftsmusik.	10	Einführung des	
Aufbau Ost	2	Feiertage.....	10	Konnexitätsprinzip	17
Aufbau Ost, kein Nachbau West		Nationalfeiertag.....	10	Kommunale Selbstverwaltung	17
.....	2	Finanz- und Haushaltspolitik	10	Finanzausstattung	17
Baupolitik.....	3	Siehe auch:	10	Kreisgebietsreform (KGR)	18
Städtisches Wohnungswesen ..	3	Förderpolitik	10	Krankenkassen.....	18
Behindertenpolitik	3	Nachhaltigkeit und		Risikostrukturausgleich.....	18
Recht auf Selbstbestimmung ...	3	Zielgenauigkeit.....	10	Funktion von Krankenkassen .	18
Bildung	3	Subventionsabbau	11	Kriminalitätsbekämpfung.....	18
Frühkindliche Bildung	3	Thüringer Landeshaushalt	11	Opferschutz	18
Grundsätze der Bildungspolitik.	3	Föderalismus	11	Kulturpolitik.....	18
Mehr Wettbewerb zwischen den		Grundpositionen.....	11	Blick auf Kultur erweitern	18
Allgemeinbildenden Schulen	4	Föderalismusreform	11	Grundpositionen	18
Verbesserte Förderung von		Mitteldeutsches Bundesland ..	12	Kulturräumgesetz.....	19
Schülerinnen und Schülern	4	Förderpolitik	12	Museen, Orchester und Theater	19
Das Ansehen der Regelschule		Investitionsanreize	12	19
muss gestärkt werden	4	Frauenpolitik	12	Landwirtschaft	19
Weiterbildung	4	Frauen in die Politik	12	Grüne Gentechnik.....	19
Bürger in Staat und Gesellschaft .	5	Grundpositionen.....	12	Aufgabe und Bedeutung.....	19
Zivildienst.....	5	Gesellschaftspolitik.....	12	Unterstützung bei	
Datenschutz	5	Grundgedanken	12	wetterbedingten Erntausfällen	20
Grundposition	5	Gesundheitspolitik	13	Medien.....	20
Grundposition DNA-Analysen ..	5	Eckpfeiler des		Siehe auch:.....	20
Heimliche Onlinedurchsuchung	6	Gesundheitssystems.....	13	GEZ.....	20
Reform des Datenschutzrechtes		GEZ	13	Grundpositionen	20
.....	6	GEZ abschaffen	13	Mitteldeutschland	20
Verfassungskonforme DNA-		Verbot der Datenübermittlung	13	Mitteldeutscher Wirtschaftsraum	20
Analysen.....	6	Gleichstellung	13	20
Telefonüberwachungen.....	6	Antidiskriminierung - Stärkung		Mittelstand	20
Richtervorbehalt bei DNA-		der Rechte von Minderheiten. 13		Stellung im Wirtschaftsgefüge	20
Analysen.....	6	Gleichgeschlechtliche		Maßnahmen zur Erhöhung der	
Strafbarkeit heimlicher		Lebensgemeinschaften.....	13	Zahlungsmoral im Baugewerbe	21
Vaterschaftstests.....	7	Globalisierung.....	14	21
Videoüberwachung und		Grundpositionen.....	14	Mitgliedschaft in IHK und	
Videoaufzeichnung	7	Hochschulen	14	Handwerkskammern.....	21
Drogenpolitik	7	Grundsätze der Hochschulpolitik		Patient	21
Suchtprävention und		14	Patientenverfügung.....	21
Therapieangebote	7	Einführung eines		Status.....	22
Ehrenamt.....	7	Stipendiensystems	14	Pflegeversicherung.....	22
Förderung des Ehrenamtes.....	7	Finanzierungsberatung für		Systemwechsel und individuelle	
Energiepolitik.....	7	Studienwillige und Studenten. 14		Anpassung	22
Grundposition	7	Lehrerstudium praxisnäher		Politische Kultur & politisches	
Liberalisierung der		gestalten.....	15	System.....	22
Energieversorgung	8	Studienentgelte	15	Abgeordnetenentschädigung..	22
Entschädigung von SED-Opfern..	8	Studium für jeden trotz		Parlament und Regierung.....	22
Grundposition	8	Studienentgelten	15	Vergangenheitsüberprüfung von	
Entsorgungswirtschaft.....	8	Bildungsgutscheine	15	Mandatsträgern.....	22
Dosenpfand	8	Autonomie der Hochschulen..	15	Rauchverbot	23
		Innenpolitik.....	15		

Kein striktes Rauchverbot in Gaststätten 23	Gegen Steuererhöhungen 26	Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung 29
Rechtspolitik 23	Studium 26	Verwaltungsabbau 30
Balance zwischen Freiheit und Sicherheit 23	siehe Hochschule 26	Verwaltungsmodernisierung und E-Government 30
Stärkung des Rechtsbewusstseins 23	Tourismuspolitik 26	Wasser 30
Stärkung der Prävention 23	Der Freistaat braucht eine einheitliche „Marke Thüringen“ 26	Wettbewerb bei der Wasserwirtschaft 30
Religionen 24	Grundpositionen 26	Wasserversorgung mittels Talsperren 30
Verfassungskonformität von Religionsgemeinschaften 24	Grenzüberschreitende Kooperation 26	Wirtschaft 31
Rentensystem 24	Umwelt- und Naturschutz 27	Zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer und Investoren 31
Stabile Beiträge - Sichere Renten 24	Grundpositionen 27	GmbH Gründungen entbürokratisieren 31
Gegen die Schließung von Gerichtsstandorten 24	Klimaschutz 27	Soziale Marktwirtschaft 31
Schulsystem 24	Hochwasserschutz 27	Bedeutung der Wirtschaft im politischen Gefüge 31
Grundschule 24	Verbraucherschutz 27	Ladenöffnungszeiten 31
Regelschule 24	Verbraucherschutzpolitik ist Informationspolitik 27	Sonderwirtschaftszone 31
Gymnasium 25	Verkehrspolitik 27	Wissenschaft & Forschung 32
Frühkindliche Bildung 25	Mobilität ist Lebensqualität 27	Wissenstransfer 32
Kopfnoten - Fachungebundene Leistungseinschätzung 25	Eckpfeiler der Verkehrspolitik 28	Liberales Forschungspolitik 32
Senioren 25	Straßenbau 28	Grundpositionen 32
Senioren - Eine aktive Generation 25	Ausbau der Schienentransportwege 28	Forschungsprämie 32
Sozialpolitik 25	Pkw-Maut 28	Präimplantationsdiagnostik 33
Eckpfeiler 25	Lkw-Maut 28	Stammzellenforschung und therapeutisches Klonen 33
Bürgergeld - Eines für Alles 25	Pendlerpauschale 28	Kein reproduktives Klonen 33
Sportpolitik 26	Führerschein ab 17 28	Zuwanderung und Integration 33
Grundpositionen 26	Mobilität im Öffentlichen Nahverkehr 29	Steuerung der Zuwanderung .. 33
StasiUnterlagenGesetz 26	Verwaltung 29	Grundpositionen 33
Steuersystem 26	Beamtentum 29	Einbürgerungsüberprüfung 34
Reduzierter Steuersatz 26	Bürokratieabbau 29	
	Katasteramt 29	

Regionalkonferenzen FDP Thüringen
April 2008

Änderungshinweise für das Liberale Lexikon

Änderungsgrund (bitte ankreuzen):

- redaktionell
- Rechtschreibung/Grammatik
- inhaltlich

Name des Artikels:

Seite:

Zeilennummer:

Antragsinhalt:

Antragsteller:

Der Artikel ist wie folgt zu ändern / zu erweitern / zu kürzen etc.:

Regionalkonferenzen FDP Thüringen
April 2008

Neuaufnahme von Artikeln

Name / Thema des Artikels:

Antragsinhalt:

Antragsteller:

Folgendes/r Thema/Artikel ist in das Liberale Lexikon aufzunehmen:

**FDP Freie Demokratische Partei
Landesverband Thüringen**

Tschaikowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon: 0361 / 3456482
Telefax: 0361 / 3455924
eMail: thueringen@fdp.de
WWW: <http://www.fdp-thueringen.de/>

Inhalt und Bearbeitung Liberales Lexikon:

*Landesfachausschüsse: Jürgen Ebrlich (LFA I), Herbert von Schlotheim (LFA II),
Jürgen Lange (LFA III), Dr. Harald Mertes (LFA IV), Rudolf-Herrmann Hubn*

*Landesgeschäftsstelle: Gudrun Schröpfer, Heike Blodig von Sternfeld, Ingo Stöckel, Ulrich Rebs, Christian Masengarb
Patrick Kurth, Generalsekretär*

Das Liberale Lexikon im Internet: www.liberales-lexikon.de!